Dienstag, 19. Juli 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 165 - 29.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 90,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Mittelstreckenwaffen: Verzicht auf Waffen-„Mix" von Pershing 2 und Cruise Missiles steht für Bundesregierung „zur Zeit" nicht zur Diskussion. Genschers Interview, das diesen Anschein erweckte, wurde von Diplomaten interpretiert: Ziel sei, Moskaus Forderung nach Einbeziehung britischer und französischer Systeme in Genfer Verhandlungen abzuwehren.

Bahr: SPD-Abrüstungsexperte sieht Moskau zu Entgegenkommen bereit und verlangt von Bonn, auf USA einzuwirken. Bahrs Empfehlung: Gegen 75 SS 20 (225 Sprengköpfe) 75 Cruise missile aufstellen; das ergebe mit den 160 britischen und französischen Systemen ein Gegengewicht.

Libanon: Präsident Gemayel zu Truppenabzugsgesprächen nach Washington. Sieben israelische Soldaten bei Schußwechsel südlich Beirut teilweise schwer verletzt.

Rechtsradikale: Nach Anschlägen auf Gedenkstätten für NS-Opfer bei Graz vier Verdächtige festgenommen; darunter Michael Wrosch aus Berlin, der angeblich Verbindungen zur Wehrsportgruppe Hoffmann hatte.

Begun: Mindestens 200 Unterhausabgeordnete unterstützen Antrag auf Auswanderungsgenehmigung aus der Sowjetunion für den jüdischen Mathematiker Josef Begun, der angeklagt wurde, weil er Hebräisch unterrichtete.

Mannheim: In der Stichwahl für das Amt des Oberbürgermeisters siegte SPD-Kandidat Widder mit 58,4 Prozent vor Hartung (CDU) mit 41,2 Prozent. SPD-Chef Brandt: Ermutigung nach der Niederlage vom März.

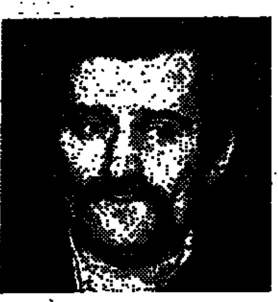
Strauß: Der CSU-Vorsitzende ist bei seinem Privatbesuch in Prag mit dem Vizepräsidenten des CSSR-Parlaments, Kucera, zusammengetroffen. Anschließend reiste er nach Warschau weiter.

Nachrüstungsgegner: Etwa 150 CDU-Mitglieder um ARD-Moderator Franz Alt wollen einen Arbeitskreis „Unionsmitglieder gegen Nachrüstung" gründen, teilte Alt mit.

Gegenleistung: „DDR" ist jetzt bereit, das Verursacherprinzip anzuerkennen und einen Vertrag über die Beseitigung der Werra-Versalzung zu schließen.

Heute: Bundeskanzler Kohl trifft Präsident Mitterrand privat in den Vogesen. – Bundeskabinett entscheidet über Gesetzentwurf zur Einführung bleifreien Bezins ab 1986. – Innenminister Zimmermann erläutert in Ankara die deutsche Ausländerpolitik. – EG-Außen- und Finanzminister beraten über Finanzierung der Gemeinschaft.

ZITAT DES TAGES



»Ich habe die Vorschläge der Regierung und die neuen Gesetzestexte studiert. Ich hoffe nur, daß sie abgelehnt werden. Lieber das Kriegsrecht als das.«

Arbeiterführer Lech Walesa über die in Polen geplanten Notstandsgesetze, die am 22. Juli das Kriegsrecht ablösen sollen.
FOTO: SVEN SIMON

WIRTSCHAFT

Geldmenge: Nach Mitteilung der Bundesbank langsamer gewachsen als in den vergangenen Monaten (Jahresrate neun Prozent per Juni, Zentralbank-Geldmenge 182,4 Milliarden DM). Bargeldumlauf durch Horten von DM-Noten im Ausland stärker ausgeweitet.

Opec: Sitzung in Helsinki begonnen, Preis- und Fördermengen sollen gleich bleiben.

BIZ: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Basel) sieht bei vielen Ländern Zweifel, ob sie ihre Leistungsbilanzdefizite finanzieren können. Deutliche Abschwächung des internationalen Bankgeschäfts vermerkt.

Kartellamt: „Konzentrationswelle" verlangsamt, 603 Zusammenschlüsse 1982. Im Jahr zuvor 618. Präsident Kartte prophezeit „Jahrzehnt des Mittelstands".

Schering: „Zweites Standbein" durch Ankauf des britischen Pflanzenschutzmittel-Herstellers FBC für 474 Millionen DM.

Rheinmetall: Kapitalerhöhung (bisher 90 Millionen) um 45 Millionen in Aussicht. Größere Aufträge; „große Zuversicht" für weiteres Wachstum.

Milch: Landwirtschaftsminister Kiechle warnt Bauern vor weiteren Investitionen zur Erhöhung der Milchproduktion.

EG: Außenminister verurteilen US-Stahlrestriktionen und verlangen Kompensation.

Börse: Die Aktienkurse gaben stark nach. WELT-Aktienindex 141,7 (142,6). Der Rentenmarkt tendierte uneinheitlich. Dollar-Mittelkurs 2,5925 (2,5981) Mark. Goldpreis je Feinunze 423,25 (422,25) Dollar.

KULTUR

Höhlenforschung: Durch Langwellenfunk (U-Boot-Funk) gelang dem Schweizer Geophysiker Imre Müller die Auslotung von Höhlen, durch die Grundwasser fließt. Die Ergebnisse sind wichtig für Bewirtschaftung und Verschmutzungsschutz des Grundwassers.

Berufschancen: Bundesanstalt für Arbeit sieht Berufschancen um so besser, je besser die Mathematik-Note des Bewerbers in der Schule war.

China: Ein riesiges Mausoleum aus der späten Han-Zeit (etwa 220 n. Chr.) mit 22 Zimmern wurde bei Tianjin in Nordchina entdeckt.

SPORT

Fußball: Der Wechsel des Frankfurters Bruno Pezzey zum Vizemeister Werder Bremen ist perfekt. Für Pezzey, der einen Zweijahres-Vertrag unterschrieb, müssen die Bremer 1,3 Millionen Ablöse bezahlen.

Radsport: Der bisherige Spitzenreiter der Tour de France, der Franzose Pascal Simon hat auf der Etappe nach L'Alpe d'Huez aufgegeben. Er fuhr seit Tagen mit einem angebrochenen Schulterblatt.

AUS ALLER WELT

Flugzeug-Entführung: Eine Boeing 727 der US-Gesellschaft Delta, die mit 107 Personen nach Kuba umgelenkt worden war, ist wieder nach Florida zurückgekehrt.

Attentat in Namibia: Eine Zweikilobombe explodierte in Windhuk. Niemand verletzt.

Dealer: Britische Polizei sprengte eine Rauschgifthändlerbande; 40 Festnahmen.

Wetter: Nördlich der Mittelgebirge wird es merklich kühler bei wechselnder Bewölkung und Temperaturen bis 23 Grad; im Süden heiter bis wolkig und 30 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Haltung Kohls und Genschers zur Pershing 2 bleibt unklar

Bonn: Verzicht auf Stationierung steht „zur Zeit nicht zur Diskussion"

B. CONRAD/R. MONIAC, Bonn

Die Erklärung von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der von den beiden Chefunterhändlern bei den Genfer Raketenverhandlungen 1982 inoffiziell empfohlene Kompromiß könnte für die USA und die Sowjetunion ein Ausweg sein, beherrschte gestern die sicherheitspolitische Diskussion in Bonn. Staatssekretär Peter Boenisch sagte, für die Bundesregierung stehe ein Verzicht auf Elemente des NATO-Doppelbeschlusses, wie zum Beispiel der sogenannte Waffenmix, „zur Zeit nicht zur Diskussion". Auf bohrende Fragen, ob Bonn denn in Zukunft zu einem Verzicht auf die Stationierung von Pershing-2-Raketen bereit sein könnte, gab der Regierungssprecher keine verbindliche Antwort.

Demgegenüber machte der abrüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Todenhöfer, in einer offiziellen Erklärung unmißverständlich klar: „Ein Verzicht auf die Pershing 2 ist sicherheitspolitisch nicht verantwortbar." Denn, so Todenhöfer, die Abschreckungswirkung der Marschflugkörper sei aufgrund ihrer wesentlich geringeren Eindringfähigkeit, die in den nächsten Jahren zudem weiter abnehmen werde, und aufgrund ihrer niedrigeren Fluggeschwindigkeit erheblich geringer als die der ballistischen Rakete Pershing 2.

Die Diskussion in Bonn war durch ein Interview von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher mit der „Deutschen Welle" ausgelöst worden, in dem er für einen Kompromiß bei den Genfer Mittelstreckenraketen-Verhandlungen (INF) nach dem Modell des sogenannten Waldspaziergangs der Unterhändler Kwizinski und Nitze im Sommer 1982 plädiert hatte.

Der sowjetische und der amerikanische Diplomat hatten „privat" vereinbart, daß die Sowjetunion ihr Mittelstreckenpotential auf 75 SS-20-Raketen reduzieren sollte, denen 75 amerikanische Marschflugkörpersysteme gegenüberstehen sollten. In dieser Formel war weder von den amerikanischen Pershing-2-Raketen noch von den französischen und britischen Mittelstreckenraketen die Rede. Letztlich war diese Formel aber von Kwizinskis Regierung abgelehnt worden.

Von Bonner Diplomaten wurde gestern darauf hingewiesen, daß Genscher mit seinem Interview

SEITE 2:
Verirrt im Walde
SEITE 3:
Sonderthema Nachrüstung

primär einen sowjetischen Verzicht auf die Einbeziehung der britischen und französischen Systeme zum Ziel gehabt habe. Hingegen habe der Außenminister sich nicht zum „Waffenmix" oder zum Stationierungskalender geäußert.

Da in Bonn allgemein der Eindruck entstanden war, die Bundesregierung habe möglicherweise ihre Einstellung zur Stationierung von Pershing-Raketen geändert, gab Staatssekretär Boenisch in der Bundespressekonferenz eine längere Erklärung ab, die in die Bemerkung mündete: „Die Bundesregierung hält an den im NATO-Doppelbeschluß eingegangenen Verpflichtungen fest, und wird diese konsequent einhalten." Die Genfer INF-Verhandlungen – so Boenisch weiter – würden „durch das in letzter Zeit immer stärker in den Vordergrund gestellte Verlangen der Sowjetunion nach Einbeziehung der französischen und englischen Systeme" blockiert. Die Bundesregierung lehne dies in Übereinstimmung mit ihren westlichen Verbündeten ab.

Boenisch fuhr fort: „Der Bundeskanzler und der Bundesaußenminister haben bei den Gesprächen in Moskau mit Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen, daß die sowjetische Führung von Reserven an Flexibilität bei den INF-Verhandlungen gesprochen hat. Der sogenannte ‚Waldspaziergang' ist ein Beweis dafür, daß die Sowjetunion auch in der Vergangenheit in der Lage war, in dieser Richtung flexibel zu denken, insbesondere was die Nichteinbeziehung der französischen und englischen Systeme angeht."

Boenisch fügte hinzu: „Die Bundesregierung bekräftigt: Quantität und Qualität des Nachrüstungsbedarfs können nur im Lichte eines in Genf erzielten konkreten Verhandlungsergebnisses überprüft werden." Ziel der Verhandlungen bleibe eine Lösung möglichst nah an Null auf beiden Seiten, wobei klar sein müsse, „daß als Ergebnis einer Verhandlung abzubauende SS-20-Raketen vernichtet werden müssen und nicht nach Osten verlagert werden dürfen".

Weder durch diese Erklärung noch durch ergänzende Bemerkungen Boenischs in der Bundespressekonferenz wurde jedoch klar, ob die Bundesregierung –

■ Fortsetzung Seite 3

DER KOMMENTAR

Rechenkünstler

Von WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Egon Bahr ist aus Moskau mit der Botschaft zurückgekehrt, daß die Sowjetunion sich am Genfer Verhandlungstisch gern bewegen würde. Die Frage ist: Warum tut sie es dann nicht? Bahr weiß Antwort: Die Sowjetgenerale zählten selbstverständlich alle Raketen, die auf russischen Boden gerichtet seien, und dazu gehörten nun einmal auch die französischen und britischen Systeme.

Bahr verdrängt, daß selbst Moskau noch vor wenigen Jahren die französischen und britischen Projektile in die Kategorie der strategischen Waffen gerechnet und deshalb nicht zum Arsenal der Mittelstreckenwaffen in Europa gezählt hatte; auf diese Weise fühlt er sich frei, als unumstößliches Gesetz jeder NATO-Nachrüstung zu verkünden, daß die Waffen der Franzosen und Briten „berücksichtigt" werden müßten. Das ist seit einiger Zeit exakt der Standpunkt Moskaus. Bahr macht sich zum Boten der Sowjetgenerale.

Dabei geht er so weit, bekannte Fakten so zu verbiegen, daß in jedem Fall die französischen und britischen Systeme zum Vorteil der Sowjetunion einbezogen werden. Jüngstes Beispiel: Gestern stellte er in einem Funkinterview den Nitze/Kwizinski-Kompromiß – Produkt des „Waldspaziergangs" – so dar, als hätte der amerikanische Unterhändler in eine Rechnung eingewilligt, die den auf 75 Exemplare zu reduzierenden sowjetischen SS-20-Raketen mit je drei, folglich insgesamt 225, Sprengköpfen nur 75 amerikanische Marschflugkörper mit je einem Sprengkopf gegenüberstellt. Listig fügte er hinzu: Zähle man zu den 75 Marschflugkörpern die 162 Sprengköpfe der Franzosen und Briten hinzu, dann sei ja das Gleichgewicht mit den 225 sowjetischen Sprengköpfen hergestellt. Die Wahrheit ist, daß der Nitze/Kwizinski-Kompromiß 75 Marschflugkörper-Systeme mit je vier, insgesamt also 300 Sprengköpfen, vorsah und keineswegs die französischen sowie britischen Waffen berücksichtigte.

Sachkenntnis kann man Bahr nicht absprechen. Um so mehr muß man sich fragen: Was treibt ihn nur, was läßt ihn zu solchen kurzbeinigen Tricks greifen? Die plausibelste Erklärung ist wohl der Satz Willy Brandts: „Ich will das Zeug hier nicht haben." Gemeint waren die Pershing-2-Raketen. Nur: Dieser Ausbruch des SPD-Vorsitzenden ist keine Antwort auf die Sicherheitsfragen Deutschlands und Europas.

Soziale Unruhe in Frankreich wächst

Paris konnte Massenentlassungen in der Autoindustrie nicht verhindern

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die Nachricht von den geplanten Massenentlassungen in der Automobilindustrie hat das ohnehin beeinträchtigte soziale Klima in Frankreich weiter verschlechtert. Für die sozialistische Regierung in Paris bedeutet diese Maßnahme, daß die bisher mühsam auf zwei Millionen begrenzte Arbeitslosenzahl – oft als einziger sozialer Erfolg der Regierung bezeichnet – nun nicht mehr zu halten ist.

Der private Automobilkonzern Peugeot-Talbot will am Donnerstag die „Freisetzung" von rund 8000 Mitarbeitern ankündigen. Wie verlautete, sollen auch bei Citroën, dem zweiten privaten Autohersteller Frankreichs, Entlassungen „aus wirtschaftlichen Gründen" von bis zu 4000 Arbeitern bevorstehen. Die Entlassungen werden auch beträchtliche Arbeitsplatzverluste in der Zulieferungsindustrie nach sich ziehen.

Beide Unternehmen hatten im vergangenen Jahr Verluste in Milliardenhöhe hinnehmen müssen. Als einziger Ausweg wird die von der Regierung äußerst widerwillig gebilligte Reduzierung der Arbeitsplätze und die längerfristige Ersetzung der Arbeiter durch Industrieroboter gesehen.

In dem besonders hart betroffenen Talbot-Werk von Poissy bei Paris veranstaltete die kommunistische Gewerkschaft CGT gestern einen vierstündigen Warnstreik, der von fast allen 17 000 Arbeitern befolgt wurde. Am Donnerstag, dem Tag, an dem die Werksleitung die endgültigen Entlassungszahlen bekanntgeben will, soll ganztägig gestreikt werden. Die CGT hat die von der Einsparung der Arbeitsplätze betroffenen Arbeiter aufgefordert, sich den Anordnungen der Werksleitung nicht zu beugen und an ihren Arbeitsplätzen zu verbleiben.

Experten des Staatlichen Statistischen Amtes und der OECD haben errechnet, daß es in Frankreich am Ende dieses Jahres 2,25 Millionen Arbeitslose geben wird. Dabei haben sich die rigorosen Sanierungsmaßnahmen von Wirtschaftsminister Jacques Delors noch nicht einmal voll auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt. Entlassungen im Zusammenhang mit der Liquiditätsschwäche vor allem kleinerer Unternehmen werden erst in etwa sechs Monaten durchschlagen.

Peugeot-Talbot hatte Delors überzeugen können, daß ohne die Aufnahme von frischem Kapital das Überleben des Unternehmens in Frage gestellt sei. Da der Staat kein Geld mehr investieren will, wird der Konzern jetzt mit privaten Investoren verhandeln.

Agcas Vorwürfe gegen KGB „aus freien Stücken"

AFP, Sofia

Der italienische Untersuchungsrichter Ilario Martella hat Darstellungen zurückgewiesen, wonach der Papst-Attentäter Ali Agca bei seinen Beschuldigungen gegen den sowjetischen Geheimdienst KGB in irgendeiner Weise beeinflußt worden sei. Martella, der sich zu einer Untersuchung der Hintergründe des Papst-Attentats seit einer Woche in Bulgarien aufhält, sagte gestern gegnüber der Sofiaer Nachrichtenagentur BTA, Agca habe seine Vorwürfe aus völlig freien Stücken erhoben. Der zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilte Türke werde streng abgeschirmt und habe keinen Kontakt zu anderen Häftlingen.

Der Papst-Attentäter hatte seine Erklärungen Anfang des Monats im römischen Polizeipräsidium abgegeben, nachdem die 15 Jahre alte Emanuela Orlandi, eine Staatsangehörige des Vatikans, entführt worden war und die mutmaßlichen Täter vom Papst verlangt hatten, auf die Freilassung des Türken hinzuwirken. Agca machte dabei deutlich, daß er seine Freilassung nicht wünsche, er nannte erstmals öffentlich die Sowjetunion als Auftraggeber für das Attentat. Die sowjetische Nachrichtenagentur Tass erhob daraufhin den Vorwurf, der amerikanische Geheimdienst CIA habe den Türken im Gefängnis „umgedreht".

BTA hegte gestern Zweifel an der Erklärung Martellas. Die Nachrichtenagentur verwies außerdem unter Berufung auf Polizeikreise darauf, daß Agca in der Haft mehrmals mit dem Priester Mario Santini zusammengetroffen war, der heute wegen seiner Beziehungen zur Mafia und dem Rotbrigadisten Giovanni Senzanni inhaftiert ist.

Arafat: Syrien will eine alternative PLO

rtr/AFP, New York/Beirut

PLO-Chef Yassir Arafat hat Syrien beschuldigt, es wolle die Rebellen in seiner Guerrilla-Organisation Al Fatah zur Gründung einer alternativen PLO veranlassen. In einem Interview des amerikanischen Nachrichtenmagazins „Time" rief Arafat Saudi-Arabien und die anderen arabischen Staaten auf, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um die Kämpfe zwischen den Palästinensern im ostlibanesischen Bekaa-Tal zu stoppen. Falls diese Staaten zu keiner Übereinkunft mit Syrien gelangten, sollte die Regierung in Damaskus die Arafat-treuen Truppen aus dem Bekaa-Tal nach Tripoli im Norden des Landes ziehen lassen.

Arafat sagte, er glaube allerdings nicht, daß Syrien einen derartigen Rückzug zulassen werde. Die Syrer, so Arafat, behaupteten zwar, sie seien nicht an den Kämpfen im Bekaa-Tal beteiligt, blockierten aber mit ihren Panzern und Soldaten die Stützpunkte seiner Kämpfer.

In Libanon reißen die Gewalttaten nicht ab. In der Nacht zum Montag kamen in Beirut und Tripoli bei politisch motivierten Anschlägen wieder sieben Menschen ums Leben.

Staatschef Amin Gemayel wollte heute nach Washington reisen, um mit Präsident Reagan und anderen hohen US-Politikern neue Vorschläge für den Abzug der syrischen Streitkräfte aus seinem Land zu erörtern. Die syrische Regierungszeitung „Techrine" verglich gestern den Washington-Besuch Gemayels und die für nächste Woche geplante Visite des israelischen Regierungschefs Menachem Begin mit einem „zweiten Camp David".

Kein Steuerbonus für bleifreies Benzin

Bonn sucht „aufkommensneutrale" Lösung / Kabinett berät über Zimmermann-Vorlage

H. HECK/K. SÖHLER, Bonn

Eine Ermäßigung der Mineralölsteuer zum Beispiel um fünf Pfennig für bleifreies Benzin wird es nicht geben. Diese Beschlußlage zeichnet sich in Bonn ab, unmittelbar bevor das Bundeskabinett morgen über den Gesetzentwurf von Innenminister Zimmermann zur Einführung bleifreien Benzins zum 1. Januar 1986 entscheiden wird.

Bei der derzeitigen Haushaltslage kommen aus der Sicht der Bundesregierung nur aufkommensneutrale Lösungen in Betracht. Die Einnahmeverluste aus einer solchen Regelung, wie sie auch das Land Hessen im Bundesrat vorgeschlagen hat, um den Aufbau eines flächendeckenden Verteilernetzes zu beschleunigen, werden auf jährlich bis zu 1,4 Milliarden Mark geschätzt. Die Mineralölsteuer ist eine [illegible] Bundessteuer. Der Steuerausfall der Länder würde sich auf den Anteil an der Mehrwertsteuer auf die etwa 1,4 Milliarden Mark Einnahmeausfall beschränken und schätzungsweise auf knapp 70 Millionen Mark belaufen.

Ungeachtet dessen sieht man in Bonn in einer Ermäßigung von fünf Pfennig keinen entscheidenden wirtschaftlichen Anreiz zum Einbau des erforderlichen Katalysators. Bei einem Preis von 1000 bis 2000 Mark, einer Jahresfahrleistung von 15 000 Kilometern und einem Durchschnittsverbrauch von zehn Litern auf 100 Kilometern würden nach Bonner Berechnungen 13 bis 26 Jahre vergehen, ehe sich der Katalysator amortisiert hätte (also mehr als die durchschnittliche Lebensdauer eines Autos).

Bei diesen Berechnungen wurde bereits die volle Weitergabe der fünf Pfennig Steuerermäßigung unterstellt. Dies gilt jedoch keineswegs als sicher und könnte sogar – je nach Knappheitsverhältnissen – ins Gegenteil umschlagen, so daß „verbleites" Benzin billiger als „unverbleites" angeboten würde.

Auch der Mineralölwirtschaftsverband hat bisher keine Senkung der Mineralölsteuer für unverbleites Benzin gefordert. Sein Präsident, Aral-Chef Marquardt, auf eine entsprechende Frage der WELT: „Dieser Weg ist nicht unproblematisch. Die Verbraucher werden natürlich einen Kraftstoff bevorzugen, der durch niedrigere Steuern billiger ist. Dies auch dann, wenn keine günstigeren Abgaswerte erzielt werden, weil zum Beispiel der Wagen nicht entsprechend umgerüstet ist. Dadurch werden die Steuergelder unwirksam vergeudet. Ich meine, es wäre besser, die Fahrzeuge mit Abgasreinigungsanlage über die Kfz-Steuer zu begünstigen."

Die Einnahmen aus der Kfz-Steuer fließen allerdings allein den Ländern zu, so daß sich hier neue Probleme ergeben.

Jaumann: Strauß hat die Zügel schleifen lassen

Bayerischer Wirtschaftsminister fordert Kabinettsdisziplin

rtr, München

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß sollte nach Ansicht des bayerischen Wirtschaftsministers Anton Jaumann aus seiner Schlappe auf dem Parteitag Lehren ziehen und für mehr Disziplin in der Führung sorgen. „Ein bißchen Niederlage kann auch sehr heilsam sein", sagte der schwäbische CSU-Bezirksvorsitzende gestern im Münchner Presseclub.

Jaumann: „Er hat die Zügel schleifen lassen." Dies werde künftig nicht mehr möglich sein. Er, Jaumann, habe nichts dagegen, daß die Zügel auch im Kabinett angezogen würden. Außerdem müsse bei dem Wahlergebnis berücksichtigt werden, daß Strauß vorher „einen schlechten Tag" gehabt habe. Jaumann bezog sich dabei auf den Parteiabend vor der Wahl, bei dem Strauß wegen einer mißglückten humoristischen Einlage ausgepfiffen worden war. Ein Teil der Delegierten sei dann am nächsten Tag mit dem Vorsatz zum Parteitag gekommen: „Dem zeigen wir's mal."

Hinter dem schlechten Ergebnis steckten also nicht nur Meinungsunterschiede über den „DDR"-Kredit. Es sei aber für einen Teil der Delegierten beschwerlich gewesen, „die Schnelligkeit des Landesvorsitzenden mit seiner Wendigkeit zu verstehen".

Aufgeschlossen zeigte sich Jaumann gegenüber dem Vorschlag von CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu, die Delegiertenzahl bei künftigen Parteitagen zu verringern. Am Samstag hatte der Parteitag abgebrochen werden müssen, nachdem sich mehr als die Hälfte der knapp 1100 Delegierten vorzeitig abgesetzt hatte.

Kritisch reagierte er auf den Alleingang von Kultusminister Hans Maier gegen die im Streit mit dem „Münchner Merkur" geforderte zweite eidesstattliche Erklärung. Während die übrigen Kabinettsmitglieder dies als „Frage der Solidarität" betrachtet hätten, habe Maier „ein Mordsspektakel" darum gemacht. Jaumann verlangte, daß nun noch der Frage nachgegangen werden müsse, wer den Brief Maiers an Strauß an die Presse weitergegeben habe. Im übrigen müsse das Kabinett künftig mehr Disziplin gegenüber der Presse zeigen. Es gebe derzeit „Geheimzirkel" einiger Minister.

Industrie: Lehrstellenmarkt positiv

DIHT fordert vom Staat besseres psychologisches Klima für die Wirtschaft

GISELA REINERS, Bonn

Eine Zwischenbilanz zur Lage am Lehrstellenmarkt stimmt den Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) optimistisch. DIHT-Hauptgeschäftsführer Franz Schoser sagte gestern in Bonn: „Wir denken, daß am Ende des Berufsbildungsjahres im September die erwartete Zahl von Lehrstellen erreicht wird." Dennoch richtete Schoser einen dringenden Appell an die Wirtschaft, in den Bemühungen um genügend Ausbildungsplätze nicht nachzulassen, „um nicht den Eindruck zu erwekken, das Endziel ist schon erreicht und es könne Entwarnung geblasen werden". Die „letzten Reserven" müßten mobilisiert werden.

Wie Schoser berichtete, haben die Industrie- und Handelskammern wie in den vergangenen Monaten auch Ende Juni erheblich mehr neue Ausbildungsverhältnisse registriert als im Vorjahr. Es ergebe sich per saldo ein Zuwachs von 9,3 Prozent; das bedeute einen Angebotsüberhang von 5 Prozent gegenüber der – übers Jahr gerechnet – gestiegenen Nachfrage. 170 000 Jugendliche hätten schon einen Ausbildungsvertrag für 1983/84 abgeschlossen. Wenn es bei dieser Entwicklung bleibe, so seien am Ende noch Lehrstellen frei. Für den Kammerbereich wird von einer Nachfrage nach 300 000 Plätzen ausgegangen. Insgesamt werden in diesem Jahr etwa 655 000 Stellen benötigt.

Schoser stützte damit eine Aussage von Arbeitgeberpräsident Otto Esser vom Wochenende. Esser hatte sich optimistisch geäußert, daß die von Bundeskanzler Kohl gegebene Lehrstellengarantie eingehalten werden könne. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, bezweifelte dies. Zur Zeit übersteige die Zahl der Bewerber das Angebot um 200 000.

Der DIHT-Vertreter wies darauf hin, daß die Arbeitsverwaltung, die 1981/82 drei Viertel aller Lehrverträge vermittelt habe, die gemeldeten Anfragen und Plätze zähle, die Kammern aber die unterzeichneten Verträge. Die Unterschiede kämen durch Mehrfachbewerbungen und nicht gemeldete Abschlüsse zustande. Erst Ende September werde die Strukturanalyse der Bundesanstalt genaue Daten nennen können.

Vom Staat forderte Schoser eine Verbesserung des psychologischen Klimas; allerdings halte er nichts von einer Aufweichung des Arbeitsvermittlungsmonopols der Bundesanstalt. Die Neuordnung der ausbildungshemmenden Vorschriften, z. B. beim Jugendschutz, solle rasch verwirklicht werden, denn diese verschärften nur die Situation.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Auf einsamer Halbinsel

Von Werner Thomas

Der Contadora-Gipfel ist erwartungsgemäß verlaufen: alarmierende Warnungen, beschwörende Appelle und alte Vorschläge. Viel heiße Luft auf Cancun. Vermutlich sind damit die letzten Bemühungen dieser Länder gescheitert, die Krise durch Verhandlungen zu lösen.

Der Contadora-Gruppe, nach jener panamaischen Pazifik-Insel benannt, wo die Außenminister im Januar zum ersten Mal die explosiven Probleme der Region erörtert haben, waren jedoch von Anfang an Grenzen gesetzt. Die wurden von dem Vermittler-Quartett erst jetzt erkannt.

Die vier Staaten zählen wohl zu den angesehensten Ländern Lateinamerikas. Sie sind aber kein Machtfaktor. Es fehlt ihnen an einem politischen oder militärischen Einfluß. Mexiko, das besonders enge Beziehungen zu Nicaragua unterhält, war nicht einmal in der Lage, Nicaragua entscheidende Konzessionen abzuringen. Zu den Schlüsselforderungen der Contadora-Nationen gehört der Abzug aller fremden Militärberater. Die Männer in Managua, die mehr als zehnmal so viele Militärberater (2500 bis 3000) beschäftigen als alle anderen mittelamerikanischen Staaten zusmammen (265), wollen nicht mit sich über dieses Thema reden lassen.

Ein Konflikt mit sozialen Ursachen eskalierte sich längst zur Ost-West-Konfrontation. Die Zukunft Mittelamerikas wird in Moskau, Havana und Washington entschieden, nirgendwo anders.

Der mexikanische Badeort Cancun hat nicht viel Glück mit politischen Veranstaltungen. Vor fast zwei Jahren ist hier der Nord-Süd-Gipfel veranstaltet worden. Das Ereignis war schnell vergessen. Die herrliche Halbinsel sollte den Touristen vorbehalten bleiben.

Für die junge Familie

Von Günther Bading

Mit Sachargumenten hatte es Franz Josef Strauß auf seinem Parteitag am Wochenende schwer. Das gilt für seine Erläuterungen zum „DDR"-Kredit und den erkennbaren oder erhofften Gegenleistungen – wie jetzt die Bereitschaft Ost-Berlins, bei der Werra-Versalzung das Verursacherprinzip anzuerkennen –, und das gilt auch für seine Ausführungen zur Familienpolitik. Sie gingen auf dem auf inneres Gerangel fixierten Parteitag beinahe unter.

Der Ansatz des CSU-Chefs ist allerdings bemerkenswert. Denn er ist bereit, endlich Schluß zu machen mit dem verbal allseits verurteilten, mit Rücksicht auf die eigene Klientel aber nie ernsthaft gefährdeten Gießkannenprinzip beim Kindergeld. „Nicht kleckern, sondern klotzen" ist ein Prinzip nicht nur für Panzergeneräle, sondern auch für Politiker, die wirklich etwas bewegen wollen.

Strauß will etwas bewegen. Er will die junge – und vor allem diese – Familie fördern, will mit dem stattlichstaatlichen Zuschuß von 670 Mark pro Monat für ein bis drei Jahre je nach Kinderzahl echte Impulse für die Mehr-Kinder-Familie geben.

Seine Einschätzung, daß die Veränderung der generativen Verhaltensweise unserer Bevölkerung nicht nur ein ethisches, sondern vor allem auch ein materielles Problem ist, verdient Beachtung. Wenn die Entscheidung junger Ehepaare, mehr als ein Kind oder auch Kinder überhaupt zu haben, ausschließlich von dem Zeitpunkt abhängig ist, wann das Familieneinkommen groß genug geworden ist, dann ist etwas faul bei unserer Familienförderung.

Kein Ehepaar soll gezwungen werden, Kinder zu haben. Aber in unserer freien Wirtschaft ist es nun einmal so, daß junge Leute weniger verdienen als ältere. Hier will Strauß gegensteuern. Sein 670-Mark-Modell ist dabei sicherlich gerechter als die 50-Mark-Kinderprämie über anderthalb Jahrzehnte für Straßenfeger und Ministerialdirektor gleichermaßen.

Orofinos Klage

Von Heinz Barth

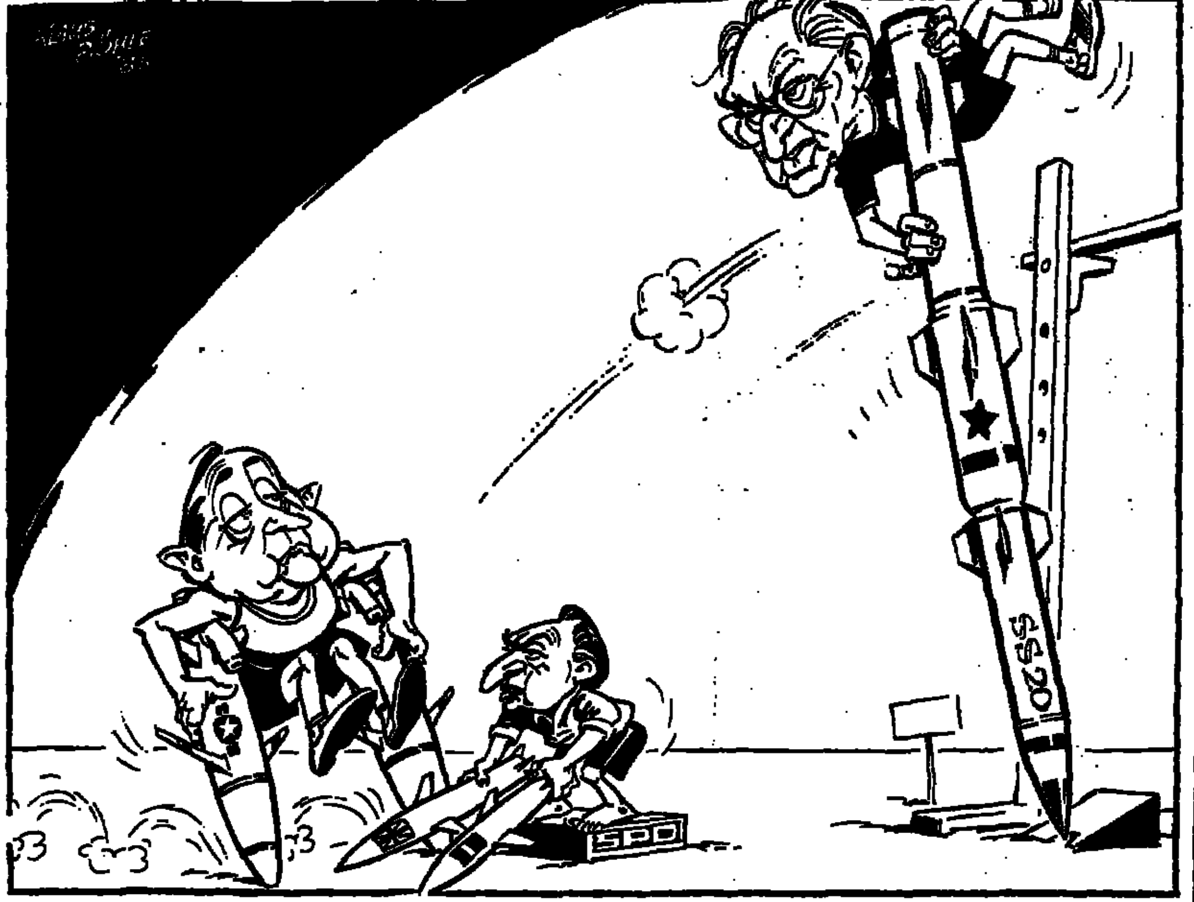
Geehrte Redaktion,
bei uns im Rennstall hat es sich herumgesprochen, daß unser Beruf bedroht ist. Es gibt, so höre ich, kaum noch Nachwuchs für die Hufschmiede in unserem Land. Nicht, daß ich davon persönlich betroffen wäre. Bei meiner gehobenen Position als Galopper-Millionär, der sogar im Prix de L'Arc de Triomphe laufen wird, ist schon für meine Pediküre gesorgt. Ich kann nicht klagen.

An meine gespitzten Ohren dringt jedoch immer vernehmlicher das besorgte Schnauben meiner edlen Halbbrüder und der weniger aristokratischen Verwandtschaft. Nach reiflicher Überlegung halte ich es für meine Pflicht, Ihre Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß es bei diesem Boxengeflüster um eine Existenzfrage geht. Ohne die wackeren Handwerksmeister, die uns beschlagen, so steht zu fürchten, werden die Finanzminister dieser Republik, wie auch wir Pferde, sehr bald weniger Hafer in der Futterkrippe der Wetteinnahmen finden.

Ich bin natürlich, Sie habe es längst erraten, streng konservativ. Allgemein anerkannt und hoch gewettet als überzeugter Anhänger des Leistungsprinzips. Wo käme man sonst hin in meinem Beruf? Das hält mich nicht ab, hart auf die Trense für unsere ärmeren und dem Roß-Schlächter näheren Verwandten, die Traber, zu beißen. Sie sind in einer bedrängten sozialen Lage, weil sie auf die Hufschmiede noch weit mehr angewiesen sind als wir Galopper. Ihr Verbrauch an Eisen ist mindestens dreimal so hoch.

Haben sie nicht allen Grund, sich sozial unterdrückt zu fühlen? Wer, so frage ich, kann von ihnen verlangen, daß sie das unter Rennpferden noch respektierte Leistungsprinzip weiter achten, wenn die solide Leistung, zu der man das Schmiede-Handwerk wohl zählen darf, bei der neuen Generation für nichts gilt? Sie studiert lieber Soziologie, die sich leichter biegen läßt als Hufeisen. Am Ende sind dann weder wir beschlagen noch der Nachwuchs.

Ihr
Orofino, Derbysieger



Hochspringen gegen Nachhinken

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Verirrt im Walde

Von Herbert Kremp

Die Bundesregierung zog gestern alle Register ihrer Interpretationsorgel, um dem Eindruck entgegenzuwirken, ihr Außenminister halte den Verzicht auf die Stationierung der ballistischen Rakete Pershing 2 für einen „Ausweg" aus der Genfer Talsohle. Der Verteidigungsminister widersprach sofort. Er ließ auf Anfrage ausrichten, daß er an der Einführung der treffsicheren, schnellen und unverwundbaren Pershing, mithin also am „Mix" der westlichen Gegenwaffen zur sowjetischen SS 20, festhalte und im übrigen die Äußerungen Genschers als „nicht hilfreich" empfinde. Das Ergebnis des Ministerdialogs außerhalb des Kabinetts schafft Irritation.

Was hat Genscher gesagt, und was hat er gemeint? Er hat in einem Rundfunk-Interview das „Ergebnis" beziehungsweise den „Kompromiß", den der sowjetische und der amerikanische Genf-Unterhändler bei dem berühmten Waldspaziergang des vergangenen Sommers gefunden hatten, als Lösungsmuster bezeichnet. Damals nämlich hätten die DrittStaaten-Systeme, die französischen und britischen Mittelstreckenwaffen, außer Diskussion gestanden, während sie heute die Verhandlungen blockierten. Sowjets und Amerikaner sollten in die Richtung der Walddideen zurückdenken, denn diese berücksichtigten sowohl die „Sicherheitsgesichtspunkte" der Sowjetunion als auch das legitime Interesse des Westens, demzufolge es in Genf nur um die Raketensysteme der Supermächte gehe.

Das Irritierende dieser Äußerung liegt in der unvollständigen Wiedergabe des damaligen Kompromißgedankens, den die sowjetische Führung sofort verworfen hatte: 75 sowjetische SS-20-Träger (mal drei Sprengköpfe plus Nachlade-Kapazität) waren gesprächsweise gegen 75 amerikanische Marschflugsysteme (mal vier Sprengköpfe) aufgewogen worden. Die Reduzierung der SS 20 sollte mit dem Verzicht auf die Stationierung der Pershing bezahlt werden, was den sowjetischen Wünschen in der Substanz entgegenkam. Denn die Amerikaner hätten sich damit verpflichtet, die geplante Nachrüstung regelrecht zu entkernen. Es gibt in Europa kein Gleichgewicht ohne die ballistische Gegenwaffe Pershing. Sie aus dem Konzept auszugliedern bedeutet, die Hegemonialrolle der modernen sowjetischen Raketenrüstung zu akzeptieren.

Der Außenminister ist viel zu gut informiert, um nicht genau zu wissen, daß mit dem Schlagwort „Waldspaziergang" dies und nichts anderes gemeint ist. Eine De-Blockade der Genfer Verhandlungen in diese Richtung würde eine gefährliche Entwicklung einleiten. Da die Bundesrepublik als Stationierungsland für Marschflugkörper zunächst nicht vorgesehen ist und deren Lieferung an andere NATO-Staaten noch Jahre auf sich warten läßt, würde das Vakuum, das der Pershing-Verzicht schaffte, die Unterlegenheit des Westens auf unabsehbare Dauer festschreiben. Was kann Minister Genscher, einen Mann von besonders ausgeprägtem Begriffsvermögen, also veranlaßt haben, das Walddickicht zu beschreiten? Liegt ein sensationelles sowjetisches Angebot vor, das den Weg kalkulierbar und akzeptabel machte? Die Antwort des Bundeskanzleramtes lautet: „Nein."

An die Irritation knüpfen sich zwangsläufig Spekulationen, das kann nicht anders sein. Die unsichere Stimme der Regierung könnte sogar als Wunsch interpretiert werden, den sogenannten „heißen Herbst", der im Zusammenhang mit der Pershing-Stationierung angedroht wird, gegen einen hohen Preis, ja vielleicht gegen den Höchstpreis zu vermeiden, also strategische Sicherheit gegen „inneren Frieden" mit offenen Feinden der Republik zu tauschen. Das würde der bisherigen Politik der neuen Koalition diametral widersprechen. Die Sowjetunion und ihre Hilfstruppen in Westeuropa hätten damit auf die denkbar einfachste Weise genau das erreicht, wonach sie seit Jahren streben: den Umfall des Establishments, der sich nach innen und nach außen gleich katastrophal auswirken müßte.



Irritationen und Spekulationen: Genscher

FOTO: FERDI HARTUNG

Die Regierung weist diese Interpretation energisch zurück, und der Außenminister läßt erklären, er sei „falsch interpretiert" worden. Das hört sich gut an, aber irgend etwas kann nicht stimmen; denn die Logik des ganzen Vorgangs ist zu kraus: Was würde uns der Verzicht Moskaus auf die Einbeziehung der britischen und französischen Mittelstrecken-Systeme nützen, wenn er mit dem Verzicht auf die einzige wirklich abschreckende Waffe des Westens in Europa erkauft würde? Die Gewichte, die in dem Interview auf die Waagschalen gelegt wurden, passen nicht zueinander. Oder bekommt ein nicht unwichtiger Teil der Bundesregierung auf einmal Fracksausen vor der Aktivität von Egon Bahr, der für eine Reduzierung der sowjetischen SS 20 nicht nur auf die Pershing, sondern auch auf die Marschflugkörper der Amerikaner verzichten will? Hat man auf einmal Angst vor der Opposition und ihren Grünen?

Trotz aller Interpretationen: die Bundesregierung ist unversehens in Interpretations-Not geraten – wohl zum allergrößten Erstaunen des Bundeskanzlers selbst. Der Fall Waldspaziergang und die Umstände des noch nicht abgeschlossenen Falls Milliardenkredit für die „DDR" legen den Verdacht nahe, daß die selbstbewußten Begabungen der Koalition ungeniert unkoordiniert agieren, so wie es ihnen in den Sinn kommt. Wo bleibt des Kanzlers ordnende Hand?

IM GESPRÄCH Gerhard Widder

Wieder mal ein SPD-Sieg

Von Xing-Hu Kuo

Die SPD in Stuttgart und Bonn feierte in Mannheim einen Sieg der Superlative: Gerhard Widder, 43, erzielte einen Vorsprung von mehr als 20 000 Stimmen vor seinem keineswegs chancenlosen Konkurrenten Roland Hartung von der CDU. Mit mehr als 58 Prozent der Stimmen war es das beste Ergebnis der SPD in Mannheim nach dem Kriege. Nach den letzten Debakeln der SPD in den Großstädten sehen die Genossen ihre kommunale Zukunft wieder hoffnungsvoller.

Es hatte auch massivsten Bonner Einsatz für den noch relativ unbekannten Genossen in der traditionellen SPD-Hochburg Mannheim gegeben, in der seit 1948 kein CDU-Stadtoberhaupt regiert hat. Noch am Samstag vor der Wahl trat SPD-Chef Willy Brandt zweimal für Widder auf, während die Auftritte von Bundeskanzler Helmut Kohl und Ministerpräsident Lothar Späth für Hartung längst vorüber waren. Offenbar hat die CDU Widder unterschätzt. Mit ein Grund für die schmerzliche Niederlage Hartungs war das Nichterscheinen vieler CDU-Wähler am Sonntag an den Wahlurnen, beispielsweise in der Oststadt, einer CDU-„Domäne".

Widder überzeugte in Tausenden von direkten Gesprächen offensichtlich nicht zuletzt durch seine Bereitschaft, die vielen Probleme der Stadt pragmatisch anzupakken, beispielsweise die schlechte Finanzlage Mannheims. Er versprach, auch mit dem politischen Gegner nach dem Wahlsieg zusammenzuarbeiten – angesichts der Patt-Situation im Gemeinderat (CDU und SPD-Fraktion sind gleich stark) ein anziehendes Angebot.

Widder ist ein Senkrechtstarter, denn eigentlich war er erst für 1988 als Nachfolger Wilhelm Varnholts eingeplant. Aber Varnholt ist im April dieses Jahres in Kenia im Urlaub unerwartet einem Herzinfarkt erlegen.



Und neue Hoffnung blüht in den Kommunen: Widder

FOTO: HEINZ WIESELER/DPA

Der am 26. Juni 1940 in Mannheim geborene Widder verließ als 16jähriger mit der mittleren Reife die Schule. Nach dreijähriger Lehre machte er den Facharbeiterbrief als Starkstromelektriker. Er studierte dann an der Staatlichen Ingenieurschule in seiner Heimatstadt und bestand die Prüfung als Diplom-Ingenieur. Es folgten mehrere Jahre Tätigkeit als Labor-Assistent für Nachrichtentechnik in Ulm.

Dies war dem fleißigen Genossen nicht genug: „Nebenbei" schloß er eine Ausbildung als Berufspädagoge in Stuttgart ab. Widder ist deshalb seit 1968 Berufsschullehrer für die Fächer Medien, Fernseh- und Meßtechnik.

Kommunalpolitik macht Widder erst seit 1975: Zunächst als Mitglied des Gemeinderates, seit 1980 als SPD-Fraktionschef. Der verheiratete neue OB Mannheims (drei Kinder) nimmt mit seiner Familie am Gemeindeleben der evangelischen Kirche teil.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Der CSU-Parteitag beschäftigte am Montag viele Zeitungen:

Frankfurter Allgemeine

Die Art, wie Strauß den Parteitag ohne das übliche väterliche Schlußwort verließ, sagt einiges über die Stimmungslage. Strauß heut: ein Mann, der den Zenit seiner Macht überschritten hat, dennoch die Fäden fest in der Hand hält und für Überraschungen wie für Störungen auch künftig jederzeit gut ist. Insofern war München zwar Ereignis, aber letztlich doch nur Episode.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Dieses sensationelle Wahlergebnis für Strauß darf nicht verdekken, daß der Parteitag bei der Abrechnung mit dem Vorsitzenden eine denkbar schlechte Haltung gezeigt hat. Was die Delegierten praktizierten, war nichts anderes als Feigheit vor dem Vorsitzenden. Es ist ihr gutes Recht, im Schutz des Wahlgeheimnisses ihr Urteil über die Parteiführung – einschließlich des am meisten ramponierten Edmund Stoiber – zu sprechen. Aber es ist zugleich ein Armutszeugnis für ein Plenum mit 1100 Delegierten, wenn nicht ein einziger den Mut hat, öffentlich seine Kritik vorzutragen.

Kölnische Rundschau

In der deutschlandpolitischen Kontroverse rächt sich nun, daß Strauß seine Kritik an der Position früherer Regierungen in einer oft überzogenen Art vorgetragen hat. Dadurch wurde verdeckt, daß er durchaus für Abmachungen, Vereinbarungen und Kontakte mit dem Osten eintrat.

SAARBRÜCKER ZEITUNG

Seine Vorgänger im Amt des CSU-Vorsitzenden – Josef Müller, Hans Ehard und Hanns Seidel – hatten auf Parteitagen zum Teil erheblich schlechtere Wahlergebnisse als „FJS" erzielt, doch daß die vielzitierte Basis jetzt auch gegen die (wie Strauß sagen würde „schlechthinige" Symbolfigur de CSU per Stimmzettel aufmuckte macht Furore. Daß die Delegierten es im Schutz geheimer Abstimmung taten, in offener Diskussion vor dem Boß aber kniffen, ma diesen noch mit Genugtuung erfüllt haben.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

München brachte Frischluft in die CSU vielleicht mehr und heftiger, als die meisten erwartet hatten. Franz Josef Strauß ist ohne Zweifel stark angeschlagen. Aber er ist noch lange nicht geschlagen.

Münchner Merkur

Gewiß wollte der CSU-Vorsitzende mit seinem Engagement für die DDR-Milliarden auch (oder vor allem) seine Stellung, damit auch die der CSU in Bonn ausbauen. Gerade dadurch aber ist er jetzt zum verschworenen Helfer Kohls geworden, und zwar so, daß nicht dieser Straußens, sondern Strauß Kohls Gefangener wurde. Seine Stellung in der Partei hat sich massiv verringert, die Position der Bonner Landesgruppe innerhalb der CSU wurde gestärkt.

DARMSTÄDTER ECHO

In einer für ihn kritischen Situation hat Strauß nicht die Souveränität eines erfahrenen Politikers gezeigt, sondern seiner persönlichen Verärgerung und Gekränktheit freien Lauf gelassen. Das vor allem haben ihm viele Delegierte übelgenommen. Hätte Strauß auf die verständliche Kritik gelassen reagiert, wäre ihm ein Denkzettel dieses Ausmaßes erspart geblieben.

DIE RHEINPFALZ

Vielleicht fängt Franz Josef Strauß jetzt tatsächlich an, über den rechten Umgang mit Freunden und Parteifreunden ein wenig eindringlicher nachzudenken als bisher. (Ludwigshafen)

Die Bruder-Wirtschaft und die Grundsätze des Beamtentums

Beispiele aus Berlin und Karlsruhe für Verfallserscheinungen / Von Enno v. Loewenstern

Was wird aus den „hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums", wie Artikel 33 des Grundgesetzes sie beschwört? Nehmen wir einige prominente Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit.

In Berlin wird ein Polizeidirektor inmitten einer Demonstration für Hausbesetzer entdeckt. Es dauert Tage, bis der Mann versetzt wird; der Innensenator Lummer ist gerade nicht da und sein Vertreter hat nicht Grips und/oder Mumm genug, diesen seltsamen Ordnungshüter zu versetzen. Aber auch der Beamte selber hat nicht das Pflichtgefühl, seine Versetzung und überdies ein Disziplinarverfahren gegen sich selber zu beantragen.

Im Grunde ist es dasselbe Problem mit dem Vorgesetzten dieses Polizeidirektors Bruder, dem Berliner Polizeichef Hübner. Es selber ist zwar nicht bei solidarischen Auftritten mit Gewalttätern gesehen worden. Aber sein Sohn Kai ist mehrfach schon in dieser Szene „auffällig geworden", wie es im behutsamen Polizeijargon heißt.

Hübner wiederum hat sich von seinem Sohn keineswegs losgesagt. Menschlich mag ihn das ehren. Doch er hat sich auch von seiner Planstelle keineswegs losgesagt. Und das ist unappetitlich. Taugt er etwa für keinen anderen Arbeitsplatz? Für die Berliner Polizei jedenfalls ist es unerträglich, bei ihren Einsätzen immerfort mit dem Auftauchen des Juniorchefs rechnen zu müssen. Riskieren die Beamten Nachteile? Sie wissen es nicht, und die Öffentlichkeit weiß es auch nicht.

Warum versetzt ihn der Innensenator nicht? Weil das in Berlin nicht so einfach ist. Der Berliner Polizeichef ist gewählt. Anscheinend traut der Senat seiner Mehrheit nicht, wenn es an die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums geht, die insofern natürlich auch für Wahlbeamte gelten.

Auch andere Dinge bringen den Staat in Verruf. Der Bundesrichter Recken (SPD) meint, die NATO-Nachrüstung sei in der Bundesrepublik nicht ohne eigenes Gesetz möglich. Der Präsident des Bundesgerichtshofs, Pfeiffer (SPD), behauptet, nach dem neuen Demonstrationsrecht könnte „ein Dutzend Randalierer" „Tausenden friedlichen Demonstranten" ihr Demonstrationsrecht nehmen; und das neue Recht sei mit dem Schuldprinzip nicht vereinbar.

Aber natürlich brauchen wir kein eigenes Gesetz für die Nachrüstung. Natürlich ist ein Recht, das an Schärfe weit unterhalb der bis 1970 gültigen Bestimmungen bleibt, mit dem Schuldprinzip vereinbar. Jeder weiß das. Ein Richter kann gegen die Nachrüstung oder gegen den neuen Paragraphen 125 sein, Polizeibeamte mögen eigene Vorstellungen von Polizeitaktik haben – das alles ist unproblematisch, solange es im sachlichen Rahmen bleibt. Aber Polizisten, die sich mit Kriminellen tummeln, Richter, die juristischen Unsinn reden – das entspricht nicht den hergebrachten Grundsätzen, wonach der Beamte in Haltung wie Sachwissen über jeden Verdacht erhaben sein muß.

Was die Bürger aber am stärksten zum Nachdenken zwingt: Alle diese Vorgänge finden die volle Billigung der SPD, wenn sie nicht sogar unter ihrem Einfluß regelrecht gefördert worden sind. Die Berliner SPD hat sich nachdrücklich für den Polizeidirektor Bruder stark gemacht. Die Pfeiffer und Recken werden von der Partei nicht zurechtgewiesen, sondern ermutigt.

Dabei steht ein Jurist an der Spitze dieser Partei, der sogar an der Herausgabe eines „Handbuchs des Verfassungsrechts" beteiligt ist. Es enthält viel Beachtliches über des Beamten „Vertrauenswürdigkeit" und „Pflicht zum achtungswürdigen Verhalten". Doch hat das nicht Vogel geschrieben, sondern der vortreffliche Bonner Professor Josef Isensee. Vogel steht in einer neuen Tradition, die die hergebrachten Grundsätze – die einst auch Männer seiner Partei wie Radbruch, Weichmann, Katz vertraten – ersetzt hat durch neu hergelaufene Lehren von Fortschritt, Interessenpolitik, Leistungsverweigerung und Zelotentum, kurz: Filz. Wenn die Beamten nicht allmählich selber über die Zukunft ihres Standes nachzudenken beginnen, wer soll, wer wird es für sie tun?

Führen die Prinzipien des „Waldspaziergangs" aus der Genfer Sackgasse? – Bonn empfiehlt Rückbesinnung auf Kompromißformeln

Auf die Pershing 2 scheint Genscher notfalls verzichten zu wollen

Von BERNT CONRAD

Der Bundesaußenminister hatte mit seinem aufsehenerregenden Plädoyer für die Denkrichtung des Waldspazierganges" der Raketen-Unterhändler Kwizinski und Nitze nach Angaben von Bonner Diplomaten ein zentrales Ziel im Auge: die Deblockierung der Genfer INF-Verhandlungen durch einen sowjetischen Verzicht auf die Einbeziehung der britischen und französischen Systeme. Dieser Vorstellung trugen die Ergebnisse des Waldspaziergangs vom Sommer 1982 in der Tat Rechnung. Aber sie hatten gleichzeitig einen anderen fundamentalen Aspekt: den westlichen Verzicht auf die Stationierung von Pershing-2-Raketen.

Ist Genscher bereit, auch dies zu akzeptieren? Die Antwort darauf wurde gestern in Bonn von zunehmendem rhetorischen Nebel verdeckt. Eingeweihte zweifeln jedoch nicht daran, daß der FDP-Chef sich notfalls auch damit abfinden würde, daß – im Fall entsprechender sowjetischer Gegenleistungen – in Westeuropa nur Marschflugkörper und keine Pershing-2-Raketen stationiert werden sollten.

Wie hoch Genscher die von den Sowjets offiziell abgelehnten und später auch von den Amerikanern intern vorgeworfenen Ergebnisse des Genfer Spazierganges einschätzt, ergibt sich aus dem Lob von Bonner Diplomaten für vier zwischen Kwizinski und Nitze verabredeten Prinzipien:

1. Der Sowjetunion wird kein Monopol bei den Mittelstreckenwaffen eingeräumt. Vielmehr werden beide Seiten 75 Mittelstreckensysteme zugestanden.

2. Die Sowjetunion bezieht die britischen und französischen Systeme nicht ein.

3. Die zwischen Nitze und Kwizinski verabredete Zahl von 75 SS-20-Systemen im Osten und 75 Marschflugkörpern im Westen entspricht dem Prinzip der gleichen Obergrenze.

4. Über die Obergrenze von 75 hinausgehende sowjetische Systeme sollen verschrottet werden.

Für den Bundesaußenminister hat dabei die Eliminierung der britischen und französischen Raketen aus der beiderseitigen Berechnung eine besondere Bedeutung. Denn hier liegt in seinen Augen die aktuelle Chance, die von den Sowjets verursachte Blockade der Genfer Verhandlungen aufzuheben.

Gegen diese Blockade hatte sich Genscher schon während des Besuches mit Bundeskanzler Helmut Kohl in Moskau vor zwei Wochen sehr energisch gewandt. Vor allem dem sowjetischen Verteidigungsminister Marschall Ustinow hatte er die bohrende Frage gestellt: „Weshalb haben Sie und die anderen Sowjetführer 1980 eine Anrechnung der britischen und französischen Systeme ausdrücklich für unzweckmäßig erklärt, und weshalb glaubte Ihr Unterhändler Kwizinski 1982 darauf verzichten zu können, während Sie heute auf einer Einbeziehung dieser Systeme in die INF-Verhandlungen bestehen?" Darauf wußte Ustinow keine plausible Antwort.

Tatsächlich hatte die sowjetische Führung im Juli 1980 beim gemeinsamen Moskau-Besuch des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt und Genschers die Ansicht vertreten, bei den britischen und französischen Raketen handele es sich um strategische Systeme, die nicht in die Mittelstreckenverhandlungen hineingehörten. Später vollzogen die Sowjets einen Kurswechsel, und auch Schmidt zeigte unter dem Druck seiner eigenen sozialdemokratischen Partei zunehmende Neigung, die französischen und britischen Systeme in irgendeiner Weise zu berücksichtigen. Genscher aber blieb hart und glaubt nun, im Waldspaziergang einen Hebel gefunden zu haben, um die britischen und französischen Systeme vom Verhandlungstisch zu entfernen und der Öffentlichkeit klarzumachen, daß nicht etwa die Amerikaner, sondern die Sowjets ein Ergebnis in Genf verhindern.

Nach Darstellung von Bonner Diplomaten läßt Moskau gegenwärtig durch Emissäre ausstreuen, die USA hätten im vorigen Jahr die Ergebnisse des Waldspaziergangs abgelehnt. „Das ist nicht wahr. In Wirklichkeit hat die sowjetische Führung in Genf die Ergebnisse des Waldspaziergangs abgelehnt, bevor Nitze überhaupt den Mund aufmachen konnte", heißt es in Genschers Umgebung.

Tatsächlich sind die Amerikaner nach der sowjetischen Ablehnung auf die „privaten Erwägungen" Kwizinskis und Nitzes nicht mehr zurückgekommen, um zu verhindern, daß der dort erzielte Kompromiß in weiteren Verhandlungen noch weiter zugunsten der Russen aufgeweicht werden könnte.

Intern gab es in Washington einen heftigen Meinungsstreit zwischen dem Außenministerium und dem Verteidigungsministerium über den von Genscher jetzt in den Hintergrund gedrängten zweiten Bestandteil des Waldspaziergangs: den Verzicht auf die Pershing 2. Im State Department bestand dazu durchaus Neigung, das Pentagon aber äußerte schwere Bedenken. Schließlich entschied Präsident Reagan im Sinne von Verteidigungsminister Weinberger, daß auf die Pershing aus grundsätzlichen militärischen Gründen nicht verzichtet werden könne.

Das gleiche war offiziell auch von der Bundesregierung zu hören, nachdem Bundeskanzler Kohl im Mai dieses Jahres in einem Gespräch mit der Herausgeberin der „Washington Post" gemeint hatte, Bonn hätte mit dem Ergebnis des Waldspaziergangs leben können, falls daraus eine Vereinbarung zwischen Washington und Moskau geworden wäre. Dazu hieß es damals im Kanzleramt, Kohl würde zwar eine Vereinbarung vorziehen, die auch im Falle einer Reduzierung nicht auf einen „Waffenmix" verzichten würde. Sollten aber die Amerikaner eine andere Regelung für annehmbar halten, würde sich Kohl nicht querlegen.

Trotz aller „Richtigstellungen" scheint dies heute noch – und besonders nach den Moskauer Gesprächen – die Ansicht des Kanzlers und auch des Bundesaußenministers zu sein. Genscher jedenfalls ist sicher, daß sein Interview mit der Deutschen Welle voll mit der Meinung Kohls übereinstimmt. Wie weit sich das auf die Entbehrlichkeit oder Unentbehrlichkeit der Pershing 2 bezieht, blieb allerdings offiziell im dunkeln.

Bonner Diplomaten wiesen gestern mit Nachdruck darauf hin, daß sich Genscher in seinem Interview weder zum „Waffenmix" noch zum Stationierungskalender geäußert habe. Das Wort „Pershing 2" sei überhaupt nicht gefallen. Genscher habe nichts darüber gesagt, welch ein „Mix" vereinbart werden könnte, und er werde das auch in absehbarer Zeit nicht sagen. Auf die konkrete Frage, ob der Bundesaußenminister denn grundsätzlich weiterhin auf einem „Waffenmix" bestehe, war in diplomatischen Kreisen die Antwort zu hören, Genscher meine, daß ein „Waffenmix" Thema der Verhandlungen sein müsse. Der NATO-Doppelbeschluß sei für die Bundesregierung weiterhin voll gültig, auch was den Kalender und die Stationierung betreffe.

Durch diese Aussagen fühlten sich Sachkenner eher in der Annahme bestätigt, daß der FDP-Chef durchaus bereit wäre, im Rahmen eines sonst befriedigenden Verhandlungspakets auf die Pershing 2 zu verzichten. Offenbar geht Genscher davon aus, daß die Marschflugkörper im Grunde eine gefährlichere Waffe als die Pershing-Raketen seien; sie flögen zwar langsamer, seien aber nicht bekämpfbar.

Unabhängig von der Art der Systeme will Genscher nach Angaben aus diplomatischen Kreisen auf keinen Fall davon abgehen, daß Ende des Jahres mit der Nachrüstung in der Bundesrepublik begonnen wird. Dies würde bedeuten, daß in Deutschland statt der Pershing-Raketen nunmehr Marschflugkörper stationiert werden müßten.

Für sehr gefährlich hält Genscher die vor allem von Egon Bahr vertretenen SPD-Vorstellungen, die darauf hinauslaufen, die Ergebnisse des Waldspaziergangs noch durch eine Anrechnung der britischen und französischen Systeme „anzureichern". Nach Ansicht des Bundesaußenministers würde ein Eingehen auf die sowjetische Forderung verheerende Auswirkungen auf die deutsch-französische Freundschaft haben. Dazu dürfe es auf keinen Fall kommen.



Ein wesentlicher Auslöser der Nachrüstungs-Debatte: Abschuß einer sowjetischen SS-20-Rakete (Zeichnung aus einer Dokumentation der US-Regierung) FOTO: DPA

In Genf geht es nicht nur um Zahlen, es geht auch um rechtliche Optionen

Von RÜDIGER MONIAC

Kaum sind die Genfer Mittelstreckenverhandlungen letzte Woche für eine Pause bis zum 6. September unterbrochen worden, schon blühen die Spekulationen in der Öffentlichkeit über bislang Erreichtes und Nichterreichtes. Stimmengewirr, in dem die Substanz sich zu verlieren scheint.

Was aber ist die Substanz, die die Genfer Verhandlungen über die Reduzierung der atomaren Mittelstreckenwaffen bestimmen muß? Generell läßt sie sich auf folgende Kernpunkte reduzieren:

● Westliches Ziel der Verhandlungen ist, eine ganze Waffenkategorie nuklearer Systeme mit Hilfe eines Vertragsabschlusses in Genf ein für allemal mit völkerrechtlicher Verbindlichkeit und zuverlässig für alle Seiten nachprüfbar zu eliminieren. Es geht dabei um ballistische Raketen mit nuklearer Gefechtsladung und einer Reichweite zwischen tausend und fünftausend Kilometer. Dies ist die alles überwölbende Zielsetzung der sogenannten Null-Lösung.

● Sollte sie aufgrund sowjetischer Unnachgiebigkeit nicht erreichbar sein, bestehen die USA als Advokaten ihrer europäischen NATO-Verbündeten und beim Verfolgen vor allem der westeuropäischen Sicherheitsinteressen darauf, daß die Sowjetunion sich in den Genfer Verhandlungen weder militärisch-operative Vorteile noch gar völkerrechtliche holen kann. Das gilt sowohl für den Fall der Nicht-Einigung über einen Reduzierungsvertrag in Genf, aber auch für den der Einigung. Sowohl in der Zielsetzung der militärisch-operativen Optionen wie in der Wahrung der völkerrechtlichen Belange darf NATO-Europa gegenüber der zur Hegemonie strebenden Sowjetunion nicht ins Hintertreffen geraten. Dies zu beachten, lassen sich die USA in den Genfer Mittelstreckenverhandlungen vor allem angelegen sein.

Unter solchen Voraussetzungen wird von US-Botschafter Nitze und seiner Delegation in Genf die diplomatische Auseinandersetzung mit seinem sowjetischen Gegenspieler Kwizinski betrieben. Nur wenn man sie im Blick behält, versteht man, wieso von westlicher Seite dennoch flexibel verhandelt werden kann.

Der NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979 war das Ergebnis langer interner Auseinandersetzungen der Fachleute im Bündnis, die generell die Notwendigkeit sahen, daß der Westen seine waffentechnischen Fähigkeiten zur Verwirklichung seiner Strategie der „flexiblen Reaktion" verbessern mußte. Diese Notwendigkeit galt seinerzeit sogar unabhängig vom sowjetischen Aufbau der SS-20-Streitmacht und der zunehmend unerwähnt gelassenen Backfire-Bomber. Die NATO-Strategie der Abschreckung verlangt westliche Fähigkeiten zur Steigerung des Krieges auf ein höheres Niveau der Zerstörung. Darin lag und liegt noch heute die Erklärung für den Beschluß, nukleare Waffen für Westeuropa mit Reichweiten bis auf sowjetisches Territorium vorzusehen.

Erst in einer zweiten Denkphase wurde die beabsichtigte Modernisierung des atomaren Potentials für den „europäischen Kriegsschauplatz" (amerikanisch: theater) mit der Absicht verbunden, sie gegen die SS-20 zu setzen, um damit einen wirksamen Hebel zu ihrer rüstungskontrollpolitischen Reduzierung, ja Beseitigung in die Hand zu bekommen. Am Ende verband der NATO-Doppelbeschluß also zwei Zielsetzungen, zum einen die Modernisierung des alliierten Nuklearpotentials zur Verbesserung der Glaubwürdigkeit der Militärstrategie der Abschreckung, zum anderen den Versuch, das bedrohlich gewachsene sowjetische SS-20-Potential, dessen Zähmung die USA in den SALT-Verhandlungen abgelehnt hatten, nun am Tisch der INF-Verhandlungen zu versuchen.

In diesem Lichte können verschiedene Versuche, die Genfer Verhandlungen zu einem Ergebnis zu führen, nicht hingenommen werden. Das gilt einmal für die Idee aus den Reihen der französischen Sozialisten, der im übrigen sich Egon Bahr angeschlossen hat, eine NATO-Nachrüstung würde überflüssig, wenn das SS-20-Potential drastisch auf 50 Systeme verringert würde. Militärisch-operativ würde Moskau dann über 150 (mit Nachladefähigkeit über 300 oder mehr) nukleare Gefechtsladungen verfügen, der die NATO nichts Gleichwertiges auf ballistischen Trägern entgegenzusetzen hätte. Die britischen und französischen Systeme gehören nicht in diese Kategorie. Auch völkerrechtlich wäre die Lösung null gegen fünfzig nicht hinnehmbar. Sie erlaubt der Sowjetunion, was sie der NATO verböte, nämlich die Stationierung von ballistischen Raketen.

Zum zweiten trifft Ähnliches auch auf die Formel vom „Waldspaziergang" zu. Sie setzt 75 Fahrzeuge mit Marschflugkörpern mit je vier Gefechtsköpfen (zusammen 300) gegen 75 SS-20-Raketen. Völkerrechtlich würde auch sie den westlichen Verzicht auf Raketen bedeuten, militärisch den auf eine sicher wirkende Eskalationsfähigkeit.

„. . . auch in Richtung des Waldspaziergangs zu denken"

DW. Bonn

In einem Interview, das die Deutsche Welle am Montag morgen sendete, nahm der Bundesaußenminister zur Frage der Mittelstreckenwaffen in Europa wie folgt Stellung:

Genscher: . . Hier kommt es darauf an, daß die Blockierung der Verhandlungen, die durch das Verlangen der Sowjetunion entstanden ist, die englischen und französischen Systeme mit zu berücksichtigen, beseitigt wird. Ich glaube, daß die Sowjetunion allen Anlaß hat, noch einmal darüber nachzudenken, ob nicht das Ergebnis, das der amerikanische und der sowjetische Unterhändler im letzten Sommer bei dem sogenannten Waldspaziergang erzielt hatten, in der Tat ein für sie akzeptables Ergebnis sein könnte; denn hier werden sowohl Sicherheitsgesichtspunkte der Sowjetunion berücksichtigt als auch das legitime Interesse des Westens, daß es bei diesen Verhandlungen nur um amerikanische und sowjetische Systeme geht. Das heißt, daß die englischen und französischen Systeme außer Betracht bleiben. Ich glaube, daß je näher wir an die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion nach der Sommerpause kommen, es um so nützlicher sein wird, auch in Richtung des damaligen Waldspaziergangs zu denken. Denn damals haben ja zumindest die beiden Unterhändler eine akzeptable Einigung als möglich erachtet.

Frage: Die britischen und die französischen Systeme sind ja auch schon einmal mitgezählt worden – bei den strategischen Raketenverhandlungen. Wäre es nicht sinnvoll, dieses Thema nun wieder in die START-Verhandlungen zu verweisen?

Genscher: Ich kann nicht über die britischen und französischen Systeme verfügen und auch nicht über die START-Verhandlungen, die die Amerikaner und die Sowjets führen. Wir sind beteiligt, nicht am Verhandlungstisch, aber bei der Erarbeitung des Mandats für die Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen. Das ist das Entscheidende, und hier möchten wir nicht, daß diese Verhandlungen noch länger durch die Forderung nach der Einbeziehung der englischen und französischen Systeme blockiert werden. Und hier hat ja der Kompromiß, der zwischen den Unterhändlern Nitze und Kwizinski erzielt worden war, einen Ausweg gezeigt.

Bahrs Weg zu einer Null-Lösung des Westens

DW. Bonn

Im Deutschlandfunk äußerte sich gestern früh Egon Bahr, Abrüstungsexperte der SPD, zum Nitze/Kwizinski-Modell (Auszug aus dem Interview):

Bahr: Ja, es kann sich trotzdem etwas bewegen, wenn man zu dem Punkt käme, daß man 75 Marschflugkörper hier hätte und 75 SS-20-Raketen auf seiten der Sowjetunion, dann sind, auch wenn man überhaupt darüber gar nicht redet, die britischen und französischen ja dabei. Die SS 20 hat bekanntlich drei Sprengköpfe, dann wären das 150 Sprengköpfe mehr als die Cruise Missiles – eine fabelhafte Möglichkeit, vielleicht über die Briten und Franzosen gar nicht zu reden, aber sie zu berücksichtigen, und das ist der Punkt . . . Wenn Sie Nitze/Kwizinski nehmen – 75 und 75 – und würden 75 auf unserer Seite wegnehmen und hätten dann noch 150 Sprengköpfe von 50 SS 20: Die Rechnung klingt ein bißchen kompliziert, aber im Grunde wäre es das gleiche, wenn man berücksichtigt, was bei den Engländern und Franzosen vorhanden ist. Dann kann man in der Tat bei uns null haben.

NATO von Genscher überrascht: Bonner Signal für neue US-Position?

Von C. GRAF BROCKDORFF

In der NATO ist mit Erstaunen zur Kenntnis genommen worden, daß Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher bei den Genfer Verhandlungen einen Kompromiß nach dem Vorbild des sogenannten Waldspazierganges für denkbar hält. In der NATO ist niemand zuvor über die Gedankengänge des deutschen Außenministers unterrichtet worden. Die Bündnispartner entnahmen Genschers Ansichten den Zeitungen. Das wird, so erwarten diplomatische Kreise, zu Rückfragen nach dem deutschen Standpunkt bei den Vertretern der Bundesrepublik in der NATO führen, denn auch die Vereinigten Staaten haben eine Veränderung ihrer Denkweise im Bündnis nicht angezeigt.

Der amerikanische Chefunterhändler in Genf, Paul Nitze, hatte erst vor wenigen Tagen die Mitglieder des ständigen Nordatlantikrats, in dem Botschafter Hans-Georg Wieck Bonn vertritt, über den Stand der Gespräche mit den Sowjets informiert. Dabei gab Nitze dem sicheren Vernehmen nach keinen Hinweis auf eine mögliche Änderung der amerikanischen Haltung.

Dennoch wurde in Brüssel spekuliert, Genscher habe über andere Kanäle erfahren, daß man in Washington zu einem Kompromiß bereit sei, bei dem Amerika auf die Stationierung der Pershing 2 verzichtet. Deswegen habe er sich zu einer Flucht nach vorne entschlossen, damit die Bundesregierung nicht urplötzlich bei der Verfechtung der Pershing 2 alleine dastehe. Jedenfalls gebe es für Genschers Verhalten keine andere plausible Erklärung. Der deutsche Außenminister sei lange genug in der Rüstungskontrollpolitik erfahren, um zu wissen, daß seine Äußerungen in Moskau als Signal für eine westliche Konzessionsbereitschaft verstanden würden.

Beim Waldspaziergang der Genfer Unterhändler war vereinbart worden, daß die Sowjetunion 225 Sprengköpfe auf 75 Werfern SS 20 haben dürfe und die Vereinigten Staaten 300 Sprengköpfe auf 75 Cruise-Missile-Werfern. Durch die unterschiedliche Sprengkopfzahl sollte die Tatsache kompensiert werden, daß es sich bei der SS 20 um eine reaktionsschnelle ballistische Waffe handelt.

In der NATO wird aber hervorgehoben, daß nur die Pershing 2 in der Lage wäre, durch einen Einzelschlag – sogenannte selektive Einsätze – während eines schon andauernden Konflikts den Versuch zu machen, ihn durch ein „atomares Signal" wieder zu beenden. Mit der Pershing 2 kann man – in den Worten der NATO-Experten – eskalieren ohne eskalatorisch zu wirken. Das Cruise Missile sei dazu unfähig, weil es nur in Massen eingesetzt werden könne. Das liege an der technischen Natur dieser Waffe, die wie ein Tiefflieger ihr Ziel sucht. Einzelflüge von Cruise Missiles zu selektiven Zwecken könnten das erwünschte Signal verfehlen und würden sich daher von selbst verbieten.

Sollte der Westen auf das Modell des Waldspazierganges zurückgreifen, würde er nach Ansicht von NATO-Experten freiwillig auf ein Mittel verzichten, das voll der NATO-Strategie der „flexible response" entspricht. Das wisse natürlich auch Genscher, der somit über Informationen verfügt haben müsse, die außer ihm nur noch Bundeskanzler Kohl vorliegen dürften.

Als unvorstellbar weist man in Brüssel den Gedanken zurück, Genscher suche nur nach einem Ausweg, um dem Problem der Anrechnung der französischen und britischen Atomwaffen aus dem Weg zu gehen. Der deutsche Außenminister wisse, daß diese Waffen nicht zur NATO-Struktur gehörten und allein dem letzten Schutz dieser Staaten dienten.

(SAD)

Haltung Kohls und Genschers zur Pershing 2 bleibt unklar

■ Fortsetzung von Seite 1

falls sich eine Konstellation wie beim Waldspaziergang wiederholen sollte – einen Verzicht auf den Waffenmix und damit auf die Stationierung von Pershing-2-Raketen in Kauf nehmen würde. Vielmehr konzentrierte sich der Regierungssprecher, ebenso wie Genscher in seinem Interview, auf die Forderung, Moskau solle die britischen und französischen Systeme aus den INF-Verhandlungen ausklammern. „Teile des Waldspaziergangs sind weiter erörterungswürdig", meinte Boenisch. Er betonte, Kanzler Kohl sei über Genschers Interview keineswegs verärgert.

Von informierter Seite wurde die Vermutung hinzugefügt, daß die Äußerungen des Außenministers von Verteidigungsminister Wörner nicht als hilfreich für die deutsche Position bewertet würden. Wörner fliege am Mittwoch nach Washington und könne nicht daran interessiert sein, daß öffentliche Spekulationen aufkommen, die nicht dem Stand der Konsultationen mit den USA entsprechen.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Egon Bahr unterrichtete Bundeskanzler Helmut Kohl gestern über Einzelheiten seiner Gespräche in Moskau. Wie Boenisch sagte, hat Kohl von Bahr aber keine neuen Erkenntnisse über die sowjetische Haltung erhalten. Vor Journalisten hatte Bahr vorher erklärt, ein Ergebnis der Genfer Mittelstreckenverhandlungen sei aus seiner Sicht technisch noch möglich.

In Moskau, wo sich Bahr mehrere Tage lang aufhielt, habe er den Eindruck gewonnen, daß die sowjetische Führung im Rahmen der Formel, die die beiden Genfer Unterhändler Nitze und Kwisinzkij vor einem Jahr bei einem Spaziergang erörtert hatten, über eine Einigungsmöglichkeit nachdenke.

Über die Haltung der SPD sagte Bahr, seine Partei könne das gegenwärtig geltende Kräfteverhältnis mit 250 gegen Westeuropa gerichteten SS-20-Systemen und keinem Gegenpotential auf westlicher Seite nicht hinnehmen. Deshalb halte die SPD an ihrer Forderung nach einer „radikalen Reduzierung" der SS 20 fest, „damit bei uns nichts stationiert" werden müsse. Nach seinen Worten wird es aber nicht zu einem Genfer Abkommen kommen, wenn nicht in irgendeiner Form die britischen und französischen Atomwaffen (gegenwärtig zusammen 162, die Red.) „berücksichtigt" würden.

Für akzeptabel erklärte Bahr ein Genfer Abkommen auf folgender Basis: Die Sowjetunion reduziere ihre SS-20-Potential auf 50 Systeme, wie es der französische Sozialist Jaques Huntzinger vorgeschlagen habe. Dann brauche die NATO keine Nachrüstung. Oder die NATO komme auf die Formel vom „Waldspaziergang" zurück.

In einem Interview mit dem Deutschlandfunk erweckte Bahr allerdings gestern morgen den Eindruck, als habe der US-Unterhändler in der Formel vom „Waldspaziergang" lediglich 75 westliche Marschflugkörper als Gegengewicht gegen die 75 SS-20-Raketen angeboten und nicht 75 Werferfahrzeuge mit je vier Marschflugkörpern. Bahr rechnete in dem Interview nämlich „75 Marschflugkörper hier" und „75 SS-20-Raketen auf seiten der Sowjetunion". Auf diese Weise, so Bahr, seien, „auch wenn man gar nicht darüber redet, die britischen und französischen ja dabei". Bahr weiter: „Die SS 20 hat bekanntlich drei Sprengköpfe, dann wären das 150 Sprengköpfe mehr als die Cruise Missiles, eine fabelhafte Möglichkeit, vielleicht über die Briten und Franzosen gar nicht zu reden, aber sie zu berücksichtigen."

Wie unser Pariser Korrespondent berichtet, war in der Umgebung des französischen Staatspräsidenten ungläubiges Staunen über das Genscher-Interview zu erkennen. Spontan meinte ein Mitterrand-Berater: „Es ist auf jeden Fall der Kanzler, der die Zügel in der Hand hält."

Suche konzentriert sich auf sechs Terroristen

Die Spitze der RAF-Organisation ist geschrumpft

WERNER KAHL, Bonn

Auf den neuesten Steckbriefen sind es nur noch sechs. Die Zahl der führenden RAF-Mitglieder ist nach einer Einschätzung des Bundeskriminalamtes geschrumpft. Dies geht aus der Vorrangfahndung der Abteilung „Te" (Terrorismus) hervor.

Priorität hat die Fahndung nach drei Frauen und drei Männern. Es handelt sich um Inge Viett, eine 39jährige frühere Berliner Kindergärtnerin, die an der Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz beteiligt gewesen sein soll, ferner um Christa Eckes, eine 31jährige aus Mainz, die nach langjähriger Haft sofort wieder in den Untergrund ging und um die in dritter Generation zur RAF gestoßene Ingrid Jakobsmeier. Ihre Fingerspuren wurden auf einem Geldpaket in einem der 15 Erddepots entdeckt, die Ende vergangenen Jahres durch das Bundeskriminalamt ausgehoben werden konnten.

Von den gesuchten Männern ist der 39jährige Helmut Pohl seit 1970 bei der RAF. Nach mehrjähriger Strafverbüßung baute er die zerschlagene Terrororganisation wieder mit auf. Der 23jährige Henning Beer ist der Bruder des 1980 tödlich verunglückten Terroristen Wolfgang Beer. Als neues Gesicht ist der saarländische Bundeswehrdeserteur Rausch hinzugekommen. Auf ihn stieß das BKA, als es den gruppeninternen RAF-Geheimcode entschlüsselt hatte.

Diese sechs sind nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden in jüngster Zeit in der Bundesrepublik mit gefälschten Papieren unterwegs gewesen. Sie fanden Unterschlupf in Studentenheimen, heißt es in dem Aufruf der Polizei an die Bevölkerung zur Mitfahndung.

Vorrangig suchen die Fahnder derzeit noch nach 16 mutmaßlichen Terroristen. Für Hinweise zu deren Ergreifung sind jeweils 50 000 Mark ausgesetzt. Von diesen sechzehn sind die genannten sechs vor allem in der Bundesrepublik am aktivsten, heißt es bei den Sicherheitsbehörden. Die Polizei geht von etwa zehn Köpfen aus, die die RAF-Spitze in diesem Sommer hat (im Vorjahr zwanzig). Die reduzierte Steckbrieffahndung sieht bereits wie eine vorweggenommene Antwort auf Brigitte Mohnhaupts – vor ihrer Verhaftung 1982 – geäußerte Erwartung aus: „Guerrilla ist 'ne Hydra. Das heißt, sie kriegt immer neue Köpfe." Während es aussieht, als ob der Nachwuchs aus dem terroristischen Umfeld spärlich geworden ist, bezeichnen Fachleute der Polizei langjährige RAF-Anhänger heute bereits als „Grenzfälle„ zwischen passivem Mitmachen und Aussteigen. Zu ihnen werden die frühere Hamburger Anwaltsgehilfin Sigrid Sternebeck und der ehemalige Assistenzarzt im hanseatischen Untersuchungsgefängnis, Ekkehart von Seckendorf, gerechnet. Die ebenfalls jahrelang zum „harten Kern" zählende Hamburger Patentanwaltstochter Susanne Albrecht – der Beteiligung an der Ermordung ihres Patenonkels Jürgen Ponto beschuldigt – ist nach einer Flucht durch mehrere Staaten im Nahen Osten untergetaucht; Friederike Krabbe, lange auf Steckbriefen gezeigt, soll ebenfalls im Nahen Osten für marxistisch orientierte „Befreiungsbewegungen" der Dritten Welt tätig sein, und Ingrid Siepmann, seit 1969 auf terroristischem Trip, gilt als tot. Sie soll bei Kämpfen im Sommer 1982 in Libanon getötet worden sein.

Am weitesten setzte sich die aus dem Stuttgarter Raum stammende Barbara Seiferling ab. Die 31jährige war wegen der Umstände ihres Abtauchens, so die Sicherheitsbehörden, ebenfalls zum „harten RAF-Kern" gerechnet worden. Zielfahnder des BKA spürten die Sozialpflegerin schließlich auf den Malediven im Indischen Ozean auf. Sie war dort zu einem anderen Glauben übergetreten und hatte geheiratet. In den Vernehmungen kamen die Experten zu dem Schluß, daß es sich um eine „Aussteigerin" handelt. Nach den Verhören wurde deshalb der Haftbefehl aufgehoben.

Auf die Möglichkeit angesprochen, daß das dreizehnte Jahr des RAF-Untergrundkampfes gegen die Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik zugleich zum Liquidationsjahr der terroristischen „Roten Armee Fraktion" (RAF) werden könnte, scheuen führende Sicherheitsexperten jedoch eine Prognose. Es ist nicht nur die Erwartung, daß Terroristen wie Inge Viett und Helmut Pohl genügend Feuerlöscher finden werden, um daraus für das Eingreifen in den Widerstand gegen eine Nachrüstung der NATO Bomben herzustellen. Die Zweifel werden vor allem durch die Erfahrung genährt, daß die RAF auch nach der Verhaftung von Ulrike Meinhof, Andreas Baader und Gudrun Ensslin 1972 wieder aufgebaut werden konnte.

Stuttgart: Der Traum von der Landeshymne

kuo. Stuttgart

Den Schwaben wird nachgesagt, sie seien manchmal Spätzünder. In der Tat, erst 31 Jahre nach der Gründung des Südweststaates haben jetzt zwei führende schwäbische Politiker ein Defizit entdeckt, das man dort bisher gar nicht vermißt hat: eine eigene „Landes-Hymne".

Das Verdienst, dieses Problem wenigstens jetzt erkannt zu haben, gebührt den zwei Brüdern Erwin und Albert Teufel. Der erstere ist CDU-Fraktionschef im Stuttgarter Landtag, Bruder Albert Bürgermeister in Spaichingen.

Letzterer schrieb zunächst einen Brief an seinen prominenteren Bruder: „Lieber Erwin", hieß es da, „zur Pflege von Heimat, Brauchtum und Tradition würde es meines Erachtens gehören, nach 30 Jahren Südweststaat eine Art Landeshymne zu haben, die in beiden Landesteilen gleichermaßen akzeptiert wird."

Der Spaichinger Bürgermeister versprach sich davon eine mögliche „Hebung des Sebstbewußtseins" der Baden-Württemberger durch ein solches „Liedle" und verwies auf die benachbarten Bayern. Dort wird die Landes-Hymne hoch in Ehren gehalten: Der Bayerische Rundfunk spielt am Ende seines Programms die „Nationalhymne" mit den Worten „Gott mit dir / Du Land der Bayern ..." noch vor der Nationalhymne.

Bruder Erwin Teufel schrieb nun seinerseits einen Brief an die nächsthöhere Instanz: an Regierungschef Lothar Späth. Darin heißt es unter anderem: „Lieber Lothar, aus Kreisen der CDU ist an mich herangetragen worden, daß es bei einer Kundgebung auffiel, daß das Land Niedersachsen ein eigenes Lied hat, das von Ministerpräsident Albrecht bei der Kundgebung gesungen wurde." Teufel regte nunmehr beim Regierungschef Späth an, „einmal gemeinsam darüber nachzudenken, ob Wege für ein Baden-Württemberg-Lied gefunden werden können".

Späth schaltete schnell. Das Staatsministerium wandte sich an den Landesmusikrat in Karlsruhe. Ein Mitarbeiter dieses Gremiums zur WELT: „Wir haben vorgeschlagen, daß Peter Seeger, Bundeschorleiter des badischen Sängerbundes eine solche Hymne komponiert. Er scheint uns am geeignetsten für diese Aufgabe."

Auch die Kosten für eine Hymne sind bereits ausgerechnet worden: etwa 10 000 Mark könnte man für sie ausgeben.

Strauß fordert familienpolitische Impulse

CSU-Chef schlägt neuen Verteilungsschlüssel vor / „Kurskorrektur bei Kinder- und Mutterschaftsgeld notwendig"

GÜNTHER BADING, Bonn

Zweifel an den familienpolitischen Plänen der Bundesregierung hat Franz Josef Strauß in seiner Rede vor dem CSU-Parteitag in München geäußert. Für den CSU-Vorsitzenden ist jetzt eine „sofortige Kurskorrektur" nötig, um zum einen das Mutterschaftsgeld zu erhalten und auszuweiten, zum anderen aber auch vom „Gießkannenprinzip" des bisher bezahlten Kindergeldes wegzukommen. Nach den Berechnungen, die Strauß in München vorlegte, könnte eine Umverteilung der Kindergeld-Ausgaben von derzeit 12,8 Milliarden Mark und des Mutterschaftsgeldes von zur Zeit einer Milliarde nach seiner Modellrechnung sogar Mittel für zusätzliche Vorhaben in der Familienförderung freisetzen.

Strauß kritisierte, daß zum einen Einsparungen das Kindergeld und das Mutterschaftsgeld treffen sollten, der Empfängerkreis aber in vier Jahren ausgeweitet werden soll. „Das Versprechen, ab 1. Januar 1987 die nach Länge und Umfang geminderten Leistungen auf alle Frauen auszudehnen, bringt keinen Erfolg. Es zieht vielmehr unsere Familienpolitik in Zweifel."

Der „neue Verteilungsschlüssel", den der CSU-Vorsitzende vorschlägt, geht davon aus, daß die zur Verfügung stehende Finanzmasse aufgrund der aktuellen schwierigen Situation der öffentlichen Haushalte nicht vergrößert werden kann. Sein Modell sieht zum einen vor, daß die Familien Wahlfreiheit erhalten sollen, „ob sie das Kindergeld in Form eines verlängerten Mutterschaftsgeldes oder als wiederkehrende Leistung bis zum 16. Lebensjahr beziehen möchten". Für die Berechnungen sind die Geburtenzahlen des Jahres 1982 zugrunde gelegt.

Konkret schlägt Strauß dann die sofortige Einführung eines Mutterschaftsgeldes etwa in Höhe des doppelten Sozialhilfe-Regelsatzes vor. Das wären zur Zeit rund 670 Mark. Die Laufzeit des Mutterschaftsgeldes soll sich nach der Geburtenfolge richten:

- Bei Erstkindern ein Jahr lang 670 Mark monatlich;
- bei Zweitkindern zwei Jahre lang 670 Mark monatlich;
- bei Drittkindern für drei Jahre monatlich 670 Mark, dazu das augenblickliche Kindergeld von 220 Mark bis zum 16. Lebensjahr.

Franz Josef Strauß begründet seinen Ansatz damit, daß vor allem der jungen Familie geholfen werden müsse. Heute müsse man feststellen: „Ein junges Ehepaar gerät in Einkommensverfall, wenn ein Kind kommt und die eigene Familie nicht dazuhilft." Ziel der Neuverteilung der bisherigen Finanzmasse des Kindergeldes müsse deshalb sein, „nicht wie bisher nach dem Gießkannenprinzip über Jahre hinweg Kleinbeträge zu verteilen, sondern für die junge Generation Anreize zu schaffen, wieder mehrere Kinder zu haben". Deshalb müsse das Mutterschaftsgeld – wie vorgeschlagen – in einer Höhe ausgezahlt werden, die tatsächliche familienpolitische Impulse schaffe. Das sieht Strauß bei der gegenwärtigen Kindergeld-Regelung mit 50 und 100 Mark monatlich für das erste und zweite Kind und 220 Mark für das dritte Kind nicht gegeben. Strauß hält auch die Einführung von Einkommensgrenzen für die Bezieher von Kindergeld für denkbar.

Die Staffelung der Dauer, für die das Mutterschaftsgeld bezahlt werden soll, entspricht nach Aussage des CSU-Chefs in etwa der Staffelung beim heutigen Kindergeld von 50:100:220 bis 240 Mark. Ab dem dritten Kind sollte nach seiner Meinung das Kindergeld auch nach Auslaufen des Mutterschaftsgeldes bezahlt werden.

Da es sich bei dem Mutterschaftsgeld nach dem Strauß-Modell um einen Ausgleich für das Kindergeld und nicht um Ansprüche in Verbindung mit einem Arbeitsverhältnis handelt, sollte das Geld „unabhängig davon gewährt werden, ob die Mutter einer Erwerbstätigkeit nachgeht oder nicht".

Zur Finanzierbarkeit seines Vorschlags wies Strauß darauf hin, daß derzeit an Kindergeld des Bundes bezahlt werden: für Erstkinder 6,6 Milliarden, für Zweitkinder 3,[illegible] Milliarden, für Drittkinder 1,8 Milliarden und für weitere Kinder 0,[illegible] Milliarden Mark. Im Jahr würden also 12,8 Milliarden Mark für Kindergeld und eine Milliarde für das heutige Mutterschaftsgeld ausgegeben. Diesen 13,8 Milliarden stünden Mutterschaftsgeld-Ausgaben gegenüber von 2,572 Milliarden für 320 000 Erstkinder für ein Jahr, 3,216 Milliarden für 200 000 Zweitkinder für zwei Jahre, 2,412 Milliarden für Drittkinder (etwa 100 000) für drei Jahre. Pro Jahr wären die 8,2 Milliarden, es bliebe ein „Differenzbetrag zur weiteren Disposition" gegenüber den heutigen Ausgaben von 5,6 Milliarden Mark.

In seiner Rede hatte Strauß die Familienpolitik der SPD/FDP hart angegriffen. Sie sei von „Mißachtung und weitgehender Ablehnung der Familie" gekennzeichnet gewesen. Durch eine „massive Medienkampagne" der 70er Jahre sei die Ein-Kind-Familie als „fortschrittlich" propagiert, Kinder als „Hindernis auf dem Weg zu mehr Lebensqualität und Selbstverwirklichung" dargestellt worden.

Seite 2: Für die junge Familie

Selbsthilfe ohne den Stempel der Bürokratie

F. DIEDERICHS, Berlin

Die im vergangenen Jahr vom Berliner Senat beschlossene unkonventionelle und unbürokratische Förderung von Selbsthilfegruppen und Alternativprojekten in Berlin hat in der Zielgruppe ein durchweg positives Echo gefunden. Aus einem jetzt von Sozialsenator Ulf Fink (CDU) vorgelegten Zwischenbericht geht hervor, daß aus dem für 1983 vorgesehenen Jahresetat von zehn Millionen Mark bisher mehr als drei Millionen Mark an insgesamt 207 verschiedene Projektgruppen aus der Landeskasse ausgezahlt wurden.

Das nach Worten von Fink bisher im Bundesgebiet durch die schnelle Vergabepraxis „ohne den Stempel der Bürokratie" einmalige Berliner Modell basiert auf der Überlegung des Senats, die Angebote des „traditionellen Gesundheitssystems" in den Bereichen Gesundheitsprävention, der Alkohol- und Drogenkranken durch eine breite Front von Selbsthilfegruppen zu ergänzen. Nach Schätzungen einer Arbeitsgruppe der Freien Universität Berlin engagieren sich derzeit rund 15 000 Berliner in 1500 Alternativprojekten in Form von Kleinbetrieben, Arbeitsgruppen oder Vereinen. Sie werden nach dem Kriterienkatalog des Senats dann mit Zuschüssen bedacht, wenn sie das Zusammenleben junger und alter, kranker und behinderter, deutscher und ausländischer Bürger fördern, Wege zur Überwindung der starren Trennung von Arbeits- und Familienwelt weisen und „sinnvolle Arbeitsplätze", so Fink, schaffen.

Der Begriff „alternativ" in bezug auf die geförderten Projekte darf jedoch nach der Einschätzung der Politiker keine politischen Ziele verfolgen, sondern müsse vielmehr „konkrete Lebenshilfe" geben, um förderungswürdig zu werden.

Für die Vergabe der Landesmittel zeichnet eine zehnköpfige Arbeitsgruppe der Sozial- und Gesundheitsverwaltung in Zusammenarbeit mit einem fünfköpfigen Beirat verantwortlich, der sich aus Mitgliedern der freien Wohlfahrtsverbände rekrutiert. Sie sprachen beispielsweise über 100 000 Mark einem Projekt zu, das wie kaum ein anderes die Vorteile einer derartigen Förderung für das Land dokumentiert: Ein Teil des ehemaligen Albrecht-Achilles-Krankenhauses im Bezirk Wilmersdorf, im vergangenen Jahr stillgelegt, wurde mehreren Selbsthilfegruppen zur Verfügung gestellt. So schlossen sich dort Krankenschwestern zu einem Verein zusammen, gründeten eine „Sozialstation" und versorgen nun pflegebedürftige Patienten zu Hause und nicht im Krankenhaus.

Zudem etablierten sich in der ehemaligen Klinik, die den Sparbeschlüssen angesichts der Kostenexplosion im Gesundheitswesen zum Opfer fiel, eine psychosoziale Kranken-Selbsthilfegruppe „Komm rum", der Elternkreis „Drogenabhängiger Jugendlicher", die „Selbsthilfegruppe Krebs", eine Notfallpraxis der Kassenärztlichen Vereinigung und eine Kontakt- und Informationsstelle der Wohlfahrtsverbände. „Mit diesen Sozialstationen kann besser geholfen werden und gleichzeitig gespart werden", begründet Fink die Förderung. Das Rechenexempel der im Wilmersdorfer Krankenhaus gegründeten „Sozialstation", wo nunmehr eine Patientenbetreuung zu Hause pro Patient mit 30 Mark statt der bisherigen Krankenhaustarife von 25[illegible] Mark zu Buche schlägt, verdeutlicht die Vorteile.

Die handfesten Hilfestellungen des Sozialsenators zur gesellschaftlichen Integration derer, die mit ihren Selbsthilfegruppen in weiten Kreisen der Bevölkerung immer noch als „Aussteiger" gelten, haben Fink nicht nur Beifall eingebracht. Selbst Senatskollegen der eigenen Partei sprechen von Ulf Fink in vertrautem Kreise nur noch als dem „Alternativsenator". Fink warnt jedoch stets davor, die Mehrheit der Alternativen mit einer Gewalt ausübenden Minderheit gleichzusetzen.

Wir trauern um

WILHELM RAHMSDORF

Präsident der Landeszentralbank in Niedersachsen i. R.
Mitglied des Zentralbankrats der Deutschen Bundesbank i. R.
Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
Träger des Großen Verdienstkreuzes des Niedersächsischen Verdienstordens

der am 16. Juli 1983 in seinem 75. Lebensjahr verstorben ist.

Herr Wilhelm Rahmsdorf stand während seines gesamten Berufslebens mit der deutschen Notenbank in enger Beziehung; seine herausragenden persönlichen Eigenschaften führten ihn dort früh in Positionen mit hoher Verantwortung. Nach Tätigkeiten in verschiedenen Bereichen der Deutschen Reichsbank hatte Wilhelm Rahmsdorf nach dem Kriege verdienstvollen Anteil am Wiederaufbau und der Fortentwicklung des deutschen Notenbankwesens. Von 1964 bis 1976 war er Präsident der Landeszentralbank in Niedersachsen und Mitglied des Zentralbankrats der Deutschen Bundesbank. Er erfreute sich großer Anerkennung und Wertschätzung durch außergewöhnlichen Sachverstand ebenso wie durch Liebenswürdigkeit, menschliche Wärme und persönliche Bescheidenheit.

Wir werden Person und Tätigkeit von Wilhelm Rahmsdorf in bleibender Erinnerung behalten.

DER ZENTRALBANKRAT DER DEUTSCHEN BUNDESBANK

Karl Otto Pöhl, Präsident — **Dr. Helmut Schlesinger**, Vizepräsident

---

Von tiefer Trauer erfüllt teilen wir mit, daß der ehemalige Präsident der Landeszentralbank in Niedersachsen,

Wilhelm Rahmsdorf

Inhaber des Großen Verdienstkreuzes mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
Inhaber des Großen Verdienstkreuzes des Niedersächsischen Verdienstordens

am 16. Juli 1983 im 75. Lebensjahr verstorben ist.

Mehr als vier Jahrzehnte war der Verstorbene an leitender Stelle in der Deutschen Notenbank tätig. Nach dem Kriege erwarb er sich besondere Verdienste beim Wiederaufbau des deutschen Kreditwesens. Von 1964 bis 1976 war er Präsident der Landeszentralbank in Niedersachsen. Hervorragende Kenntnisse und große Erfahrungen, verbunden mit leidenschaftlichem Engagement für die Geldwertstabilität, ließen ihn dabei über die Grenzen Niedersachsens hinaus zu einem geschätzten Ratgeber von Banken und Wirtschaft werden.

Selbstlose Pflichterfüllung und hohe Verantwortung prägten ihn; persönliche Bescheidenheit und menschliche Wärme schufen ihm Zuneigung.

In Dankbarkeit und Verehrung trauern wir um eine Persönlichkeit, die wir nicht vergessen werden.

Landeszentralbank in Niedersachsen
Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank
Der Vorstand — Der Personalrat



Suchtrupp für den nuklearen Notfall

rtr, **Maryland**

Die amerikanische Regierung unterhält eine Spezialtruppe zur Abwehr einer nuklearen Bedrohung durch Terroristen. Die 250 Mann starke Einheit trägt den Namen „Suchtrupp für den nuklearen Notfall" (NEST) und untersteht dem Energieministerium. Die Aufgaben der in Nevada, Maryland und Kalifornien stationierten NEST-Agenten bestehen in der Suche und Entschärfung nuklearer Sprengsätze. Regierungsunterlagen zeigen, daß in den vergangenen zehn Jahren mindestens 30 solcher Bombendrohungen eingingen.

So wird in einem der Dokumente von einer Drohung aus dem Jahre 1975 berichtet, als ein Erpresser behauptete, in New York eine Atombombe versteckt zu haben. Seiner Mitteilung lag ein Bomben-Bauplan bei. Er zeigte, daß der Verfasser genügend Kenntnisse hatte, um den Sprengsatz bauen zu können – vorausgesetzt, er verfügte über das notwendige Plutonium. FBI-Beamte versuchten, dem Mann eine Falle zu stellen. Doch der Erpresser tauchte nie auf.

Im Energieministerium wird dennoch befürchtet, daß eines Tages die Drohungen wahr werden könnten. „Es gibt mehrere Terroristengruppen, die bereits jetzt in der Lage sind, eine Wasserstoffbombe bauen zu können", sagte ein hoher Vertreter des Ministeriums. Die NEST-Spezialisten rechnen damit, daß eines Tages eine amerikanische Stadt als Geisel genommen werden könnte.

Als erster Punkt im Katastrophenplan steht die Forderung nach strikter Geheimhaltung. Fachleute meinen, daß die Bekanntgabe einer nuklearen Erpressung an die Bevölkerung eine katastrophale Panik auslösen würde.

Zur Ausrüstung der NEST-Agenten gehören Detektoren aller Arten. Vor der bedrohten Stadt schwärmen die NEST-Leute in kleinen getarnten Teams aus und durchkämmen sie systematisch. Parallel dazu fahren Meßtrupps in dafür mit spezieller Elektronik ausgerüsteten Fahrzeugen über die Straßen.

Die Erfolgsaussicht einer solchen Suche wird aber nicht sehr hoch eingeschätzt. „NEST hat bislang Glück gehabt und unsere Städte auch", heißt es dazu aus dem Energieministerium.

„Keine Konzession an den Westen"

AFP, **Berlin/Moskau**

Ohne Hinweis auf die für April 1986 in Bern angeregte Ost-West-Expertenkonferenz über menschliche Kontakte, veröffentlichte gestern das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" einen Korrespondenten-Bericht über das Abschlußdokument der Madrider Folgekonferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Zu den „wichtigsten inhaltlichen Punkten des Entwurfs" zähle die „Durchführung einer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa, die im Januar 1984 in Stockholm beginnt", hieß es in dem Blatt.

Auch das sowjetische Parteiorgan „Prawda" veröffentlichte gestern eine erste Stellungnahme Moskaus zum KSZE-Schlußdokument. Unter dem Titel „Echte und falsche Menschenrechte" verkündet der Kommentator, die Sowjetunion werde den ideologischen Kampf gegen den Westen fortsetzen und in Fragen der Menschenrechte keine Konzessionen machen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Angst vor einem zweiten Vietnam

Dennoch ist die Diskussion um eine US-Intervention in Mittelamerika nicht mehr tabu

Von WERNER THOMAS

Der letzte Kommentar Ronald Reagans zu einer US-Intervention in Mittelamerika war: „Präsidenten sollen niemals ‚niemals' sagen." Dann betonte er jedoch, daß er keine Notwendigkeit sehe, amerikanische Truppen in das Konfliktgebiet zu schicken, und daß auch niemand darum ersucht habe.

Reagan wirkt immer ein wenig irritiert, wenn er um eine Stellungnahme gebeten wird. Er kennt die „Ohne-uns-Stimmung seiner Landsleute: Einer Umfrage der „New York Times" und der Fernsehanstalt CBS zufolge würden 57 Prozent der Amerikaner lieber ein kommunistisches El Salvador akzeptieren als ein US-Truppenengagement.

Das Vietnam-Trauma und Ignoranz liefern den linken Kräften Mittelamerikas ständig neue Munition in ihrem Kampf an der zweiten Front: der Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch einseitige Informationen, die dieses einfache Klischee-Mosaik ergeben: Die salvadorianische Regierung sei eine rechte Mörderbande. Die Rebellen der „Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti" (FMLN) kämpften dagegen für die soziale Gerechtigkeit. In Nicaragua wolle die Reagan-Regierung lediglich die Uhr zurückstellen in die Zeiten der Somoza-Diktatur.

„Die Guerrillas gewinnen den psychologischen Krieg", befürchtet deshalb General Wallace H. Nutting, der bis vor wenigen Wochen Kommandeur der US-Truppen in Lateinamerika war. „Sie kennen unser System genau und versuchen davon zu profitieren. Unser moralisches Wertsystem erlaubt uns nicht die politische Manipulation von Informationen." Die Siegesserie der Linken an der Propaganda-Front kann jedoch in den 16 Monaten bis zu den nächsten amerikanischen Präsidentschaftswahlen enden, wenn die machtpolitischen Realitäten sprechen. Aber: Für die Sowjetunion und Kuba hat es noch nie einen günstigeren Zeitpunkt gegeben, in dieser strategisch wichtigen Region Fuß zu fassen. Besonders deshalb, weil Washington noch unter dem Vietnam-Stigma leidet.

Nicaragua fühlt sich von feindseligen Nachbarn umgeben. Die Comandantes können sich aus dem Würgegriff der Isolation befreien, wenn sie zumindest eine Partner-Nation in der Region finden. Der beste Kandidat: El Salvador. Kann jedoch eine US-Regierung erlauben, daß neben Nicaragua ein zweites Land Mittelamerikas in die Einfluß-Sphäre Kubas und der Sowjetunion gerät? Mittelamerika liegt, anders als Vietnam, vor der Haustür der westlichen Weltmacht.

DIE ● ANALYSE

Die Reagan-Berater haben eine Argumentations-Strategie entwickelt, die auch die Demokraten in die Defensive drängt: Die Probleme der Region haben wohl soziale Ursachen, aber die Kommunisten wollen daraus Kapital schlagen, und das muß verhindert werden.

Diskussionen über die Frage einer Intervention sind plötzlich nicht mehr tabu. Konservative Denker, die Präsident Reagan nahestehen, plädieren für ein Truppenengagement. Auch Ex-Präsident Walter Mondale, einer der demokratischen Präsidentschaftskandidaten, sieht eine solche Entwicklung voraus, er macht freilich die Reagan-Politik dafür verantwortlich, die eine Konfrontation provoziere.

Norman Podhoretz, der Chefredakteur der kleinen, aber in Reagans Washington einflußreichen Zeitschrift „Commentary", hat unlängst die Entsendung von US-Soldaten in das Krisengebiet empfohlen, „um den Trend zum Totalitarismus zu stoppen".

Interventions-Apologeten wie Podhoretz denken nicht nur an El Salvador. Sie betonen, daß Mittelamerika erst seit der Machtübernahme der sandinistischen Comandantes vom Marxismus bedroht werde. Der Unruheherd sei Managua. Ausgerechnet der liberale „Miami Herald", der ständig eine Lösung am Verhandlungstisch fordert, veröffentlichte Ende Juni auf Seite eins einen Bericht mit der Schlagzeile: „Dominikanische Republik: der Intervention folgte der Frieden."

Die Zeitung erinnerte daran, daß im April 1965 der damalige Präsident Johnson 23 000 Marineinfanteristen in die Dominikanische Republik schickte, wo ein blutiger Bürgerkrieg tobte. Die Invasionstruppen sollten die Kampfhandlungen beenden und verhindern, daß die linken, von Fidel Castro unterstützten Rebellen, wieder den gestürzten Ex-Präsidenten Juan Bosch an die Macht bringen. Wütende, weltweite Proteste begleiteten die Entscheidung Johnsons.

Ein Jahr später wurde der konservative Politiker Joaquin Balaguer zum Präsidenten gewählt. Bosch, der ein faires Votum bestätigte, unterlag. Im Juli 1966 zogen die Marineinfanteristen wieder ab. Seit fünf Jahren regiert die sozialdemokratische „Revolutionspartei", der Bosch, in der Zwischenzeit ein erklärter Marxist, einst angehörte.

Seite 2: Auf einsamer Insel

Ost-Waffen und Berater für Managua

SAD, **Miami**

Das sandinistische Nicaragua verfügt über die stärksten Bodenstreitkräfte Mittelamerikas. Die reguläre Armee wird auf 25 000 Mann geschätzt. Dazu kommen etwa 10 000 Reservisten und 80 000 Mitglieder der Milizverbände (das Nachbarland Honduras zum Vergleich: 11 000 Soldaten, 5000 Polizisten und Vertreter anderer Sicherheitskräfte). Waffen aus osteuropäischen Ländern dominieren. Das Standardgewehr ist die sowjetische AK-47 (Kalaschnikow). Die Infanterietruppen besitzen etwa 60 sowjetische Panzer der Typen T-54 und T-55 und 20 bis 25 sowjetische Panzerwagen (Typ BRDM-2). In den letzten Monaten erhielt die „sandinistische Volksarmee" weiter sowjetische Granatwerfer (Typ BM-21) und modernere Panzerabwehrwaffen (Typ ZIS-2). Bereits kurz nach der Machtübernahme der Comandantes vor vier Jahren lieferte die „DDR" 800 Lastwagen des Typs „IFA" und Vierlings-Flaks. Im Mai brachte ein sowjetischer Frachter weitere Lkws.

In der Nähe des Sandino-Flughafens von Managua und außerhalb der Hauptstadt entstehen Luftabwehrbasen, für SAM-Raketen vorgesehen. – Die Marine (16 Kanonenboote) und die sandinistische Luftwaffe (höchstens 20 propellergetriebene Flugzeuge und Hubschrauber) sind bescheidener. Bulgarien bildet jedoch 60 bis 80 nicaraguanische Piloten aus. Aus der Sowjetunion kamen acht Mi-8-Hubschrauber für Truppentransporte. Ein Deserteur des sandinistischen Staatssicherheitsdienstes berichtete, in Kuba würden MiGs (Typen 19 und 21) für Nicaragua bereitstehen. Mit diesen Flugzeugen hätte Nicaragua auch die Luftüberlegenheit in Mittelamerika.

Nirgendwo in dieser Region befinden sich so viele ausländische Militärberater wie in Nicaragua. Die letzten Schätzungen: 2000 bis 3000 Kubaner, 50 aus der Sowjetunion, 35 aus der „DDR" und 30 bis 50 PLO-Leute. Kubas Angola-Stratege, General Arnaldo Ochoa Sanchez, befindet sich in Nicaragua. – In den ersten sechs Monaten registrierten amerikanische Geheimdienstkreise 10 000 Tonnen neues Kriegsgut aus osteuropäischen Ländern – soviel wie in den Jahren 1981 und 1982.

Ne Win duldet keinen „Nachfolger"

Machtkampf in Birma / Schmuggelaffäre bot Anlaß, Rivalen der Ämter zu entheben

CHRISTEL PILZ, **Bangkok**

In Rangun, der schläfrigen Hauptstadt von Birma, schwirrt es von Gerüchten. Allein schon das ist ungewöhnlich. In den 21 Jahren seiner „Regentschaft der eisernen Hand" hat General Ne Win Politik zur Geheimsache seiner sozialistischen Republik gemacht. Wie eine Bombe wirkte deshalb die Meldung in den beiden englischsprachigen Staatszeitungen der Staatsrat habe Brigadegeneral Tin Oo „den Rücktritt erlaubt" und Ex-Oberst Bo Ni als Minister für innere und religiöse Angelegenheiten „abgesetzt". Ihnen wurden Schmuggelgeschäfte vorgeworfen.

Bisher hatte Tin Oo, 55, als engster Vertrauter Ne Wins gegolten und als dessen wahrscheinlicher Nachfolger. Jetzt hatte er über Nacht seine Mitgliedschaft im Staatsrat verloren, dem höchsten Exekutivorgan des Landes, und seine Mitgliedschaft im Volkskongreß. Wenige Tage später verlor er auch seinen Posten als stellvertretender Generalsekretär der „Birmanischen Sozialistischen Programmpartei" (BSSP).

Mit dieser Partei hat Ne Win seinem 35-Millionen-Volk einen hausgemachten Sozialismus oktroyiert; ein einfacher Lebensstil, Unbestechlichkeit und Bewahrung birmanischer Identität wurden mit diesem Instrument zur nationalen Pflicht erklärt. Hat Tin Oo dagegen verstoßen? Zur Hochzeitsparty seines Sohnes hatte er 1500 Gäste geladen, ein auffallend aufwendiges Fest. Auch soll der Sohn verbotene westliche Güter ins Land geschmuggelt haben, als er von seiner Hochzeitsreise in Singapur zurückkam. Da die Einfuhr praktisch aller westlichen Konsumgüter verboten ist, darf man sie auch nicht von Auslandsreisen mitbringen.

Eine Schmuggelaffäre war es auch, die Bo Ni um seinen Posten brachte. Von einer London-Reise hatte seine Frau Einkäufe im Gewicht von dreieinhalb Tonnen mitgebracht. Das war selbst für die übliche Diskretion des Zolls zuviel.

27 Jahre lang war Tin Oo ein enger Freund Ne Wins. Als er 1981 in das dritte Amt der Partei aufstieg, glaubte die Bevölkerung Ne Win habe auf diese Weise seinen Nachfolger bestimmt. So sah es Tin Oo offenbar auch selbst. Er baute sich eine eigene Hausmacht auf die wie er, vorwiegend aus dem Geheimdienst stammte, und nahm das Gehabe des Erben an. Ne Win muß das zutiefst mißfallen haben. Nie hat er einen zweiten Mann neben sich geduldet. Wer zum Rivalen zu werden drohte, wurde abgesetzt. Ne Win denkt trotz seines Alters von 75 Jahren weder an Rücktritt noch an die Ernennung eines Nachfolgers.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ausgrenzung der Bundeswehr

„In Uniform wird hier niemand mehr getraut"; WELT vom 7. Juli und „Die eiskalten Pfarrer": WELT vom 9. Juli

Sehr geehrter Herr Neander,
sehr geehrte Herren,

die Informationen der WELT über das Verhalten der beiden evangelischen Pfarrer in der Garnisonstadt Mayen geben ein erschreckendes Bild der evangelischen Kirche.

Die 25jährige Religionspädagogin wurde von der Anklage der Volksverhetzung freigesprochen; ein befremdendes Urteil.

Das Verhalten der beiden evangelischen Pfarrer läßt eine planmäßig betriebene Ausgrenzung der Bundeswehr aus der evangelischen Kirche erkennen.

Haben die Herren Pfarrer, Dr. Günter Reese und Gernot Jonas, nicht zu Ende gedacht? Ohne Bundeswehr könnten sie ihren Beruf als Pfarrer nicht mehr in Freiheit ausüben.

Der Schlußbemerkung in der WELT vom 9. Juli: „Es sollte die Kirche beunruhigen, wenn sogar ein Alternativblatt wie der ‚Pflasterstrand' in einem ironischen Beitrag über die Friedensbewegung meint, daß da mittlerweile nicht mehr die DKP, sondern die Kirche am Steuerrad zu sitzen scheint." kann man nur zustimmen.

Wann distanziert sich die für die evangelische Kirchengemeinde Mayen zuständige Kirchenbehörde (Superintendent in Koblenz oder Landeskirchenpräses in Düsseldorf) von diesen Pfarrern?

Wann stellt sich der Bundesverteidigungsminister schützend vor seine Soldaten? Wann macht die FDP die Angelegenheit zu einer Anfrage im Bundestag? Ich glaube, es ist an der Zeit, die vor Jahren einmal von der FDP erhobene Forderung nach einer Trennung von Kirche und Staat wieder ins Gespräch zu bringen bzw. als Forderung an die Politiker laut und deutlich zu erheben; dann können Pfarrer wie in Mayen nicht mehr bezahlt werden und nicht weiteres Unheil anrichten.

Der Schreiber ist Mitglied der evangelischen Kirchengemeinde Kleve; nicht parteigebunden.

Hochachtungsvoll
Dr. L. Bezon,
Kleve

Als ich diesen Artikel las, fiel mir ein, was Martin Bormann 1939 verlangte: „Bormann fordert Neutralisierung der Wehrmacht in religiöser Hinsicht, Streichung der Wehrkreis- und Standortpfarrer" (zit. nach Engel, Heeresadjutant bei Hitler, 8. 7. 1939).

Ob manche Leute heute wissen, in wessen Gesellschaft sie sich befinden?

Mit freundlichem Gruß
Dr. Eberhard Foth,
Stuttgart 80

Unzutreffend

„Leserbrief: Historisches Lehrstück"; WELT vom 8. Juli

Herr Professor Dr. Andrzej Kaminski, ein Pole, wie er betont, und Dozent für neuere Deutsche Geschichte an der Gesamthochschule Wuppertal, hat in seinem Leserbrief behauptet, daß durch die preußisch beeinflußte Geschichtsschreibung die Eingliederung Ostpreußens in Rußland 1757–1762 aus unserem Bewußtsein verdrängt worden sei und ohne das „Wunder", den Regierungsantritt von Zar Peter III., Ostpreußen zweifellos eine russische Provinz geblieben wäre. Kaminski meint weiter, daß ein mächtiges Polen damals den Durchmarsch russischer Truppen nach Ostpreußen verhindert hätte, und empfiehlt einen polnischen Sperriegel als „absolute" Vorbedingung zur Wiedervereinigung Deutschlands.

Die Behauptung der Verdrängung von Ereignissen aus unserer Geschichte ist unzutreffend. Im Gegenteil: sie geht bis zur Selbstzerfleischung! Seine Hypothese über den polnischen Sperriegel mag seinem Wunschbild entsprechen.

Während der damaligen fünf Jahre dauernden Russenherrschaft über ganz Preußen ist kein Deutscher vertrieben worden, es wurde weiterhin öffentlich deutsch geredet und geschrieben im Gegensatz zu dem, was die Polen uns mit ihrem Polonisierungszwang, der grausamen Vertreibung bis zum polnischen KZ Lambsdorf angetan haben. Das aber verschweigt Herr Kaminski z. B. in seinem Vortrag in Lübeck vor dem Verein ehemaliger Marienstiftler zu Stettin. Sein dortiges Thema lautete: „Deutsch-polnische Nachbarschaft im Laufe der Jahrhunderte." Bei solcher Haltung nützt sein Hinweis auf jüdische Vorfahren wenig, weil allein das Deutsche Reich Schutzmacht für die Juden in Polen und Litauen bis 1918 war.

E. Th. Dölp,
Springe / Deister

Grüner Narzißmus

„Die Rotation bleibt ein grünes Sorgenkind"; WELT vom 11. Juli

Wenn es noch eines Beweises für das Scheitern der Grünen bedurft hätte, so lieferte ihn Wolf-Dieter Hasenclever, MdL, in Stuttgart und Gymnasiallehrer in Tübingen. Sein Verzicht auf eine neue Landtagskandidatur signalisiert den Anfang vom Ende jener, die mit einer angeblich neuen Gesellschaftsmoral zum legalen Marsch durch die Institutionen dieser Republik angetreten waren. Systemumstürzer entlarven sich als Kleinbürger, als Funktionärsspießer, infiziert von jenen Krankheiten, Sünden, Untugenden, die den etablierten Parteien angekreidet werden, nämlich Arroganz, Neid, Habsucht, Machtgier, Kastengeist, Gruppenegoismus. Hasenclever, ein Mann mit Erfahrung und Charisma, hat dies offen ausgesprochen.

Wer jemals ein Basismeeting von dogmatischen Parteigrünen miterlebt hat, wird erschrocken gewesen sein über das kaum vorstellbare Ausmaß an Intoleranz, Zynismus, Realitätsblindheit. Menschlichkeit, Vertrauen, Kameradschaft, Solidarität sind Fremdworte. Über Andersdenkende in den eigenen Reihen wird in der Manier stalinistischer Säuberungstribunale verhandelt. Diese Partei ist nach rückwärts gewandt, sie hat sich selbst den Stempel „reaktionär" aufgebrannt. Sie besitzt keine Zukunft oder Faszination, keine Verankerung in den Massen der arbeitenden Menschen, sie ist zum Schicksal aller Politsekten verdammt: Narzißmus, Isolation, Selbstzersetzung.

Mit dem Existenzproblem der deutschen Nation verbindet die Partei der Grünen absolut nichts.

Wolfgang Strauss,
Furth i. Wald

Wort des Tages

„Ich glaube nicht an Zufall. Die Menschen, die in der Welt vorwärts kommen, sind die Menschen, die aufstehen und nach dem von ihnen benötigten Zufall Ausschau halten."

George Bernard Shaw, brit. Autor (1856–1950)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

BUNDESPRÄSIDENT

500 Gäste, die meisten von ihnen japanische Jugendliche, bringen heute Bundespräsident **Karl Carstens** mit „Horch, was kommt von draußen rein" ein Ständchen. In der Villa Hammerschmidt in Bonn und im Park empfängt Carstens die Teilnehmer des „Deutsch-Japanischen Simultan-Jugendaustausches", viele japanische Studenten, die in der Bundesrepublik studieren, bei deutschen Gasteltern leben und sich hier in Sportvereinen engagiert haben. Mit von der Partie sind in Bonn **Erika Dienstl**, die Vizepräsidentin des Deutschen Sportbundes, und Japans Botschafter **Hiromichi Miyazaki** sowie der zweite Vorsitzende der japanischen Sportjugend, Arakawa. Die Japaner, die nicht nur deutsche Musik lieben, wollen ihren Gastgeber unter anderem mit einer Sternpolka im Park überraschen.



Erika Dienstl

ERNENNUNGEN

Nach New York versetzt wird die Vortragende Legationsrätin **Christiane Geissler-Kuss**, die im deutschen Generalkonsulat das Referat für Rechts- und Konsularwesen übernimmt. Für dieses sehr große Referat kommen nur Volljuristen in Frage, da hier seit vielen Jahren auch Entschädigungsfragen und Wiedergutmachungsansprüche bearbeitet werden. Christiane Geissler-Kuss, in Berlin geboren, ist 1966 nach ihrem zweiten juristischen Staatsexamen in das Auswärtige Amt eingetreten. Auf Auslandsposten war sie in Island, in Pretoria und in der deutschen Botschaft in London. In der Bonner Zentrale war Frau Geissler-Kuss zuletzt für die Fortbildung der Jungdiplomaten in der Ausbildungsstätte des Auswärtigen Amtes zuständig. Ihr neuer Posten in New York war bisher ebenfalls mit einer Dame besetzt. Lange Jahre hielt dort Dr. **Elsa von Kotzebue** die Stellung, die jetzt an die deutsche Botschaft in Paris versetzt werden soll. Nachfolgerin für Christiane Geissler-Kuss in der Bonner Diplomatenschule soll **Sieglinde Roser** werden, die zur Zeit noch an der deutschen Vertretung bei der UNO in New York arbeitet.

*

Hans Michael Ruyter, seit 1980 Ständiger Vertreter des deutschen Botschafters in Rom, wird an die deutsche Botschaft in Ottawa versetzt. Er wird dort als Gesandter und Ständiger Vertreter des Botschafters arbeiten. Ruyter, 1924 in Magdeburg geboren, studierte nach Kriegsende Jura. 1952 trat er in den auswärtigen Dienst ein. Auf Auslandsposten war er in den Konsulaten in Zürich und Alexandria und in der deutschen Botschaft in Teheran. 1968 bis 1970 ging er als Ständiger Vertreter des Botschafters nach Lagos.

*

Das Bundesinnenministerium hat einen neuen Leiter der Unterabteilung „Kulturelle Angelegenheiten des Bundes". Die Aufgabe übernimmt **Albrecht Krause**, der große internationale Erfahrungen besitzt.

„Kohl steuert zu einem deutschen Gaullismus“

„Washington Post“: Ende der Nachkriegszeit markiert

DIETRICH SCHULZ, **Washington**
Die Kanzlerschaft Helmut Kohls markiert nach Einschätzung der „Washington Post“ das Ende der Nachkriegszeit in Deutschland. Der Bonner Korrespondent des Blattes, William Drozdiak, in seiner Analyse Kohl den „ersten Nachkriegsdeutschen“, der eine „ideale Brücke“ zwischen den noch vom Zweiten Weltkrieg gezeichneten Deutschen und der „Nachfolgegeneration“ bilde, die keine direkte Verbindung mehr zu dem Desaster des Dritten Reiches hätten.

Der Korrespondent verweist auf die „unumwundenen“ Bekenntnisse, die Kohl während seines Moskau-Besuchs zu dem Ziel der Wiedervereinigung der Deutschen abgegeben hat, und schreibt: „Der Kanzler ist jung genug, sich selbst von den Schuldgefühlen und dem Unbehagen der Elterngeneration zu lösen. Als Kanzler repräsentiert er einen Bruch in der Reihe der Nachkriegsführer, von Konrad Adenauer zu Helmut Schmidt, die ihr Sehnen nach einem unabhängigeren Deutschland dem Ziel unterordneten, Westdeutschland wieder in die Reihen der respektierten friedlichen Völker einzuordnen.“

„Dies hat gewaltige Auswirkungen“, heißt es in dem Artikel weiter, „nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Ost-West-Beziehungen. Es schafft Risiken für beide Supermächte. Jede Veränderung in dem Status quo, oder auch nur das Gerede darüber, muß mit Sicherheit unvorhersehbare Rückwirkungen haben.“

In dem Artikel mit der Überschrift „Helmut Kohls Überraschung: ein unabhängigeres Deutschland“ schreibt der amerikanische Journalist ferner, der neue Kanzler sei klug genug, die Chance zu erkennen, die sich ihm in seiner Brückenfunktion zwischen der älteren und der jüngeren Generation in Deutschland biete. Sein wirkungsvollster Appell könnte in der Fähigkeit liegen, dem „Patriotismus für das Vaterland“ Ausdruck zu verleihen.

„Unter Kohl wird die Tendenz, ein deutsches nationales Bewußtsein wiederzuerwecken, subtile Formen annehmen“, heißt es in der Analyse aus Bonn. „Es wird sich nicht in der Form eines kühnen Aufschwungs des Nationalismus äußern, obgleich das in ‚alarmistischen Kreisen' so dargestellt werden könnte. Einige französische Kommentatoren haben zum Beispiel davor gewarnt, daß Deutschlands Suche nach einer Selbstidentifizierung diese Form annehmen könnte – oder das Land auf einen neutralistischeren Kurs im Herzen Europas bringen könnte. Wahrscheinlicher ist, daß es zu einem ‚deutschen Gaullismus' kommt, wie es der Historiker Fritz Stern genannt hat. Einfach ausgedrückt, würde das die größere Bereitschaft bedeuten, vornehmlich deutsche Interessen voranzubringen und zu schützen.“ (SAD)

Grüne: Streit um Geld

Schily gegen Fraktionsgelder für Partei

STEFAN HEYDECK, **Bonn**
Bei den Grünen gibt es nach den gerade überwundenen Auseinandersetzungen über die Höhe der Bezüge ihrer Bundestagsabgeordneten und der 28 „Nachrücker“ schon wieder Streit ums Geld. Spätestens auf ihrem Parteitag im November wird es zum offenen Krach um die Finanzen der Bundestagsfraktion kommen. Die Partei will von den Parlamentariern 840 000 DM. Dieser Betrag entspricht gut zehn Prozent des aus Steuergeldern finanzierten, mehr als acht Millionen DM großen Fraktionsetats.

Mit dieser Summe sollen nach Parteivorstellungen in den Ländern sogenannte Regionalbüros eingerichtet werden. Darin aber, so ein Mitglied der Bundestagsfraktion zur WELT, zeichne sich ein „Problem und Skandal“ ab.

Die Partei stelle sich vor, diese Regionalbüros nur für die Parteiarbeit sowie für die Vorbereitung der nächsten Landtags- und Kommunalwahlen zu nutzen. Im Saarland soll, so wird in der Fraktion moniert, sogar der Landesgeschäftsführer der Grünen aus Bonner Geldern bezahlt werden. Vor diesen Plänen hat Otto Schily als einer der drei Fraktionssprecher im Gegensatz zu dem Abgeordneten Hans Verheyen, der zunächst sogar eine Million DM befürwortet hatte, die Grünen aus rechtlichen und politischen Gründen gewarnt.

Denn der Bundesrechnungshof hat die Finanzierung dieser Regionalbüros aus Zuschüssen an die Fraktion schon abgelehnt. Deshalb müßten die Abgeordneten für diese Einrichtungen also Teile ihrer Aufwandsentschädigung zur Verfügung stellen. Die aber ist für die Unterhaltung von Wahlkreisbüros der Parlamentarier und nicht für Institutionen einer Partei bestimmt.

Außerdem sind nach einem Beschluß die Abgeordneten-Diäten bereits auf 1950 DM zuzüglich gewisser Zuschläge beschränkt. Die darüber hinausgehenden Beträge sollten nach dem Sindelfinger Parteitagsbeschluß komplett in einen „Öko-Fonds“ fließen.

Hinzu kommt, daß die Abgeordneten gut zwei Dutzend ihrer Mitarbeiter entlassen müßten, wenn sich die Partei ihnen gegenüber durchsetzen würde. Die müßten dann von der Fraktion als Angestellte übernommen werden. Aber auch eine solche Möglichkeit ist für den Bundesrechnungshof, der über die Verwendung der Steuermittel wacht, haushaltspolitisch zumindest problematisch.

Ähnlich bedenklich stehen selbstkritische Grüne der Gründung von Stiftungen gegenüber. Sie werden zwar nicht generell abgelehnt. Nach ihrer Meinung müssen sie jedoch parteiunabhängig sein. Dies sei jedoch bisher nur in Niedersachsen der Fall. Dagegen diene zum Beispiel die nordrhein-westfälische Stiftung der Parteischulung.

Vor diesem Hintergrund bekommen die Vorwürfe der Grünen gegenüber den „etablierten“ Parteien, deren Umgang mit öffentlichen Mitteln und deren Verhältnis zu ihren Stiftungen ein anderes Gewicht. Otto Schily, der im Bundestags-Untersuchungsausschuß die Flick-Spendenaffäre mit aufklären will, hat deshalb auch schon an die eigenen Reihen gerichtet vor einer „indirekten Parteienfinanzierung“ gewarnt. Denn die Grünen laufen Gefahr, mit der von ihnen wiederholt bekundeten Aussage von der „gläsernen Kasse“ unglaubwürdig zu werden.

Zimmermann zu Gesprächen in der Türkei

E. N., **Bonn**
Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann ist gestern zu einem dreitägigen Besuch der Türkei abgeflogen. Er wird dort in Ankara und in Istanbul mit türkischen Ministern, mit Ministerpräsident Ulusu und mit Staatspräsident Evren Gespräche führen. Hauptthema sind die türkischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland.

Auf dem Münchner Parteitag der CSU war Zimmermann bereits in einer Rede auf die Ausländerpolitik eingegangen. Als Ziel hatte der Minister dabei ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Erhaltung der eigenen Kultur und der Akzeptierung der gesellschaftlichen Lebensformen des Gastlandes genannt. „Ausgewogen bedeutet, daß ein spannungsfreies Zusammenleben von Deutschen und Ausländern ermöglicht wird“, sagte Zimmermann wörtlich. Kritik an Ausländern dürfe nicht mit Ausländerfeindlichkeit verwechselt werden. Wer von den Gastarbeitern in Deutschland bleiben wolle, habe „mehr als bisher eigene Integrationsleistungen zu erbringen“.

Stiller Protest von Ausreisewilligen

dpa, **Berlin**
In der thüringischen Industrie- und Universitätsstadt Jena haben sich in den vergangenen fünf Wochen jeweils am Samstagvormittag *rund 50 Personen versammelt*, die Anträge auf Ausreise und „Entlassung aus der DDR-Staatsbürgerschaft“ gestellt haben. Mit diesen stillen Zusammenkünften auf dem „Platz der *Kosmonauten*“ wollten sie nach den in Ost-Belin vorliegenden Informationen ihrem Ausreisewunsch Nachdruck verleihen. Am vergangenen Samstag habe die Polizei die Auflösung dieser Ansammlung verlangt; diese Anordnung wurde auch befolgt, wie gestern bekannt wurde.

In Briefen an die zuständigen Dienststellen in der „DDR“ begründeten die Antragsteller ihre Ausreiseabsicht mit den Einschränkungen der politischen und persönlichen Freiheiten. Sie bildeten keine Gruppe, auch wenn sie Kontakt mit anderen Ausreisewilligen suchten. In ihrem Bemühen um „Entlassung aus der DDR-Staatsbürgerschaft“ hielten sie sich an geltendes Recht.

Die Beteiligten an diesen Aktionen gehören dem Vernehmen nach nicht zur Jenaer „Friedensgemeinschaft“, aus der kürzlich eine Reihe junger Leute aus der „DDR“ abgeschoben wurde oder ausreisen konnte.

Mainzer Plan für mehr Lehrstellen

Nea. **Mainz**
Um der Wirtschaft in der augenblicklichen schwierigen Lehrstellensituation zusätzliche Anstöße zur Einstellung von Lehrlingen zu geben, sll in Rheinland-Pfalz der von der Landesregierung eigentlich anvisierte Ausbau des Berufsschulunterrichts auf zwei Tage in der Woche für die nächsten drei Jahre ausgesetzt werden. Mit dieser gestern veröffentlichten Anregung will die CDU-Landtagsfraktion den Betrieben, die zur Zeit noch schwankend sind, die Entscheidung zugunsten zusätzlicher Ausbildungsplätze erleichtern. Unberührt davon sollen jene Bereiche bleiben, in denen schon jetzt an zwei Wochentagen unterrichtet wird.

Jaruzelski stärkt seine Position

Aufhebung des Kriegsrechts kosmetische Maßnahme / Widerstand wird im Keim erstickt

CARL GUSTAF STRÖHM, **Wien**

Die bevorstehende Aufhebung des Kriegszustandes in Polen erscheint bei näherer Betrachtung als kosmetische Maßnahme, die sich auf das tägliche Leben der polnischen Bevökerung kaum, auf die Machtverhältnisse im Staat aber gar nicht auswirken dürfte. Das von den Kommunisten beherrschte polnische „Parlament“ – der Sejm – wird eine Reihe von Sonderbestimmungen und eine Novellierung des Strafrechts beschließen, durch die Mitgliedschaft in „aufgelösten Organisationen“ mit drei Jahren Haft bestraft werden kann. Lech Walesa hat bereits gegen diese Absichten des Regimes protestiert und gesagt, der Kampf könne nun „noch bitterer“ werden (WELT vom 18. 7.).

Am vergangenen Wochenende hatte Walesa mit düsteren Vorahnungen die beabsichtigten Sonderbestimmungen kommentiert. Die Danziger Vereinbarungen nach den Streiks vom August 1980 wurden „vollkommen ignoriert“. Gestern sagte er, was bislang noch legal gewesen sei, werde jetzt außer Kraft gesetzt.

Der innere Notstand war nicht vorgesehen

Im Mittelpunkt der neuen Maßnahmen steht das stärkere Hervortreten der Kommunistischen Partei, die kurz nach dem militärischen Schlag vom 13. Dezember 1981 weitgehend in den Hintergrund getreten war. Jerzy Urban, Sprecher des Jaruzelski-Regimes, erklärte inzwischen, nur den „Aktionen aus dem Ausland“ – vor allem den Wirtschaftssanktionen – sei es zuzuschreiben, daß der Kriegszustand nicht bereits früher aufgehoben wurde.

Da es bisher in der polnischen Verfassung keinen Paragraphen über den inneren Notstand gab – die „Verfassungsväter“ der Stalin-Zeit hatten offenbar nicht an die Möglichkeit inneren Widerstandes gedacht –, mußte die Aktion Jaruzelskis unter der Bezeichnung „Kriegsrecht“ oder „Kriegszustand“ ablaufen, was naturgemäß dem Prestige des polnischen Staates in der Welt nicht sehr zuträglich war. Nun wird der Sejm eine Reihe „ziviler“ Notstandsparagraphen beschließen, die es dem Regime jederzeit ermöglichen sollen, Widerstand im Keime zu ersticken.

Als positives Trostpflaster ist eine bessere gesetzliche Absicherung der privaten Landwirtschaft vorgesehen: Der „individuelle Sektor“ soll verfassungsmäßige Garantien erhalten. Auch die von Jaruzelski konstruierte „Patriotische Bewegung der nationalen Wiedergeburt“ (PRON) soll in ihren gesellschaftspolitischen Funktionen in der Verfassung verankert werden.

Während das Jaruzelski-Regime die bevorstehende Aufhebung des Kriegszustandes „diskutieren“ läßt, werden gegen die oppositionellen Intellektuellen weiterhin scharfe Maßnahmen ergriffen. Polen wird auch nach Rückkehr zum „normalen Leben“ ein Land sein, in dem es zum Beispiel keinen Schriftstellerverband, keinen Verband der bildenden Künstler und keinen Verband der Filmschaffenden gibt. Alle drei Organisationen bleiben suspendiert.

Erst vor wenigen Tagen richtete die Parteizeitung „Trybuna Ludu“ einen scharfen Angriff gegen 30 der bekanntesten polnischen Schriftsteller – unter ihnen gegen Nobelpreisträger Czeslaw Milosz, der im amerikanischen Exil lebt, aber auch gegen den Romancier Tadeusz Konwicki und Barbara Sadowska – die Mutter des kurz vor dem Papstbesuch von Polizisten zu Tode geprügelten Warschauer Studenten.

Der Versuch des polnischen Regimes, die Mitglieder des Schriftstellerverbandes zu einer Loyalitätserklärung und zu einem Versprechen zu bewegen, die „kommunistischen Ideale“ in der Literatur zu verbreiten, ist fehlgeschlagen. Erst im Frühjahr war das polnische Atomforschungs-Institut Zeran in mehrere Abteilungen „gespalten“ worden, da die polnischen Atomforscher eine für das Regime beängstigende Sympathie zugunsten der „Solidarität“ an den Tag legten. Ein junge Atomforscher, der 30jährige Andrzej Grzegorz Gasiewski, der wegen seiner „Solidarität“-Sympathien bekannt war, ist während des Papstbesuches auf mysteriöse Weise ums Leben gekommen. Ein anderer ehemaliger „Solidarität“-Aktivist wurde in der Danziger Leninwerft erhängt aufgefunden. Lech Walesa wird von der Stettiner KP-Zeitung „Glos Szczecinski“ als „Werkzeug des Westens“ bezeichnet – offenbar die Vorstufe zur Beschuldigung, der Gewerkschaftsvorsitzende sei „Agent fremder Mächte“.

Moskau traut dem polnischen Frieden nicht

Seit der Verleihung des Lenin-Ordens an General Jaruzelski durch die Sowjets kurz nach dem Papstbesuch in Polen, scheint kein Zweifel an der Stärkung der Position des Generals im Kreml zu bestehen. Osteuropäische Beobachter verweisen darauf, daß Jaruzelski als Chef der politischen Verwaltung der polnischen Streitkräfte seinerzeit so etwas wie der oberste politische Kommissar des Landes war. Ein solcher Posten kann nicht ohne weitgehende Loyalität gegenüber der Sowjetunion ausgefüllt werden.

Allerdings scheint Moskau dem polnischen Frieden dennoch nicht recht zu trauen. Mit größter Eile baut die Sowjetunion ihre Hafen- und Fähranlagen an der Ostsee aus, um militärischen Nachschub in die „DDR“ auch unter Umgehung polnischen Territoriums bringen zu können.

Äthiopien schürt Unruhe in Somalia

Neue Kämpfe an der Grenze / US-Stützpunkt Berbera ist Sowjets ein Dorn im Auge

DETLEV AHLERS, **Hamburg**
Das somalisch-äthiopische Grenzgebiet kommt nicht zur Ruhe. Obwohl Somalia 1978 den Krieg um den Ogaden, die zu Äthiopien gehörende und von den Somalis als Weideland benutzte Dornsavanne, verlor, flackern immer wieder Gefechte zwischen den Truppen beider Seiten auf. Zuletzt sollen nach Angaben der staatlichen somalischen Nachrichtenagentur am Wochenende äthiopische Soldaten an zwei Punkten die Grenze überquert, jedoch „nach heftigen Kämpfen und zahlreichen Verlusten“ zurückgeschlagen worden sein.

Seit mehr als einem Jahr nun haben sich somalische Soldaten an zwei Schwerpunkten der über 500 Kilometer langen Grenze eingegraben, weil äthiopische Truppen mit kubanischer Unterstützung und sowjetischen Beratern zwei somalische Ortschaften besetzt halten. Nahe der Grenze verläuft die für Somalia lebenwichtige einzige Straße von der Hauptstadt Mogadischu nach Berbera, dem wichtigsten Vieh-Exporthafen und Stützpunkt der Schnellen Eingreiftruppe der USA. Diese Stadt ist vermutlich das Ziel äthiopischer Angriffe.

Das Kräfteverhältnis der Gegner ist dergestalt, daß Somalia einem mit Entschlossenheit vorgetragenen Angriff kaum standhalten könnte. Es stehen sich etwa 40 000 Äthiopier und 14 000 Kubaner auf der einen und 20 000 Somalis auf der anderen Seite gegenüber. Mogadischu fördert und erhält immer wieder US-Militärhilfe, jedoch nicht genug, um etwaige neue Pläne für einen Griff nach dem Ogaden verwirklichen zu können. Inzwischen ist allerdings in der Verfassung verankert, daß Somalia nicht mehr gewaltsam versuchen wird, den traditionellen „Lebensraum“ der Somalis zu vereinen. Dazu gehört auch Nord-Kenia. Deswegen verhält sich die sonst westlich gesonnene Regierung in Nairobi im somalisch-äthiopischen Konflikt neutral, mit verbaler Unterstützung für Addis Abeba.

Neben dem schwelenden Konflikt mit Somalia geht auch der Bürgerkrieg in Eritrea weiter, der einen großen Teil der äthiopischen Truppen bindet. Es scheint möglich, daß Äthiopien erst dann Somalia entschlossen angreifen wird, wenn der in Mogadischu regierende Morehan-Clan des Präsidenten Siad Barre unter ernsthaften innenpolitischen Druck gerät.

Eine solche Phase gab es mit Aufständen im Norden Somalias im Frühjahr 1982, daraufhin eroberte Äthiopien die beiden Grenzdörfer. Doch der Angriff der überwiegend christlichen Äthiopier hat die moslemischen Somalis wieder hinter dem Präsidenten vereint. Kontinuierlich unterstützen beide Staaten Widerstandsgruppen im Nachbarland.

Die Kampfmoral aller am Konflikt beteiligten Soldaten, außer der der Kubaner, sinkt rapide, sobald es um Eroberung und nicht Verteidigung geht. Beide Seiten sind in den Ost-West-Konflikt eingebunden. Somalia wies 1977 die Russen aus und wandte sich dem Westen zu. Durch den somalischen Angriff kurz danach im Ogaden wurde Äthiopien eng an den Ostblock gebunden, ohne dessen Hilfe sich die Regierung in Addis Abeba nicht halten könnte. Den Sowjets ist vor allem der US-Stützpunkt Berbera ein Dorn im Auge: Er liegt dem eigenen im jemenitischen Aden gegenüber.

Unter alldem leidet ein von Dürrekatastrophen betroffenes Nomadenvolk, dessen jahrhundertelange Weide- und Wassergebiete durch Schützengräben gespalten sind.

Zuversichtlich über neue Volkszählung

Nea. **Wiesbade[n]**
„Ich bin zuversichtlich, daß di[e] Entscheidung des Bundesverfa[s]sungsgerichts mit der zu erwarte[n]den befriedenden Wirkung di[e] Voraussetzungen für eine von de[n] meisten akzeptierte Volkszählun[g] schaffen wird“, sagte Bundesi[n]nenminister Friedrich Zimme[r]mann (CSU) gestern bei der Amt[s]einführung des neuen Präsidente[n] des Statistischen Bundesamte[s] Egon Hölder.

Daß alle sie akzeptieren, könn[e] man wohl nicht erwarten. Im übr[i]gen nahm der Minister besonder[s] die Mitarbeiter der maschinelle[n] Datenverarbeitung in Schutz. [...] den Äußerungen zur Verfassung[s]beschwerde gegen das Volkszäh[l]ungsgesetz sei ihnen („ich hoff[e] unbeabsichtigt“) immer wieder e[i]ne nicht gesetzeskonforme Verha[l]tensweise unterstellt worden. Di[e]se Unterstellung weise er entschi[e]den zurück.

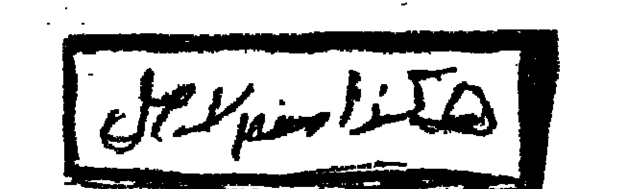
Baptisten klagen über Verfolgungen

dpa, **Paderbo[rn]**
179 Geistliche und Laienprediger sind nach Angaben der Verein[i]gung der Baptistenkirche der Ru[ß]landdeutschen in sowjetische[n] Straflagern überwiegend in Si[bi]rien und am Kaspischen Meer w[e]gen ihrer religiösen Tätigkeit i[n]haftiert. Allein in den beiden ve[r]gangenen Monaten habe es me[hr] als 20 Neuverhaftungen gegebe[n], erklärten Vertreter der Baptiste[n]vereinigung im Anschluß an ei[ne] kirchliche Veranstaltung in Pade[r]born. „Unsere Gemeindebrüder e[r]leben unter der Regierung Andr[o]pow das härteste Vorgehen gege[n] Christengemeinden aller Konfe[s]sionen seit 20 Jahren“, sagte Jak[ob] Janzen (Gummersbach), Leiter d[er] Gefangenenhilfe des deutsche[n] Gemeindeverbandes. Die meiste[n] Inhaftierten gehörten den nicht r[e]gistrierten baptistischen Gemei[n]den an, die das Gesetz der UdSS[R] über religiöse Kulte mit dem Ve[r]bot des kirchlichen Unterrichts f[ür] Kinder und Jugendliche, dem Ve[r]bot der karitativen kirchlichen H[il]fe und der Meldepflicht für Gotte[s]dienste nicht anerkennen. Sie nä[h]men bis zu fünfjährige Haftstraf[en] dafür in Kauf. Mit einer von 12 1[...] Baptisten unterschriebenen Pe[ti]tion hätten sich die rund 100 0[00] Mitglieder zählenden Untergrun[d]gemeinden an den sowjetisch[en] Parteichef gewandt, um eine Lo[c]kerung der gesetzlichen Auflag[en] zu erreichen.

„DDR“ besitzt neue Panzerabwehr-Rakete[n]

gko. **Münche[n]**
Die Nationale Volksarmee (NV[A]) der „DDR“ wird seit Jahresbegin[n] mit einer neuen Panzerabweh[r]-Lenkrakete der dritten Generatio[n] ausgerüstet. Die Rakete, mit d[er] NATO-Bezeichnung „Fagot-Sp[i]got“, kann automatisch ihr Ziel a[n]steuern und manuell mit einem Steuergerät in das Ziel gelenkt we[r]den. Sie löst die älteren Typen „Sa[g]ger“ und „Swapper“ (NATO-Be[]zeichnung – d. Red.) ab.

Die hochwertige Technologie di[e]ser Rakete ist nach Angaben vo[n] Militärexperten der NATO im W[e]sten bereits längere Zeit verfügba[r]. Sie wurde aber bislang nicht eing[e]führt. Im Warschauer Pakt hing[e]gen werden technologische Weite[r]entwicklungen in viel kürzerer Ze[it] als im Westen in die Praxis umg[e]setzt: eine Entwicklung, die seit de[n] 70er Jahren beobachtet wird.



Politisches Versäumnis

HH – Biblis oder Neupotz, Hessen oder Rheinland-Pfalz – das ist hier die Frage. Investitionsentscheidungen, erst recht über Großprojekte, lassen sich nicht beliebig auf die lange Bank schieben. Unternehmen können nicht warten, bis der Regierungschef eines Landes wieder regierungsfähig ist. In solchen Fällen pflegt man auf andere Standorte auszuweichen. Das gilt national wie international.

Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) wartet seit Jahren auf die Entscheidung Hessens für das Kernkraftwerk Biblis C. Seit Februar 1982 hat Regierungschef Börner (SPD) grünes Licht aus Bonn. Während an drei weiteren Kraftwerken, die im gleichen „Konvoi" zur Genehmigung anstanden, inzwischen gebaut wird, tritt in Biblis alles auf der Stelle. Das RWE wird hieraus, wie Vorstandsmitglied Spalthoff der WELT erklärte, in Kürze Konsequenzen ziehen müssen und nach Neupotz ausweichen.

Investitionsentscheidungen dieses Kalibers bleiben nicht ohne Wirkung auf die Wirtschaftsentwicklung des Umlandes. Ein gutes (oder besser ein schlechtes) Beispiel ist das ebenfalls SPD-regierte Nordrhein-Westfalen, wo Anträge für den Bau von Kernkraftwerken ebenfalls seit Jahren in den Schubladen schlummern, während die Landesregierung die schlechte Wirtschaftsentwicklung und den Anstieg der Arbeitslosigkeit beklagt.

Braunkohleveredlung zum Beispiel, ein zukunftsträchtiges Betätigungsfeld für das Kohleland, scheitert schon daran, daß es an den nötigen Grundlastkraftwerken an Kernenergie fehlt, wie Spalthoff ebenfalls in der gestrigen Ausgabe verdeutlicht hat. Der Grund liegt in den politischen Versäumnissen, die jetzt ihre Opfer fordern.

Reich gerechnet

ff – Die Frankfurter Börsenbriefe haben es jetzt ausgerechnet: Seit August letzten Jahres wurden die Amerikaner um 700 Milliarden Dollar reicher, die Deutschen um 60 bis 70 Milliarden Mark. Die Erklärung für diese wundersame Geldvermehrung: der Kursanstieg an den Aktienbörsen in den USA und der Bundesrepublik. Solche Rechnungen sind sicherlich nette Zahlenspielereien, die nicht eines gewissen Reizes entbehren. Aber ein elementarer Grundsatz der Börse bleibt unberücksichtigt, daß man über Kursgewinne erst verfügen kann, wenn man sie realisiert hat – der Börsianer braucht dazu nicht zu Unrecht den Ausdruck „Gewinne mitnehmen" oder „sicherstellen". Wie fragwürdig diese Rechnung ist, zeigt sich vor allem auch darin: Wenn alle Börsianer ihre Gewinne sicherstellen wollten, bliebe von dem vermeintlichen zusätzlichen Reichtum nicht viel übrig. Nicht ohne Grund müssen Wertpapiere in den Bilanzen der Unternehmen mit dem Niederstwert, in diesem Fall also mit dem niedrigeren Kaufpreis (und nicht mit dem höheren Tageskurs) bilanziert werden.

KARTELLAMT / Schwerpunkt der Tätigkeit bei der vorbeugenden Fusionskontrolle

Präsident Kartte äußert sich besorgt über Konzentrationsprozeß im Handel

PETER WEERTZ, Berlin

Der Wettbewerb funktioniert nach Ansicht des Präsidenten des Bundeskartellamtes, Professor Wolfgang Kartte, auf den Märkten, die offen sind. Für flexible kleine und mittlere Unternehmen sagt Kartte sogar ein „Jahrzehnt der guten Chancen" voraus. Bei den Großunternehmen sei hingegen „der Lack ab". Besorgt äußerte sich Kartte über den Konzentrationsprozeß im Handel. Protektionismus und Subventionismus behinderten heute die wirtschaftliche Entwicklung eher als privatwirtschaftliche Wettbewerbsverzerrungen.

Bei der Vorlage des Tätigkeitsberichts des Bundeskartellamtes für die Jahre 1981/82 plädierte Ministerialdirektor Bernhard Molitor für mehr Freiraum der Unternehmen als Voraussetzung für mehr Wachstum und Beschäftigung. Auch er kritisierte das Übermaß an *Subventionen und die Folgen des Protektionismus* in der Bundesrepublik und außerhalb. Zur Tätigkeit des Amtes meinte Molitor: „Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen hat sich ebenso bewährt wie das Kartellamt."

Es sei der marktwirtschaftlich ausgerichteten Wirtschaftspolitik und den „Hütern des Wettbewerbs" gelungen, Wirtschaft und Öffentlichkeit in hohem Maße für den Wettbewerb zu sensibilisieren. Dies schließe Kritik aus Kreisen der Wirtschaft, der Politik und des Rechts in Einzelfragen mit ein. Eine Änderung des Kartellgesetzes sei – nach vier Novellierungen – in absehbarer Zeit nicht erforderlich.

Für Kartte steht gegenwärtig die Fusionskontrolle im Mittelpunkt der Tätigkeit des Amtes. Der Schwerpunkt liege bei der vorbeugenden Fusionskontrolle. Sie erstreckte sich den Angaben des Tätigkeitsberichts zufolge auf zwei Drittel der angemeldeten Fälle. Gleichzeitig betont der Bericht, daß sich die Konzentrationswelle in der deutschen Wirtschaft insgesamt verlangsamt habe. Die Zahl von 618 Unternehmenszusammenschlüssen im Vorjahr wurde 1982 nicht mehr erreicht. Im Berichtszeitraum wurden 13 Unternehmenszusammenschlüsse untersagt, im ersten Halbjahr 1983 waren es vier Zurückweisungen.

Das Bundeskartellamt hat 1981/82, wie aus dem Tätigkeitsbericht des Amtes hervorgeht, in 17 Verfahren Geldbußen wegen unerlaubter Absprachen in Höhe von insgesamt 14,5 Millionen Mark verhängt. Außerdem wird gegen hundert Unternehmen der Bauwirtschaft wegen verbotener Submissionsabsprachen ermittelt. Es besteht der Verdacht, daß die Bauunternehmen in allen Teilen der Bundesrepublik bei öffentlichen ebenso wie bei privaten Bauten ihre Baupreise vorher zum Nachteil der Auftraggeber abgesprochen haben.

Im Handel begrüßt Kartte zwar den starken Wettbewerb, er dürfe aber nicht dazu führen, daß immer mehr kleinere und mittlere Handelsbetriebe ausscheiden. Gefahr sieht Kartte vor allem in den Einkaufskooperationen, die die Nachfragemacht des Handels gegenüber den Herstellern verstärkten. Hier kommt es nach Ansicht des Amtes allerdings auf den Einzelfall an. Im Berichtszeitraum stellt die Behörde das Einkaufskartell von vier großen Unternehmen des Lebensmittel-Einzelhandels untersagt, die den kartellrechtlichen Voraussetzungen nicht entsprachen. Vor allem geht es darum, daß die Mitglieder einer Einkaufskooperation in ihren Einkaufsentscheidungen frei bleiben und entsprechend der Marktlage disponieren können.

Außerdem war das Kartellamt gezwungen, sich 1981/82 wiederholt mit dem Verkauf unter Einstandspreisen zu befassen. Grundsätzlich hat das Amt gegen Sonderangebote und sogenannten „Billigpreisangeboten" keine Einwände; denn das Bundeskartellamt ist keine Preiskontrollbehörde. Die Grenze liegt jedoch dort, wo der Verkauf unter Einstandspreisen zu einer Verdrängung mittelständischer Betriebe führt, besonders im Lebensmittel-Einzelhandel. Gegenwärtig läuft in diesem Fall ein Ermittlungsverfahren gegen die Coop AG im Bremer Raum.

Bedenken hat das Bundeskartellamt außerdem gegen die Beteiligung der Metro-Handelsgesellschaft bei der Kaufhof AG. Sie hat eine Aufstockung dieser Beteiligung durch die Metro abgelehnt. Hierüber wird jetzt das Kammergericht in Berlin in einem Beschwerdeverfahren entscheiden.

STAHLSTREIT

Die EG will beim Gatt auf US-Kompensationen dringen

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Europäische Gemeinschaft hat gestern den USA zu verstehen gegeben, daß sie im Streit um die amerikanischen Importbeschränkungen für Spezialstähle ihre Rechte wahren und im Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) Anspruch auf Kompensationsleistungen stellen will.

In einer Erklärung, die in EG-Kreisen als „deutliches Signal" an Washington bewertet wurde, brachten die Außenminister der Zehn ihre „große Unzufriedenheit" mit dem Beschluß der US-Behörden zum Ausdruck und bezeichneten die Einführung von Importquoten und Ausgleichszöllen als „wirtschaftlich nicht gerechtfertigt".

Wenngleich wenig Erfolgsaussichten bestehen, will die EG zunächst auf eine Rücknahme dieser Maßnahmen dringen, die (wegen der bereits vorher eingeleiteten Antidumping- und -subventionsverfahren gegen einzelne europäische Firmen) als doppelte Schutzmaßnahme verstanden werden.

Nach einhelliger Meinung der EG-Regierungen widerspricht das amerikanische Verhalten deutlich den antiprotektionistischen Beteuerungen des Weltwirtschaftsgipfels von Williamsburg und den Beschlüssen des OECD-Ministerrates.

Auf die versteckten Einladungen aus den USA, ein freiwilliges Selbstbeschränkungsabkommen für die europäischen Edelstahllieferungen auszuhandeln, will die *Gemeinschaft zumindest vorläufig* nicht eingehen: „Für uns ist dies vorerst einmal kein Thema", hieß es in diplomatischen Kreisen.

Vor allem die Bundesregierung habe den Partnern klargemacht, daß die EG bei allzu schneller Bereitwilligkeit auf ihre handelspolitischen Ausgleichsansprüche im Gatt verzichten würde. Auch in deutschen Kreisen wird jedoch nicht geleugnet, daß es zu einem späteren Zeitpunkt durchaus noch zu freiwilligen Absprachen kommen könnte.

Wie erwartet, hat der Rat sich noch nicht über ein endgültiges Mandat für die bevorstehenden Verhandlungen über die Erneuerung des Abkommens von Lomé einigen können. Sowohl im finanziellen wie im handelspolitischen Bereich bleiben noch zahlreiche Einzelfragen ungeklärt.

Bonn will der Kommission möglichst wenig Spielraum lassen. Die Bundesregierung wendet sich unter anderem auch gegen den Vorschlag der EG-Behörde, das neue Abkommen für einen unbegrenzten Zeitraum statt wie bisher für fünf Jahre abzuschließen.

Beim Mittagessen berieten die *Außenminister über den Wunsch* Ungarns nach engeren Beziehungen zur EG. In informellen Gesprächen mit der Brüsseler Exekutive hatte Budapest kürzlich die Bereitschaft zu vertraglichen Abmachungen angedeutet, was die übrigen Comecon-Staaten (außer Rumänien) bisher wegen der ins Stocken geratenen Verhandlungen EG–Comecon über ein handelspolitisches Rahmenabkommen stets abge*lehnt haben.*

Irregeführte Verbraucher

Von HARALD POSNY

Es wird langsam Zeit, verstärkten Schutz vor institutionellen – obendrein staatlich subventionierten und selbsternannten – Verbraucherschützern zu fordern. Wo öffentliche Gelder fließen, sollten sie gestrichen werden, wenn Verbraucherzentralen, Klübchen oder egozentrische Einzelpersonen in einer Art Profilneurose ohne Sachkenntnis mit Forderungen nach Einschränkung des Wettbewerbs auftreten, zu Boykott aufrufen oder Verbrauchern gar nahelegen, ein ungewisses Prozeßrisiko auf sich zu nehmen, um ein vermeintlich „gutes Recht" einzuklagen.

Drei Beispiele eines im Grunde höchst verbraucherschädlichen Verhaltens aus der jüngsten Zeit: Da fordert die durch Rundumschläge dieser Art bekannte Verbraucherzentrale Baden-Württemberg die deutschen Autofahrer zu einem Boykott von Neuwagen auf, „wenn nicht in 18 Monaten Pkw für bleifreies Benzin auf dem Markt sind". Diese hier dokumentierte Dummheit und völlige Verkennung politischer, wirtschaftlicher und technischer Zusammenhänge bis hin zur Gefährdung bedrohter Arbeitsplätze hat Methode. Die Ansammlung von wirtschaftlichen Systemveränderern in solchen Organisationen läßt nur eine Alternative zu: Zuschüsse streichen oder so aufstocken, daß endlich wirtschaftlicher, auch gesellschafts- und umweltpolitischer Sachverstand „eingekauft" werden kann. Es geht also nicht um die Frage „Verbraucherschutz ‚ja oder nein'", sondern um das „Wie" – ob Information oder Verdummung.

Ein zweites Beispiel bietet die im Rahmen der vom Bundesjustizministerium geförderten Untersuchung „Neue Formen der Verbraucher-Rechtsberatung" geäußerte pauschale Verunglimpfung von Ratenkreditbanken durch die Verbraucherzentrale Hamburg und die dortige Hochschule für Wirtschaft und Politik. Tenor: Viele der zwischen 1975 und 1980 von Ratenkreditbanken abgeschlossenen Kreditverträge sind nichtig, weil sittenwidrig. Begründung: Die Kredite belasteten die Kunden mit einem effektiven Zinssatz von bis zu 30 Prozent. Daran schließt sich der Hinweis an die Verbraucher, sie brauchten weder Zinsen noch Gebühren zu zahlen, und die rührende Forderung an die Banken, aus diesen Verträgen nicht mehr als die Netto-Kreditsumme zurückzuverlangen, die aufgewendeten Kosten und Zinsen zu vergessen.

Man kann darüber streiten, ob die zum Vegleich herangezogenen Kreditpreise der Großbanken, Volksbanken und Sparkassen in jener Zeit kostendeckend oder Dumpingpreise innerhalb der Kreditwirtschaft waren. Dies wird von den Verbraucherzentralen überhaupt nicht diskutiert. Dafür aber schließt die Verbraucherzentrale in die kritisierten Zinsen nicht nur die Kreditgebühren, sondern auch die Prämien für Restschuldversicherungen und Maklerdienste ein. Das ist unredlich.

Weiterhin wird verschwiegen, daß laut BGH die Frage der Nichtigkeit von Ratenkreditverträgen nur nach „Gesamtwürdigung aller objektiven und subjektiven Geschäftsumstände entschieden werden kann". Neben einem überzogenen – übrigens methodisch unsauber ermittelten und nicht gewichteten Schwerpunkt-Zins müssen auch Marktlage, Unerfahrenheit und Notlage des Kreditkunden erwiesen sein.

Auf die absolute Spitze hat der ehemalige Versicherungsagent Hans Dieter Mayer als Vorsitzender eines „Bundes der Versicherten" die Verbraucherverdummung mit der unqualifizierten Äußerung von der „Lebensversicherung als legalem Betrug" getrieben. Seine nachweislich falschen Behauptungen, die Rendite der Kapital-Lebensversicherung liege oft unter der Inflationsrate und sei damit gleich Null, die Beiträge dafür seien eine „Steuer für Dumme", angebliche Steuervorteile kämen kaum zum Tragen, waren selbst für das Bundesaufsichtsamt „völlig unhaltbar und ungeheuerlich". In Wahrheit hat die Versicherungsrendite in den letzten Jahrzehnten mit über 5,6 Prozent weit über der Inflationsrate gelegen.

Das Landgericht Hamburg, bei dem die Lebensversicherer Mayer verklagten, sprach ein äußerst unbefriedigendes Urteil. Es betonte zwar an mindestens einem Dutzend Stellen, wie „absurd, unsachlich, übersteigert, substanzarm und stark herabsetzend" die Kritik sei, doch „im Interesse der freien Meinungsäußerung" müßten auch einseitige Meinungen hingenommen werden – sogar wenn sie objektiv verfehlt sind . . ." Mal sehen, was die nächste Instanz dazu sagt. Grundsätzlich kann sich hierzulande jeder so lächerlich machen wie er mag. Aber solche Menschen finden seltsamerweise immer wieder Gefolgsleute, die als Echo sofort nach Einheitstarifen, Höchstzinsen und Verstaatlichung von Banken und Versicherungen rufen.

AUF EIN WORT

„Es gibt ein paar Dinge, auf die wir nicht verzichten können. Verpackungen braucht jeder. Sie sollen möglichst wenig Rohstoffe und Energie verbrauchen und dürfen keine Umweltschäden bewirken. Recycling und Verpackungen gehören zusammen."

Gunther Remy, Vorstandsvorsitzender des Informations-Zentrums Weißblech, Düsseldorf
FOTO: DIE WELT

Umsatzrückgang beim Handwerk

dpa/VWD, Essen

Das Handwerk in der Bundesrepublik mußte nach einer Erhebung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) 1982 einen Umsatzrückgang von nominal 1,5 Prozent hinnehmen. Wie das Essener Institut mitteilte, beträgt dieser Umsatzrückgang bei Berücksichtigung der Inflationsrate sogar 5,3 Prozent. In den über 400 000 Handwerksbetrieben mit rund 3,8 Millionen Beschäftigten wurden etwas mehr als 100 000 Arbeitsplätze aufgegeben. Dieser angesichts der Umsatzeinbuße verhältnismäßig niedrige Abbau an Arbeitsplätzen habe zu einem Rückgang der Produktivität um 2,3 Prozent geführt. Bei einer real um ein Prozent gesunkenen gesamtwirtschaftlichen Produktion habe das Handwerk dank 1982 schlechter abgeschnitten als die übrigen Wirtschaftsbereiche.

MAXHÜTTE

Jaumann: Klöckner hat einige Millionen gegeben

DANKWARD SEITZ, München

Für die zum Klöckner-Stahlkonzern gehörende Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg/Oberpfalz besteht offensichtlich doch nicht so akute Lebensgefahr, wie es nach dem Dringlichkeitsappell auf rasche Hilfe des bayerischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß an die Bundesregierung den Anschein hatte. „Die Maxhütte hat sich bisher erstaunlich gut gehalten", meinte der bayerische Wirtschafts*minister Jaumann gestern vor der* Presse. Mit ein Grund dafür sei, daß Klöckner in den letzten Wochen „offenbar einige Millionen bei der Maxhütte zugeschossen" hat.

Bei allen Schwierigkeiten der Maxhütte zeigte sich Jaumann relativ gelassen. Denn: „Wenn Klöckner die Maxhütte in Konkurs gehen läßt, dann entsteht bei ihnen selbst ein so hoher Berichtigungsbedarf, daß auch sie Konkurs anmelden können." Unverändert hält Jaumann wie auch die Bundesregierung an der Forderung fest, daß bei der Maxhütte an dem Produktionsprogramm so wie im Moderatorenkonzept vorgeschlagen nichts geändert wird. Zum anderen besteht man weiterhin auf einer „mindestens 25prozentigen Beteiligung" von Klöckner an dem Gesamtsanierungsprogramm der Maxhütte für rund 280 Millionen Mark, mit dem bereits begonnen wurde.

Erst wenn Klöckner diese Finanzierung sichergestellt hat, wird Bayern *den dafür bewilligten Zuschuß* von 24 Millionen Mark, drei Millionen wurden davon im April ausbezahlt, freigeben. Eine Antwort von Klöckner steht, wie Jaumann mitteilte, noch aus. Sollte Klöckner den Sanierungsbeitrag nicht leisten können, „dann müßte die Maxhütte, um als Teil überleben zu können, vielleicht Konkurs anmelden". Er, Strauß, und Finanzminister Streibl seien für den Krisenfall befugt, ohne Kabinettsentscheidung sofort zu handeln.

LOHNENTWICKLUNG

Die Branchen-Unterschiede wurden leicht abgebaut

GISELA REINERS, Bonn

Das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) in Köln hat in einer Untersuchung festgestellt, daß sich die Löhne in den vergangenen 25 Jahren in den verschiedenen Wirtschaftszweigen fast parallel entwickelt haben. In fast allen Branchen (34 von 39) weichen die jährlichen Lohnerhöhungen von durchschnittlich acht Prozent noch nicht einmal um einen ganzen Prozentpunkt (0,8) voneinander ab. Der durchschnittliche Stundenlohn eines Arbeiters betrug 1958 genau 2,22 Mark, Extremwerte lieferten die Tabakindustrie mit 1,43 und die Eisen- und Stahlindustrie mit 2,91 Mark. Nach 25 Jahren liegt der mittlere Wert bei 14,50 Mark, bei Extremwerten zwischen elf und knapp 20 Mark.

In der Tendenz haben sich die Löhne pro Stunde aneinander angenähert, da in den Wirtschaftszweigen mit hohem Lohnniveau die *Entgeltanhebungen* unterdurchschnittlich ausfielen, während sie in den Branchen mit niedrigeren Löhnen durch Sockel-, Fest- und Mindestbeträge, die bei Tarifrunden ausgehandelt wurden, etwas stärker stiegen.

Abgenommen hat, laut IW-Untersuchung, die „innere Mobilität" der Lohnstruktur: Immer seltener finden Verschiebungen zwischen den Branchen auf der Lohnskala statt. Nur der Ausreißer von 1958, die tabakverarbeitende Industrie, hat sich vom letzten Platz ins Mittelfeld vorgeschoben, mit einem Durchschnittslohn von 14,16 Mark. Insgesamt haben sich von den 39 untersuchten Branchen nur 11 um mindestens fünf Plätze auf der Lohnskala verändert.

Gestiegen sind die Löhne seit 1958 um durchschnittlich 560 Prozent, in der Eisen- und Stahlindustrie um 427, in der Tabakindustrie um 890 Prozent.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Wie der Verkehr rollt

Verkehrsleistung in der Bundesrepublik Deutschland 1983 (Schätzung)

Personenverkehr
592 Milliarden Personenkilometer

Güterverkehr
236 Milliarden Tonnenkilometer

Anteile in %

Pkw 79%
Bus, U-Bahn, Straßenbahn 13
Bahn 6
Flugzeug 2

Lkw 50%
Bahn 24
Flugzeug 1
Pipeline 4
Binnenschiff 21

Quelle: Ifo
Globus 4783

Das Auto bleibt für die Deutschen das wichtigste Verkehrs- und Transportmittel. Der private Pkw-Verkehr erreicht 1983 nach einer Schätzung des Ifo-Instituts einen Anteil von 79 Prozent am gesamten Personenverkehr. Der Gütertransport wird wie im Vorjahr zur Hälfte per Lkw abgewikkelt. Die Eisenbahn, die vor 30 Jahren noch über die Hälfte aller Güter transportierte, erbringt 1983 weniger als ein Viertel der Güterverkehrsleistung.
QUELLE: GLOBUS

Opec-Länder erwarten Belebung der Ölnachfrage

Helsinki (dpa/VWD) – Die Organisation erdölexportierender Länder (Opec) rechnet mit einer Marktbelebung bis zum Ende dieses Jahres. Innerhalb der Organisation wird erwogen, die im März in London beschlossene Förderobergrenze von 17,5 Millionen Barrel (je 159 Liter) pro Tag anzuheben. Das wurde in Helsinki auf der zweitägigen Opec-Ministerkonferenz bekannt. Über das weitere Vorgehen soll möglicherweise auf einer Sonderkonferenz im Oktober beraten werden. Der saudiarabische Ölminister Jamani gab an, eine Erhöhung der Produktionsquoten für jedes der Mitgliedsländer könne ohne Verzug je nach Entwicklung der Nachfrage beschlossen werden. Der offizielle Richtpreis von 29 Dollar werde jedoch bis Ende 1985 beibehalten.

Mehr Strom aus Kohle

Frankfurt (VWD) – Die öffentliche Elektrizitätswirtschaft hat ihre Abnahmeverpflichtungen mit dem Steinkohlebergbau voll erfüllt. Trotz des stagnierenden Stromverbrauchs haben die E-Werke nach Angaben der Vereinigung der deutschen Elektrizitätswerke (VdEW) 1982 den Bezug deutscher Steinkohle um rund 5 Prozent auf 30,2 (28,7) Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten erhöht. Die E-Werke haben damit nach Darstellung der VdEW im vergangenen Jahr etwa 35 Prozent der gesamten deutschen Steinkohleförderung übernommen. Dafür sei das Importkontingent für die billigere Auslandskohle nicht voll ausgeschöpft und weniger Gas und Öl eingesetzt worden.

Teuerungsrate gesunken

Wiesbaden (rtr) – Die Jahresteuerung bei den Erzeugerpreisen in der Bundesrepublik Deutschland ist im Juni dieses Jahres die niedrigste seit August 1978 gewesen. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, lag der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Juni um 1,1 Prozent höher als vor einem Jahr, nachdem die Jahressteigerungsraten im Mai 1,3 Prozent und im April 1,5 Prozent betragen hatten.

Gratwanderung Volckers

Frankfurt (VWD) – Von einer Gratwanderung des US-Notenbankchefs Paul Volcker spricht die Deutsche Bank in einer Betrachtung zur Devisenmarktsituation. Die Märkte erwarteten jetzt richtungweisende Akzente zum zukünftigen Kurs der US-Notenbank. Die Amtsführung Volckers verspricht nach Einschätzung der Deutschen Bank zwar kurzfristig keine Zins*lockerung. Seine konsequente Anti*-Inflations-Politik sollte aber entscheidend dazu beitragen, den US-Zins langfristig wieder auf eine niedrigere Basis zu führen. Der Markt erwartet nach Darstellung der Bank derzeit eher ein Anziehen der US-Zinssätze. Eine zusätzliche Festigung des US-Dollars müsse damit aber nicht einhergehen, denn die inflationären Tendenzen in den USA seien noch keineswegs gebannt.

BdI begrüßt Streichung

Köln (DW.) – Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat die von der Bundesregierung beschlossene Streichung der GmbH + Co. KG aus dem Anwendungsbereich des Bilanzrichtliniengesetzes nachdrücklich begrüßt. Der Bundesrat habe jetzt mit seiner positiven Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf eine seit langem erhobene Forderung der Wirtschaft unterstützt, die EG-Bilanzrichtlinie möglichst schonend in deutsches Recht umzusetzen und dabei die mittelständischen Interessen im besonderen Maße zu berücksichtigen. Die Herausnahme der vor allem für den Mittelstand typischen Rechtsform der GmbH + Co. KG betreffe ca. 60 000 Gesellschaften und vermeide die wirtschaftlich und rechtlich nicht gerechtfertigte Gleichstellung mit der GmbH.

Post-Auftrag für Dornier

Friedrichshafen (rtr) – Mit der Lieferung von sieben Erdfunkstellen im Gesamtwert von rund 30 Millionen Mark ist die Dornier System GmbH von der Deutschen Bundespost beauftragt worden. Die Funkstellen sollen, wie das Unternehmen mitteilte, für einen flächendeckenden Datenübertragungsdienst eingesetzt werden, den die Post unter Nutzung des französischen Nachrichtensatelliten Telecom-1 aufbaut. Unter anderem soll das Netz für Zeitungsferndruck, Videokonferenzen und den großräumigen Verbund von Rechneranlagen dienen.

Keine höheren Gebühren

Bonn (Rei.) – Bundespostminister Schwarz-Schilling (CDU) hat „jedenfalls vorerst" nicht vor, die Telefon- und Briefgebühren zu erhöhen. Bei der Einführung des neuen Präsidenten der Oberpostdirektion Düsseldorf, Ministerialrat Manfred Baensch, sagte er, es könne nicht hingenommen werden, daß die steigenden Defizite des Postwesens bestimmten, welche Gewinne im Fernmeldebereich erzielt werden müßten. Mit konsequenter Rationalisierung und marktorientierter Dienstleistungspolitik müsse es gelingen, die Gebühren „noch eine Weile" stabil zu halten.

MIETFINANZ

Wachstumstempo erst 1984 wieder schneller

E. SCHNEIDER, Mülheim

Zuversicht, was die Erholung der Konjunktur betrifft, aber Unsicherheit über das Tempo. Das ist das Ergebnis einer Umfrage der Mietfinanz GmbH, Mülheim, in 13 Industriezweigen. Die Belebung des wirtschaftlichen Aufschwungs wird zwar anhalten, so glaubt die Mehrzahl der Befragten, aber ein rascheres Wachstum erwartet man erst für das nächste Jahr.

Das reale Umsatzwachstum wurde in der letzten Mietfinanzbefragung vor einem Vierteljahr noch mit 0,6 Prozent hochgerechnet und im Durchschnitt nun mit nur noch 0,4 Prozent. Doch wird dies wesentlich durch die Erwartungen des Bergbaus beeinflußt, der mit einem Umsatzminus von sieben Prozent für 1983 rechnet, vor drei Monaten waren es nur drei Prozent. Ohne den Steinkohlebergbau würde die Wachstumssteigerung ein Prozent erreichen.

Vier Gründe werden für das ver*minderte* Wachstumstempo genannt: 1. wieder gestiegene Zinsen mit einem Anhalten dieses Trends, bedingt durch die Sogwirkung des US-Zinsniveaus; 2. das schwache Exportgeschäft, das zwar vom Konjunkturaufschwung in den USA profitiert, aber negativ von der Nachfrageschwäche traditioneller Auslandskunden beeinflußt wird; 3. das hohe Insolvenzrisiko als Spätfolge der Ertrags- und Eigenkapitalschwäche aus den letzten Jahren; 4. *Belastung des allgemeinen Klimas* durch die Krise in der Stahlindustrie mit der Forderung, daß endlich Klarheit über die Zukunft des Stahls geschaffen werden müsse.

Die Mietfinanz sieht eine Begründung für die zuversichtliche Einschätzung auch in den Investitionsplänen der Unternehmen. Ohne den Bergbau und die Stahlindustrie planen die anderen elf Branchen eine Steigerung ihrer Investitionen um 1,6 Prozent.

BUNDESBANK / Analyse des deutschen Kapitalverkehrs von 1979 bis 1981

Öffentliche Hand zapfte Ölländer an

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Obwohl die Bundesrepublik in den Jahren 1979 bis 1981 selbst ein Leistungsbilanzdefizit von 54 Milliarden Mark zu verkraften hatte, leistete sie in dieser Zeit einen beträchtlichen Beitrag zur Finanzierung der weltweiten Zahlungsbilanzungleichgewichte. Zu diesem Schluß kommt die Deutsche Bundesbank in einer Analyse der Entwicklungstendenzen in der regionalen Struktur des Kapitalverkehrs seit 1979.

Was für ein hochindustrialisiertes Land mit hohem Pro-Kopf-Einkommen und – normalerweise – Leistungsbilanzüberschüssen zur Tagesordnung gehört, wurde nämlich in den Jahren des Defizits durchgehalten: Ein beträchtlicher Kapitalexport. Ihm standen zwar auch langfristige Kapitalimporte aus den Opec-Ländern gegenüber, die in den Jahren der Ölpreissprünge den größten Teil der Leistungsbilanzüberschüsse für sich verbuchen konnten. Doch das änderte nichts daran, daß die Bundesbank von 1979 bis 1981 Währungsreserven von 35 Milliarden Mark abgeben mußte.

Inzwischen hat sich das Bild der weltweiten Kapitalströme grundlegend geändert. Die Defizite vieler Industrieländer haben sich zurückgebildet, die Bundesrepublik kam 1982 sogar wieder in den Genuß von Überschüssen, und die Opec-Staaten insgesamt sahen ihre Überschüsse auf Null schrumpfen.

Interessant bleibt aber auch im Rückblick das Wechselspiel mit den Opec-Ländern. Allein auf dem *direkten Weg flossen von ihnen in* den drei Defizit-Jahren per Saldo 33,5 Milliarden Mark nach Deutschland.

Exporteure dieser direkt angelegten Öl-Gelder waren fast ausschließlich die bevölkerungsarmen Golf-Staaten Kuweit, Qatar, Saudi-Arabien und Vereinigte Arabische Republiken. Wegen ihrer relativ geringen Importbedürfnisse hatten sie die höchsten Überschüsse zu *verzeichnen*, und sie waren auch auf der Suche nach neuen Anlagemöglichkeiten im Ausland.

Das machte sich auch die öffentliche Hand zunutze. Im Frühjahr 1980 wurden die ersten Direktkredite in Saudi-Arabien aufgenommen, und generell bekamen Ausländer die Möglichkeit, Schuldscheine von Bund und Ländern zu kaufen. Der Erfolg blieb nicht aus: 1980 und 1981 legten die Golfstaaten insgesamt 25 Milliarden Mark langfristig bei der öffentlichen Hand an. Doch die großen Zeiten des Ölgeld-Recyclings sind erst einmal wieder vorüber – 1982 ging der Netto-Kapitalimport aus den Golfstaaten drastisch auf vier Milliarden Mark zurück.

Wichtigste Partner der Bundesrepublik im Kapitalverkehr blieben natürlich auch in den Problemjahren die EG-Länder. Aus der Gemeinschaft flossen von 1979 bis 1981 fast 70 Milliarden Mark nach Deutschland, in der Gegenrichtung waren es gut 45 Milliarden.

USA / Eindämmung der Haushaltsdefizite gefordert – Täglich borgt der Staat 750 Millionen Dollar

Abbau erst nach der Präsidentschaftswahl?

H.A. SIEBERT, **Washington**

Immer lauter werden in den USA die Stimmen, die nach einer schnellen Lösung des Defizitproblems rufen. Den Warnungen, die Notenbank-Chef Paul Volcker vergangene Woche im Senat an die Adresse des Kongresses und der Reagan-Administration richtete, haben sich jetzt Alan Greenspan, unter Präsident Ford Vorsitzender des wirtschaftlichen Beraterstabes im Weißen Haus, und Henry Kaufman von Salomon Brothers, bekannt als „Zinsguru" der Wall Street, angeschlossen.

Beide machten im amerikanischen Fernsehen geltend, daß Ausmaß und Dauer der wirtschaftlichen Erholung in den USA und weltweit von tiefgreifenden Korrekturen in Washingtons Haushaltspolitik abhängen. Zur Finanzierung des 200 Milliarden Dollar übersteigenden Defizits müsse die Treasury täglich 750 Millionen Dollar an den Geld- und Kapitalmärkten borgen, was zwangsläufig zu einem „crowding out" der privaten Kreditnachfrage und wieder steigenden Zinsen führe.

Folgt man Greenspans Konjunkturprognose, dann ist das US-Bruttosozialprodukt im zweiten Quartal 1983 real um rund acht (Januar-März-Periode: 2,6) Prozent gestiegen. Von Juli bis September wächst es um etwa sechs Prozent mit einer Verlangsamung im vierten Quartal. Nach Greenspan wird die Erholung in den USA zwar ins nächste Jahr hineingetragen, danach hängt der Konjunkturverlauf aber von der Zinsentwicklung, vor allem der langfristigen, ab.

Hinsichtlich eines Abbaus des US-Budgetdefizits ist Greenspan, erfahren im politischen Ränkespiel zwischen Legislative und Exekutive, indes äußerst pessimistisch. Erst für die Zeit nach der Präsidentschaftswahl im November 1984 hält er fiskalpolitische Korrekturen überhaupt für möglich. So lange können jedoch weder die USA selbst noch die übrige Welt warten. Greenspan: „Wenn dem so ist, bleiben die langfristigen Zinsen dort, wo sie jetzt sind." Im Klartext bedeutet das 12,5 und mehr Prozent für 15jährige hochqualitative Schuldverschreibungen.

Bedauerlich ist, so Greenspan, daß der Kongreß dem Defizitproblem nur in einer wirklichen Krise sofort zu Leibe rücken würde. Bei einer Fortsetzung des Aufschwungs, auch in abgeschwächter Form, geschehe vor 1985 nichts. Eine Folge seien die wieder zunehmenden inflationären Erwartungen, die seit Mai die kurz- und langfristigen Zinsen bereits um rund ein Prozent nach oben gedrückt hätten.

Für Greenspan enthalten die US-Haushaltsdefizite ein gewaltiges Inflationspotential. Er empfahl deshalb, die kurzfristigen Zinsen in Amerika um weitere ein bis zwei Prozent anzuheben, um schmerzhaftere Eingriffe, die später notwendig werden, zu vermeiden. Die Erholung in den Vereinigten Staaten, die kräftiger als erwartet sei, würde dadurch in den kommenden sechs Monaten nicht gebremst. Nach Greenspans Rechnung führt die bald wieder schrumpfende Lagerfinanzierung zu Zinssenkungen, „so daß wir 1984 wieder auf das Niveau von heute zurückfallen".

Laut Greenspan hätte sich die US-Notenbank längst zu einem stärkeren Tritt auf die Geldbremse entschlossen, wenn es keine internationale Verschuldungskrise geben würde. Die Gefahr der in den vergangenen Monaten zu stark ausgeweiteten Geldmenge müsse jedoch eingedämmt werden, und zwar möglichst rasch. Hier zeige sich, daß es keine Alternative zum Defizitabbau gebe. Denn eine größere Geldversorgung führe über die inflationären Erwartungen und eine restriktive Politik über Knappheitserscheinungen zu höheren Zinsen.

Die internationale Finanzkrise sei „das wichtigste Problem, mit dem alle Wirtschaftspolitiker in der Welt konfrontiert werden". Sie stelle eine gefährliche Bedrohung dar. Gelöst werden könnte sie vielleicht durch einen kräftigen globalen Konjunkturaufschwung, aber der sei unwahrscheinlich. Greenspan sprach sich dafür aus, Steuererhöhungen in den USA mit Ausgabenkürzungen zu koppeln, weil die höheren Einnahmen sonst zur Finanzierung zusätzlicher Programme verwendet würden. Das größte Problem für die USA sieht Greenspan darin, daß nicht mehr in langfristige Vermögenswerte investiert wird, und zwar wegen des zu teuren Geldes. Schaden genommen habe bereits die Infrastruktur.

Kaufman veranschlagte das strukturelle US-Haushaltsdefizit auf 100 Milliarden Dollar. Der Chefökonom von Salomon Brothers rechnet mit einem weiteren Anziehen der Zinsen, „solange die Notenbank keinen fiskalpolitischen Flankenschutz erhält".

Kapitalspritze für Rizzoli-Sanierung

ds, **Mailand**

Spätestens bis Ende Juli wird die Gruppe von 32 italienischen Unternehmern, die sich zur Sanierung des Verlagskonzerns Rizzoli in Mailand bereit erklärt haben, ihr Übernahmeangebot vorlegen. Rund 40 Prozent der Verlagsanteile liegen bei der Finanzholding des Kreditinstituts Nuovo Banco Ambrosiano. Zur Sanierung des Konzerns sind nach Expertenschätzungen 130 bis 150 Milliarden Lire notwendig. Davon wollen die 32 Unternehmer rund 100 Milliarden Lire aufbringen. Neben der Kapitalspritze stützen sich die Sanierungspläne auf die Aufgabe von ungefähr 1000 der heutigen etwa 9000 Arbeitsplätze sowie auf den Verkauf der Auslandsaktivitäten (eine Buchladenkette in den USA und ein Kunstverlag) und den Verzicht auf Konzernteile in Italien.

Im einzelnen ist vorgesehen, die Kapitalanteile der 32 zur Sanierung bereiten Unternehmer in einer Finanzholding zusammenzufassen, die ihrerseits die Kontrolle der Nachfolgegesellschaft der heutigen Verlagsmutter übernehmen soll. Zu diesem Zweck soll die jetzige Rizzoli S. p. A. in Nuova Rizzoli S. p. A. umbenannt werden. Liquidiert werden sollen die beiden Filmunternehmen des Konzerns sowie die Sonntagszeitung „Corriere della Domenica".

BIZ / Internationales Bankgeschäft im ersten Quartal 1983 spürbar verlangsamt

Kaum Neukredite für die Dritte Welt

rtr, **Basel**

Das internationale Bankgeschäft hat sich im ersten Quartal 1983 stark verlangsamt. Das herausragende Merkmal war ein geschätzter Rückgang des Wachstums der von den berichtenden Banken netto gewährten internationalen Kredite auf zehn Milliarden Dollar, gegenüber einer Ausweitung um 20 Milliarden im vierten Quartal 1982 und einer Expansion gleicher Größenordnung im ersten Quartal des vergangenen Jahres. Dies gab die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) bekannt.

Aus den Zahlen geht hervor, daß die Gewährung neuer Bankenkredite an die Länder der Dritten Welt in der Berichtszeit praktisch zum Stillstand kam. Mexiko und Brasilien erhielten neue Kredite von insgesamt rund drei Milliarden Dollar. Die Banken gewährten diese Mittel aber nur, weil die beiden Länder gleichzeitig Ziehungen auf den internationalen Währungsfonds haben vornehmen können.

Bei Ausklammerung dieser IWF-bezogenen Neuausleihungen ist die Kreditgewährung an Länder außerhalb der wichtigen westlichen Industriestaaten (Außengebiet) im ersten Quartal zurückgegangen. „Es mögen sich Zweifel einstellen, ob die Leistungsbilanzdefizite einer Reihe von Entwicklungs- wie auch entwickelter Länder in der für das Jahr 1983 derzeit vorgesehenen Höhe durchgehalten werden können", schreibt die BIZ.

Die Verlangsamung des internationalen Bankgeschäfts kommt laut BIZ auch darin zum Ausdruck, daß sich die Bruttoauslandsforderungen der berichtenden Banken, um Wechselkurseinflüsse bereinigt, im ersten Quartal nur um 17,6 Milliarden Dollar auf insgesamt 1689 Milliarden erhöhten. Diese Zunahme lag deutlich unter den Werten von 33,9 Milliarden Dollar im vorangegangenen und 42,4 Milliarden im ersten Quartal 1982. Die Neuausleihungen an das Außengebiet, einschließlich der IWF-bezogenen Kredite, verminderten sich im ersten Quartal stark auf nur noch 0,5 Milliarden Dollar gegenüber neun Milliarden im vierten Quartal 1982. In früheren Jahren hatten diese Neuausleihungen je Quartal noch durchschnittlich rund 25 Milliarden Dollar betragen.

Die Abschwächung der Neukreditgewährung an das Außengebiet im ersten Quartal war laut BIZ weit gestreut. Gegenüber den Nicht-Opec-Entwicklungsländern sanken die Neuausleihungen auf 1,6 Milliarden Dollar verglichen mit 5,4 Milliarden im vierten Quartal 1982. Gegenüber den Opec-Staaten gingen sie auf 0,1 Milliarden nach 0,5 Milliarden Dollar zurück. Gleichzeitg bauten die Opec-Länder ihre Einlagen um 7,7 Milliarden Dollar ebenso stark ab wie im vorangegangenen Quartal.

Mit Ausnahme Malaysias, dessen Neuverschuldung 0,8 Milliarden Dollar betrug, verzeichneten die Forderungen gegenüber allen anderen wichtigen Kreditnehmern unter den Nicht-Opec-Entwicklungsländern im ersten Quartal absolute Rückgänge oder blieben praktisch unverändert. Südkorea und Israel, die im vierten Quartal 2,4 Milliarden Dollar bzw. 1,1 Milliarden Dollar an neuen Kreditmarktmitteln erhalten hatten, zahlten 0,5 Milliarden bzw. 0,7 Milliarden Dollar zurück.

Die Forderungen an Osteuropa schließlich gingen im ersten Quartal weiter zurück, wobei sich die Abnahme von 0,5 Milliarden im vierten Quartal 1982 auf 1,4 Milliarden beschleunigte. Damit belief sich seit Ende 1981 die kumulative Abnahme der Forderungen der Banken an diese Länder auf ungefähr sechs Milliarden Dollar. Den größten Rückgang im ersten Quartal wies Polen mit 1,1 Milliarden Dollar auf.

GATT / Sondertagung zum Thema Protektionismus

Die Absprachen nehmen zu

IRENE ZUECKER, **Genf**

Neben der ordentlichen Juli-Sitzung des Gatt-Rates in Genf fand eine Sondertagung über den Protektionismus statt. Dabei legte das Gatt-Sekretariat einen Situationsbericht vor, der die deutliche Zunahme des Protektionismus belegt. Auffallend lang ist auch die Liste der Grauzonen-Übereinkünfte, etwa im Handel mit Elektronik und Motorfahrzeugen. So werden seit 1978 ganze 20 freiwillige Marktregulierungsvereinbarungen und Exportbeschränkungsübereinkünfte erwähnt, die dem Gatt nicht mitgeteilt worden sind. Elf der zwanzig Fälle gehen auf Konto der EG. Nach Ansicht von Beobachtern besteht gegenwärtig zwischen den Industrieländern sogar eine stille Übereinkunft, sich wegen protektionistischer Maßnahmen nicht allzu wehzutun.

Trotz dieser Tendenz forderte die EG zum amerikanischen Beschluß über die Importrestriktionen bei Spezialstählen das Eingreifen des Gatt. Zudem wird nun auch Japan den amerikanischen Entscheid unter Artikel 19 zu bilateralen Konsultationen vors Gatt ziehen.

Auf den Import von Laser-Schallplatten aus Japan verlangte die EG eine Erhöhung der Zollsätze von gegenwärtig 9,5 auf 19 Prozent, unter Gewährung der Kompensationsansprüche des Gatt. Das Begehren wird von einer Arbeitsgruppe geprüft.

Der ordentliche Gatt-Rat befaßte sich mit einer EG-Studie, die den stetig wachsenden Handel mit Fälschungen belegt, der sich nicht nur auf Luxusgüter wie die jährlich zehn Millionen sogenannten „Schweizer Uhren" und zehn Prozent des französischen Parfum-Umsatzes beschränkt, sondern auch Produkte wie Computer, Bestandteile von Autos und Flugzeugen, medizinische Ausrüstungen, Porzellan und Insektizide erfaßt.

Eindeutig blieb in Genf die patentrechtliche und juristische Zuständigkeit des Amtes für geistiges Eigentum (wipo), doch sind vor allem die westlichen Industriestaaten der Ansicht, daß im grenzüberschreitenden Verkehr auch das Gatt einbezogen werden soll.

Hingegen scheiterte eine Studie über den Handel mit spitzentechnologischen Produkten einmal mehr an Frankreich, das sich nicht in die Karte blicken lassen will.

Zwei konkrete Entscheidungen wurden vom Gatt-Rat gefaßt: Erstens wird Frankreich aufgrund einer Untersuchung (Panel-Bericht) aufgefordert, seine protektionistischen Maßnahmen gegen Hongkong (bei Elektronik, Textil) aufzuheben. Zweitens wurde auf Antrag Nicaraguas entschieden, eine Sondergruppe „Panel" zur Beurteilung der Kürzung der Zuckerlieferquoten durch die USA einzusetzen.

POLEN /Defizit im Warenaustausch mit der „DDR"

Handel stark geschrumpft

JOACHIM G. GÖRLICH, **Bonn**

Nach dem Besuch des polnischen Ministers für Binnenhandel und Dienstleistungswesen, Zygmunt Lakomiec, bei „DDR"-Ministerpräsident Willy Stoph, dem ZK-Sekretär für Handel und Versorgung Werner Jarowinsky sowie Handels- und Versorgungsminister Gerhard Briksa soll der Tiefstand der Wirtschaftsbeziehungen „DDR"–Polen überwunden werden. Laut neuer polnischer Außenhandelsstatistik sank der bilaterale Außenhandelsumsatz von 1,76 Millionen Transferrubel 1979 auf 1,52 Millionen 1982.

Wegen Devisenmangels importierte Polen mehr aus den Comecon-Ländern; der Anteil der Exporte in die RGW-Staaten stieg zwischen 1980 und 1982 von 40 auf 49 Prozent. Diese Exportpolitik hatte Auswirkungen auf den Handel Polen–„DDR". Auch die „DDR" war aufgrund von Einsparungs- und Substitutionsmaßnahmen gezwungen, den Steinkohle- und Koksimport aus Polen zu drosseln: von 1979 bis 1982 von mehr als 2,38 Millionen Tonnen auf 1,3 Millionen. Für 1983 sind nur 700 000 Tonnen vorgesehen.

Die „DDR" hat Polen seit der polnischen Krise keinerlei Warenkredite zur Stabilisierung und Sanierung der Wirtschaft gewährt. Vielleicht auch deswegen, weil die „DDR" selber Probleme mit ihren Handelsdefiziten gegenüber dem Westen und der UdSSR hat. Für 1983 wollen beide Staaten den bilateralen Warenaustausch anheben, und zwar auf ein Umsatzvolumen von 1,59 Millionen Transferrubel, was einer Steigerung von 4,9 Prozent im Vergleich zu 1982 gleichkommt.

Nach neuesten Vereinbarungen wird Polen 1983 Waren im Wert von 681 Millionen Transferrubel liefern, die „DDR" an Polen im Wert von 911 Millionen. Der „DDR"-Lieferüberschuß soll durch polnische Dienstleistungen abgegolten werden. Einkünfte aus solchen Dienstleistungsexporten in die „DDR" erzielt Polen vor allem durch Transportaufträge im Transitverkehr „DDR"–UdSSR sowie durch Übernahme von Bau-, Montage- und Reparaturarbeiten in der „DDR" und Polen.

Auch künftig werden polnische Spezialfirmen bei der Inbetriebnahme neuer sowie der Umrüstung alter Braunkohletagebaue mitwirken. Ausgenommen die Grenzgänger sind in der „DDR" ca. 10 000 polnische Gastarbeiter im Einsatz.

Die Polen wünschen von der „DDR" mehr als bisher metallurgische Halbwaren, Kunststoffe, Kunststoffprodukte, Maschinen sowie vermehrt Lohnfertigungsaufträge für polnische Unternehmen. Für 1983 hat Polen der „DDR" dazu neue Angebote gemacht.

NORDSEEÖL / Dänemark wirbt um internationale Ölgesellschaften – 74 000 Quadratkilometer zu vergeben

Die Konzessionsbedingungen wirken abschreckend

R. GATERMANN, **Kopenhagen**

Zu einem Zeitpunkt, wo die Rohölproduktion in der Welt schrumpft und die Preise real fallen, versucht die dänische Regierung, die internationalen Ölgesellschaften zu ihrem Kontinentalsockel zu locken. Energieminister Knud Enggaard offeriert insgesamt 74 000 Quadratkilometer der dänischen Nordsee, verteilt auf 500 Blöcke, für die Kohlenwasserstoffsuche. Allerdings sollen Anfang nächsten Jahres zunächst nur acht oder zehn Konzessionen vergeben werden.

Bis vor ein paar Jahren hatte der gesamte dänische Sockel nur einen einzigen Konzessionär, den Schiffahrts- und Industriekonzern A. P. Möller. Im Glauben, daß die Aussichten, in diesem Gebiet auf Erdöl oder Naturgas zu stoßen, minimal sind und um die Sucherlaubnis nicht einer deutschen Gesellschaft geben zu müssen, war die damals in Kopenhagen regierende nichtsozialistische Regierung froh, daß sich ein Däne fand, der bereit war, sich in dieses Abenteuer zu stürzen.

A. P. Möller bildete sowohl aus technischen als auch aus finanziellen Gründen das Dansk Undergruns Consortium (DUC), das – zur allgemeinen Überraschung nicht zuletzt in Regierungskreisen – sogar fündig wurde. 1982 produzierte es 1,7 Millionen Tonnen Öl, die etwa 15 Prozent des dänischen Verbrauchs decken. In diesem Jahr sollen es 2,2 Millionen Tonnen sein. Ende 1984 wird auch die Gasproduktion aufgenommen, deren Überschuß nach Schweden exportiert wird.

Als das Rohöl aus dem dänischen Sockel zu sprudeln begann – international gesehen handelt es sich um sehr bescheidene Mengen, die zu sehr hohen Kosten gefördert werden –, meinte der damalige Energieminister Poul Nielson allerdings, das DUC suche nicht intensiv genug und produziere zu wenig; es schade damit Dänemark. Nach langwierigen Verhandlungen zwang man A. P. Möller, das Areal, in dem nicht gefördert oder das nicht zur Produktion vorbereitet wird, dem Staat zurückzugeben.

Nielson glaubte, die internationalen Ölgesellschaften würden sich um die dänischen Konzessionen reißen. Dies würde sich ja zeigen, wenn die konkreten Angebote angefordert werden. Zwar hätten sich bisher 48 Interessenten gemeldet, aber sie kannten nicht die Konzessionsbedingungen. Aus ihnen geht jetzt hervor, daß die staatliche Dansk Olje og Naturgas A/S (DONG) an jeder Sucherlaubnis mit mindestens 20 Prozent beteiligt wird, ihr Kostenanteil jedoch von den Konzessionspartnern getragen werden muß. Sollte es zur Produktion kommen, kann das Parlament den DONG-Anteil neu festlegen.

Darüber hinaus sollen nur die Gesellschaften zugelassen werden, die in größtmöglichem Umfang dänische Material- und Service-Lieferanten berücksichtigen, und schließlich wird in der dänischen Nordsee die Steuerlast nicht niedriger sein als im norwegischen oder britischen Teil (etwa 85 Prozent). Allerdings soll die Produktionsabgabe nach der Größe des Vorkommens gestaffelt werden.

Energieminister Enggaard wollte die DONG aus dem Off-shore-Bereich heraushalten und für diesen Zweck eine neue Gesellschaft gründen. Hier stieß er aber im Parlament auf Widerstand, dessen Mehrheit, bestehend aus Sozialdemokraten, Sozialistische Volkspartei und Linksliberale, auch dafür sorgt, daß die DONG-Beteiligung flexibel gehalten wird.

In Kopenhagen sind die Stimmen nicht zu überhören, die meinen, die Konzessionsbedingungen müßten auf etwaige Interessenten abschreckend wirken. Das DUC erklärte, nicht zuletzt wegen der bösen Erfahrungen vergangener Jahre, sich um keine neuen Konzessionen zu bewerben.

GELDMENGE

Zielkorridor bleibt erreichbar

JOACHIM WEBER, Frankfu[rt]

Die Deutsche Bundesbank hält[…] für angezeigt, daß sich das Wach[…]tumstempo der Geldbestände m[…]ßigt. „Eine Expansion der Zentra[l]bankgeldmenge, die längerfrist[…] größer wäre als jene, die dem Gel[d]mengenziel für 1983 zugrunde lie[gt,] würde mit den übergeordneten Zi[e]len der Geldwertstabilisierung u[nd] eines potentialgerechten Wach[s]tums der Wirtschaft nicht vereinb[ar] sein", stellt sie in ihrem jüngste[n] Monatsbericht fest.

Im Dezember 1982 hatte die Bu[n]desbank einen Geldmengenz[u]wachs um 4 bis 7 Prozent zwisch[en] dem jeweils vierten Quartal 19[…] und 1983 für angemessen erklä[rt.] Die Überprüfung dieses Geldme[n]genziels zur Jahresmitte hat d[en] ursprünglichen Ansatz ledigli[ch] noch einmal bestätigt.

Der Zentralbankrat hält es au[ch] für durchaus möglich, daß die Zi[el]vorgabe bis zum Jahresende ein[ge]halten wird, obwohl die Grenzen [in] den ersten Monaten deutlich üb[er]schritten wurden. Das Wachstu[m] hat sich allerdings schon fühlb[ar] verlangsamt: War die Zentralbar[nk]geldmenge im ersten Quartal no[ch] um 15,5 Prozent gewachsen, machte der Zuwachs im zwei[ten] Quartal nur noch 5,25 Prozent a[us.] Zur Jahresmitte lag sie aber imm[er] noch um 9 Prozent über der V[er]gleichsbasis, dem Durchschnitt [des] 4. Quartals 1982.

Besonders stark weitete sich [da]bei der Bargeldumlauf aus – [er] überschritt den Vergleichswert [zur] Jahresmitte um 10,5 Prozent. [Die] Bundesbanker vermuten dahin[ter] insbesondere die Hortung der [im] ersten Quartal aufwertungsv[er]dächtigen D-Mark-Noten im [be]nachbarten Ausland. Aber auch [die] zweite Geldmengenkomponen[te,] die Mindestreserven der Bank[en,] lag mit plus 7,5 Prozent noch üb[er] dem maximalen Zielwert. Vora[us]gesetzt, daß die Abschwächung [der] monetären Expansion anh[ält,] könnte die obere Hälfte des Zielk[or]ridors dennoch erreicht werd[en,] meint die Bundesbank.

Autoabsatz in Italien schwach

GÜNTHER DEPAS, Maila[nd]

Der italienische Autoabsatz ist [im] ersten Halbjahr gegenüber der V[er]gleichsperiode des vergangen[en] Jahres um rund 9 Prozent [auf] 900 000 Stück gesunken. Der Ant[eil] der ausländischen Marken verm[in]derte sich dabei von 41,0 auf 3[…] Prozent. Die Zunahme der Inlan[d]marken ging voll auf das Konto [des] Fiat-Konzerns, der seine Marktq[uo]te von etwas mehr als 51 Prozent [auf] beinahe 55 Prozent verbesserte. [Im] einzelnen erhöhte sich der An[teil] der Marke Fiat von 44,2 auf 46,5 u[nd] der der Konzernmarken Lancia u[nd] Autobianchi von 7,1 auf 8,3 Proze[nt.]

Infolge dieser Entwicklung [ge]lang es dem Konzern trotz der all[ge]mein schwachen Nachfrage im [In]land insgesamt 502 800 Autos ab[zu]setzen, beinahe 20 000 mehr als [in] der gleichen Vorjahreszeit. Hält d[ie]ser Trend im Inland an und ka[nn] sich der Konzern auch im Ausla[nd] so gut halten wie bisher, besteh[en] Aussichten darauf, daß die Autom[o]biltochter des Konzerns, Fiat-Au[to,] im laufenden Jahr ihr Absatzz[iel] von 1,3 Millionen Stück erreicht. [Da] die Gewinnschwelle inzwischen a[uf] 1,1 Einheiten herabgesetzt wu[rde,] bedeutet dies, daß Fiat-Auto 19[…] erstmals aus den roten Zahlen h[er]auskommen könnte.

In der ersten Jahreshälfte rü[ck]läufig war die inländische Mar[kt]quote des staatlichen Automobilt[un]ternehmens Alfa Romeo: Von [...] auf 6,2 Prozent. Auch in diesem J[ahr] muß mit wieder hohen Verlust[en] gerechnet werden.

Bei den ausländischen Mark[en] mußten sowohl Renault (von 1[…] auf 10,6 Prozent) als auch die näch[st]größten, Citroën (von 5,2 auf [...] Prozent) und VW (von 5,1 auf [...] Prozent) Einbußen hinnehmen.

SCHERING / Pflanzenschutzgeschäft verdoppelt

In England eingekauft

P. WEERTZ, Berlin

Die Schering AG, Berlin und Bergkamen, hat für 110 Mill. Pfund die britische FBC Ltd., Hauxton/Cambridge, erworben, die überwiegend Pflanzenschutzmittel herstellt. Damit hat die Schering AG ihr Pflanzenschutzgeschäft verdoppelt. Der Übernahmevertrag wurde mit den Gründern der FBC, der britischen Fisons PLC und The Boots Co. PLC, geschlossen. Er muß noch von den Kartellbehörden beider Länder genehmigt werden.

Mit diesem Erwerb setze Schering ihre Unternehmens-Strategie fort, sich auf den Gebieten zu engagieren, in denen das Unternehmen marktstark sei, begründete Finanzvorstand Klaus Pohle den Kauf. Die Altaktionäre erhalten vor der Übertragung noch eine Dividende von insgesamt 10 Mill. Pfund. Da der Erwerb die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten einschließt, erweitert sich auch hier die Basis. An den deutschen Aktienbörsen wurde die Notierung der Schering-Aktie für Montag ausgesetzt.

Gleichzeitig rückt Schering zu den großen Unternehmen im Pflanzenschutzbereich auf. Zur Zeit werden bei Schering in der Pflanzenschutz-Unternehmenssparte 1778 Mitarbeiter beschäftigt und im Jahr 634 Mill. DM umgesetzt, bei der FBC Ltd. sind es weltweit 2400 Mitarbeiter und rund 600 Mill. DM Jahresumsatz.

Die FBC hat Tochter- und Beteiligungsgesellschaften in Europa, Südafrika und den USA. In Zukunft wird Schering im Pflanzenschutz jährlich rund 100 Mill. DM für Forschung und Entwicklung aufwenden. Damit erhält Schering neben Pharma ein zweites großes „Standbein". Es war das unternehmenspolitische Ziel, die Unternehmenssparten Pharma und Pflanzenschutz gleichgewichtig auszubauen.

Finanziert wird die Akquisition aus den Verkäufen der Lechler Chemie und der Isar Rakoll Chemie, von denen sich Schering 1982 getrennt hat, und durch einen Teil der flüssigen Mittel. Außerdem hat Schering schon in der Hauptversammlung eine Optionsanleihe angekündigt, die jetzt voraussichtlich 48 Mill. Pfund betragen wird.

RHEINMETALL / Kräftige Kapitalerhöhung geplant – Bezugsrechtswert und Zeitpunkt noch nicht bekannt

Große Zuversicht für das weitere Wachstum

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Man wird es zwar im Zweifel nicht auf einen Schlag ausnutzen. Aber bis zum gesetzlich erlaubten Maximum geht die Rheinmetall Berlin AG, Düsseldorf/Berlin, mit ihrem Vorschlag zur Hauptversammlung am 24. August in Berlin, dem Aktienkapital von 90 Mill. DM ein genehmigtes Kapital von 45 Mill. DM zur Seite zu stellen. Nach einer Phase der inneren Stärkung und Konsolidierung solle das neue Risikokapital dem Ausbau des Geschäfts in der Gruppe dienen, sagt Vorstandsvorsitzender Hans L. Hockel. Und dieses sehe man gerade auch dank der neuen Eigenkapitalzufuhr „mit großer Zuversicht".

Verschlossen wie eine Auster bleibt der Rheinmetall-Chef gleichwohl zu der Frage, bei welcher „günstigen Börsenlage" und mit welchem Bezugsrechtswert die 3500 Kleinaktionäre zur Kasse gebeten werden sollen. Das mag damit zu tun haben, daß an diesem – mit einem Drittel seines Weltumsatzes von der Wehrtechnik lebenden – Unternehmen nicht nur die Röchling-Familiengruppe mit einem „Traditionsanteil" von 78 Prozent beteiligt ist. Auch die in der Wehrtechnik engagierte Nürnberger Diehl-Gruppe ist seit einigen Jahren als 10-Prozent-Aktionär mit von der Partie. Steht Diehl, bei Maschinenwaffen ein Rheinmetall-Konkurrent, für Bezugsrechte parat, die etwa Röchling nicht ausnutzen will oder kann?

Diesseits solcher Spekulationen zeichnet Hockel für das Rheinmetall-Geschäft in 1983 ein positives Bild: im ersten Halbjahr gut 10 Prozent Umsatzplus (hier noch bei Stagnation im WMF-Gebrauchsgüterbereich); in allen drei großen Rheinmetall-Bereichen (Wehrtechnik, Jagenberg-Maschinenbau, WMF-Gebrauchsgüter) ein Plus von 5 Prozent im Auftragseingang; nochmals Rationalisierungserfolge mt 3 Prozent weiterem Personalabbau – der nun moderat weitergehe, als Resultat aus alledem eine Ertragsverbesserung, die bis Jahresende auch in einen Gewinnanstieg münden werde, wozu auch die nun angekündigte Dividenden-Wiederkehr für die WMF-Stammaktien gehört.

Solchen Ausblick ins Positive hat die Gruppe nach ihrem 1982er Abschluß auch nötig. Mit Ausnahme des vom Vorstand offensichtlich ohne volle Eliminierung von ao. Erträgen errechneten Cash-Flows zeigen die Ertragszahlen klaren Abwärtstrend. Bei der Holding Rheinmetall Berlin AG selbst landete gerade noch ein für die konstante Dividende von 6 DM ausreichender Gewinn.

Diese Ertragsverschlechterung ist freilich zum guten Teil auch „volle Sündenbewältigung" für eine bessere Zukunft. Dies gilt zumal für die Verbuchung von rund 20 Mill. DM Sozialplanaufwand aus dem in 1983 hineinlaufenden Personalabbau (Programmstraffung und Rationalisierung bei WMF und Jagenberg), schlechte Maschinenwaffen-Auslastung in der Düsseldorfer Rheinmetall-Wehrtechnik).

In schon abenteuerlicher Höhe mußte die Holding außerdem für das Debakel bei ihrer „Halbjahrhundert"-Drittelbeteiligung (mit Organvertrag) am Gelsenkirchener Handelshaus Eisen und Metall AG (36 Mill. DM Aktienkapital) Federn lassen. Das übernommene Verlustdrittel schwoll auf 18,4 (4,4) Mill. DM, dazu mit 14,6 Mill. DM Totalabschreibung dieser Aktien. Überreichlich kompensiert wurde diese Last durch Buchgewinne aus dem Verkauf der (florierenden) 50-Prozent-Beteiligung Hottinger Baldwin Meßtechnik GmbH, Darmstadt.

Glanzstück in der Rheinmetall-Wehrtechnik, deren (gesunkener) Umsatz für 1982 mit 825 Mill. DM bei noch 3529 Beschäftigten erstmals exakt genannt wird, blieb auch im Ertrag die steigende „Waffensystem"-Fertigung (120-mm-Glattrohrkanone nebst Munition) für den Panzer Leopard 2. Kauflust nicht nur von NATO-Partnern registriert der Vorstand mit Genugtuung. Desgeichen einen politischen Wandel nach der Bonner Wende für „ideologiefreie" Exporte, wie für die seit Jahren verkümmerte wehrtechnische Forschung.

Doch auch dies mit klarer Selbstbescheidung: In der Wehrtechnik, wo der Exportanteil bislang deutlich unter 20 Prozent liege, passe es überhaupt nicht (und niemand denke in solcher Richtung) in das Unternehmenskonzept, „die Welt hemmungslos mit deutschen Waffen zu versorgen".

Rheinmetall[1]	1982	±%
Umsatz (Mill. DM)	2 373	– 1,7
Auslandsanteil (%)	35,4	(36,4)
Auftragseingang	2 325	– 5,4
Auftragsbestand	1 783	– 4,9
Beschäftigte	15 487	– 9,9
Personalaufwand	779	– 2,5
Sachinvestitionen	104	– 3,6
Abschreibungen	93	+ 9,1
Cash flow	120	+ 15,0
Nettoergebnis[2]	15,5	– 15,6
Jahresüberschuß	10,1	– 29,4
Holding-Gewinn	10,8	– 27,1
dav. Ausschüttung	10,8	–

[1] Weltabschluß. [2] Vorstandsangabe nach DVFA-Formel 8,59 (10,18) DM je Aktie; ohne Zurechnung der Konzernfremden zustehenden Anteile.

W. O. BERGMANN

Verdrängungskampf überlebt

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die schwierigste Zeit seit mehr als drei Jahrzehnten habe allen Unternehmen im metallischen Rohstoffbereich die seit 1980 anhaltende Rezession gebracht. Dies unter dem Doppeldruck von sinkendem Verbrauch und Lagerabbau der Verarbeiter. „Die Marktpreise bewegten sich für fast alle NE-Metalle deutlich unter den Herstellungskosten." So habe der entsprechend harte „Verdrängungswettbewerb" unter den Metallhändlern etliche Firmen aus dem deutschen Markt geräumt oder zumindest ihre Aktivitäten dezimiert.

Etwas Stolz schwingt mit, wenn die W. O. Bergmann GmbH & Co. KG, Düsseldorf, derart die bis Ende 1982 anhaltende Misere auf einem Markt schildert, in dem sie sich als führender deutscher Händler sieht. Zwei Gründe für den Stolz klingen an. Erstens habe man im eigenen Haus 1982 den Umsatz um ein Fünftel auf 1,99 (1,65) Mrd. DM gesteigert und damit trotz „unzulänglicher Margen" ein positivos Betriebsergebnis erzielt. Zweitens zeige nun das erste Halbjahr 1983 einen offensichtlich anhaltenden Marktaufschwung in Mengen und Preisen. Das Überleben zahle sich nun auch mit einer doppelt so hoch wie vor Jahresfrist liegenden Handelsspanne aus.

Ein gegenüber 1982 „merklich verbessertes" Ergebnis prophezeit das Handelshaus denn auch für 1983. In 1982 freilich mußte auch Bergmann durch „Periodenfremdes" und Bestandsabwertungen mit einem Verlust von 1,6 Mill. DM abschließen, der den Verlustvortrag auf 5,5 Mill. DM erhöhte.

Solide blieb die Bilanzstruktur mit einem um 50 Prozent über dem Anlagevermögen liegenden Gesellschafterkapital von 36 Mill. DM. Daran sind mit rund 41 Prozent die französische Penarroya-Gruppe und mit rund 40 Prozent die vom Beiratsvorsitzenden Franz Heinrich Witthoeft geführte Familiengruppe beteiligt, mit dem Rest vor allem die WAZ-Verlagsgruppe.

BANKHAUS J. H. STEIN / Kredite gut gestreut

Grundsolide Refinanzierung

HARALD POSNY, Köln

Das Kölner Privatbankhaus J. H. Stein hat im 1. Halbjahr 1983 zwar einen kleinen Zuwachs im Neukredit erzielt, doch „der große Durchbruch" läßt nach wie vor auf sich warten. Nach den Worten des geschäftsführenden persönlich haftenden Gesellschafters, Gerd Hollenberg, hat sich das laufende Jahr bislang hinsichtlich Umsatz und Ertrag günstig angelassen. Gegenüber der WELT betonte Hollenberg, daß es auch 1982 gelungen sei, die Ertragsqualität zu verbessern.

Mit dem unter Privatbankiers üblichen Understatement umschreibt er das Ergebnis des in diesem Punkt nicht publizitätspflichtigen Instituts als „recht ordentlich". Der Zinsüberschuß hat die Personal- und Sachkosten sowie die Aufwendungen für betriebsnotwendige Abschreibungen des Betriebsvermögens und für Gewerbesteuern weit überdeckt. Die zinsabhängigen Erträge seien 1982 weitaus stärker gewachsen als das Ergebnis aus dem Provisionsgeschäft. Das Gesamtergebnis gab denn auch die Möglichkeit zu großzügiger, nicht belastender Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Ausfälle habe es hier nicht gegeben.

Die Forderungen an Kunden wurden 1982 nur um 2 auf 147 Mill. DM ausgeweitet, was Hollenberg jedoch im wesentlichen als stichtagsbedingt erläutert. Bankenforderungen gingen auf 96 (98) Mill. DM zurück. Im Passivgeschäft wurden die Bankengelder (124 nach 133 Mill. DM) zugunsten verstärkter Kundengelder (169 nach 149 Mill. DM) zurückgeführt. Diese grundsolide Refinanzierung verbesserte die ohnehin gute Bilanzstruktur: Die Eigenmittel machen 4,7 (4,9) Prozent der auf 318 (305) Mill. DM gestiegenen Bilanzsumme, die Gesamtliquidität 26,9 Prozent der Verbindlichkeiten aus.

Die Streuung der Kredite nach Branchen und Umfang an die kleine und mittlere Kundschaft hat gute Fortschritte gemacht. Neben dem Kreditgeschäft legt J. H. Stein besonderes Augenmerk auf die Vermögensverwaltung und das Effektengeschäft.

Wolle Weil noch tiefer im Minus

nl. Stuttgart

Die Hersteller von Wolldecken tun sich derzeit schwer. Der zurückliegende milde Winter und die generell noch andauernde Kaufzurückhaltung haben der Branche den Start in das Jahr 1983 einigermaßen verdorben. Gleichwohl erhofft die Wolldeckenfabrik Weil der Stadt AG, Weil der Stadt/Württ., den Umsatz halten zu können und ein ausgeglichenes Ergebnis zu erreichen. Im Geschäftsjahr 1982 war der Umsatz dieses Produzenten hochwertiger Decken um 10,3 Prozent auf 32,9 Mill. DM zurückgegangen. Dies hatte zur Folge, daß auch das Ergebnis ins Minus abrutschte. Es entstand ein Jahresfehlbetrag von 0,86 (0,08) Mill. DM, der auf neue Rechnung vorgetragen wurde. Am Aktienkapital von 2,8 Mill. DM hält die Calwer Decken- und Tuchfabriken AG eine Schachtelbeteiligung.

Negativ beeinflußt worden sei das Ergebnis dadurch, daß der Nachfragetrend sich mehr zu mittleren Qualitäten verlagert habe. Vorräteabbau und die Verringerung der Schulden bewirkten eine Bilanzsummenkürzung, wodurch sich die Eigenkapitalquote auf 17,4 (14,9) Prozent verbesserte. Investiert wurden 0,6 Mill. DM und abgeschrieben 0,8 Mill. DM. Das Unternehmen zählt knapp 250 Mitarbeiter.

NAMEN

Dr. Hans-Hermann Terberger, Bielefeld, bis 30. April 1983 Sprecher des Vorstandes der Karag AG, Bielefeld, wurde in den Aufsichtsrat der Gesellschaft gewählt und mit dem Vorsitz betraut. Er ist Nachfolger von Rechtsanwalt und Notar **Hans Vogt**, der aus persönlichen Gründen dieses Amt niederlegte.

Heinz Jürgen Johanning (36), bisher Prokurist und Controller der Vedes-Gruppe, Nürnberg, übernimmt die Geschäftsführung der Franz-Carl-Weber-Gruppe Deutschland und Österreich. **Günter Hahn**, Geschäftsführer der Franz-Weber-Gruppe Deutschland, verließ das Unternehmen im gegenseitigen Einverständnis zum 15. Juli 1983.

Götz Knappertsbusch, Commerzbank AG, **Heinz Rätz**, Baseler Hansa AG, **Wolfgang Schieren**, Allianz-Versicherungs-AG und **Hermann-Josef Strenger**, Bayer AG, sind in den Aufsichtsrat der Karstadt Essen, gewählt worden. **Rudolf August Oetker** und Prof. **Herbert Grünewald** sind aus dem Gremium ausgeschieden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Frankfurt/M.: Stiemer u. Schulte Transporte GmbH; **Göttingen:** ASS-Fotosatz GmbH; Nachl. d. Margit Feustel geb. Bloche, Kauffrau; **Hannover:** Wilfried Weber, Kraftfahrzeugmechaniker; **Karlsruhe:** WIB Wohn- u. Industriebau GmbH, Karlsbad; **Lübeck:** Alice Jäger, Kauffrau; **Schlüchtern:** Hans Jürgen Kley, Bad Soden-Salmünster.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Göttingen: STS Spezialdruckerei f. Schnelltrennsätze GmbH & Co. KG.

PFEIFER & LANGEN / Nicht mehr nur Zucker

Letztmals hohe Investitionen

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Früh habe man begonnen, für die „natürlichen Wachstumsgrenzen" des reinen Rübenzuckergeschäfts einen Ausgleich in der Diversifikation zu suchen. Das Komplementär-Quartett an der Spitze der Kölner Pfeifer & Langen KG belegt es für 1982 mit „zuckernahen" Beteiligungserträgen von 7,6 (6,6) Mill. DM, die erstmals mehr als die Hälfte des auf 14,6 (17,8) Mill. DM gesunkenen Jahresüberschusses ausmachen.

Das 113 Jahre alte Familienunternehmen, Nummer zwei in dem von Südzucker/Mannheim geführten Dreigestirn der größten deutschen Zuckerproduzenten und hier als einziger ohne Kapitalbeteiligung der Rübenbauern, kam dabei auf die im Vergleich zum Durchschnitt deutscher Industrie-Aktiengesellschaften immer noch überdurchschnittliche Eigenkapitalrendite von 7 (8,9) Prozent. Über diesem Durchschnitt blieb nach abermals 7,8 Mill. DM Gewinnausschüttung auch das Eigenkapitalpolster von 209 (201) Mill. DM in Relation zu 191 (182) Mill. DM Anlagevermögen, in dem das Beteiligungskonto nach je 3 Mill. DM Zugängen und Abschreibungen weiterhin mit knapp 35 Mill. DM zu Buch steht.

Im Hauptgeschäft produzierte das Unternehmen 1982 noch 350 000 (373 000) t Zucker und erlitt eine leichte Minderung seines Inlandsmarktanteils von knapp 18 Prozent. Einschließlich Nebenprodukten wurden 836 (773) Mill. DM Umsatz erzielt. Der Aufwand für die jahresdurchschnittlich 1421 (1375) Beschäftigten – darunter 126 (105) Kampagnekräfte – sank auf 82,8 (84,5) Mill. DM, weil die Pensionsrückstellungen nur noch um 0,2 (6,7) auf 46,1 Mill. DM aufgestockt wurden. Letztmals und wiederum mit Schwerpunkt bei der Energieeinsparung blieben die 42,5 (40,2) Mill. DM Sachinvestitionen erheblich über den 32,8 (27,2) Mill. DM Abschreibungen; sie sollen 1983 auf 25 bis 26 Mill. DM zurückgehen.

Glanzstücke im Beteiligungskreis waren 1982 mit 165 (161) Mill. DM Umsatz das in Paritätspartnerschaft mit dem Münchener Pfanni-Werk betriebene (Convent-)Knabbergebäck-Geschäft und mit 65 (48) Mill. DM Umsatz die Instant-Granulate produzierende Beteiligung Krüger in Bergisch Gladbach. Die Ende 1980 erworbene Frankfurter Meßmer-Teefirma dagegen blieb mit 45 (41) Mill. DM Umsatz noch renditeschwach. Die Anfang 1982 erworbene Kölner Opekta-Gesellschaft (10 Mill. DM Umsatz) legte ihren Kölner Betrieb still und produziert nun im P & L-Werk Dormagen. Für 1983 erwartet die Geschäftsleitung für die deutsche Zuckerindustrie in der Zange zwischen „außerordentlich bescheidenen" Preiserhöhungen und „mit Sicherheit" erheblich sinkender Produktion eine Verschlechterung der Lage.

Poggenpohl setzt auf den Export

hdt, Herford

Mit einem Umsatzrückgang von nur 3,6 Prozent auf 212 (220) Mill. DM konnte Küchenmöbelhersteller Fr. Poggenpohl KG, Herford, 1982 ein wesentlich günstigeres Ergebnis erzielen als die Branche, deren Umsatzminus bei 6 Prozent lag. Die bisherige Entwicklung in 1983 spricht zudem dafür, daß das Vorjahrsminus mehr als ausgeglichen wird. Das Umsatzplus in den ersten fünf Monaten betrug bereits 6 Prozent, dies entspricht den Planzahlen. Wesentliche Impulse gingen dabei vom Export aus, dessen Anteil im Jahresverlauf 38 (36) Prozent betragen soll. Allein 7 Mill. DM Umsatz werden aus dem USA-Geschäft erwartet.

Eine positive Entwicklung verzeichnet die Tochtergesellschaft Goldreif Küchen, Herford. Nach einem Umsatzanstieg von 10 Prozent auf 38 Mill. DM in 1982 konnte diese Steigerungsrate auch im laufenden Jahr eingehalten werden. Die Poggenpohl KG beschäftigt derzeit 820 Mitarbeiter. Für 1983 sind Investitionen von 2,8 (2,5) Mill. DM vorgesehen, durchweg zur Rationalisierung.

TRIUMPH INTERNATIONAL / Erfolge der Umstrukturierung schon 1984?

Kapazitäten werden rigoros abgebaut

DANKWARD SEITZ, München

Ganz im Zeichen innerbetrieblicher Reorganisation und rigorosem Abbau unausgelasteter Kapazitäten wird – wie schon im zweiten Halbjahr 1982 – auch das Geschäftsjahr 1983 der Triumph International Holding GmbH, München, stehen. Geschäftsführer Wolfgang Spiesshofer hofft dann, diesen deutschen Zweig der schweizerischen Triumph International Spiesshofer & Braun, Zurzach, soweit auf Vordermann gebracht zu haben, daß man in das Jahr 1984 mit einer „betriebswirtschaftlich vernünftigen Fertigungsstruktur" gehen und dann auch die Früchte dieser Umstrukturierung ernten kann.

Nachdem bereits in den vergangenen Wochen zwei Werke stillgelegt wurden – schon 1982 waren ebenfalls zwei Werke geschlossen worden –, sollen bis Ende 1983 nochmals zwei Produktionsstätten aufgegeben werden. Danach wird Triumph Deutschland nur noch die zwei Schwerpunkte Heubach (Mieder) und Regensburg (Wäsche, Freizeit, Sport, Frottier) sowie ein Zentrallager in Aalen haben. Die Verwaltung bleibt in München. Von dieser Reorganisation werden in diesem Jahr rund 500 Mitarbeiter betroffen sein. Bis Ende 1983 soll eine Beschäftigtenzahl von rund 2900 erreicht werden, nachdem es Ende 1982 noch 3400 (3770) waren.

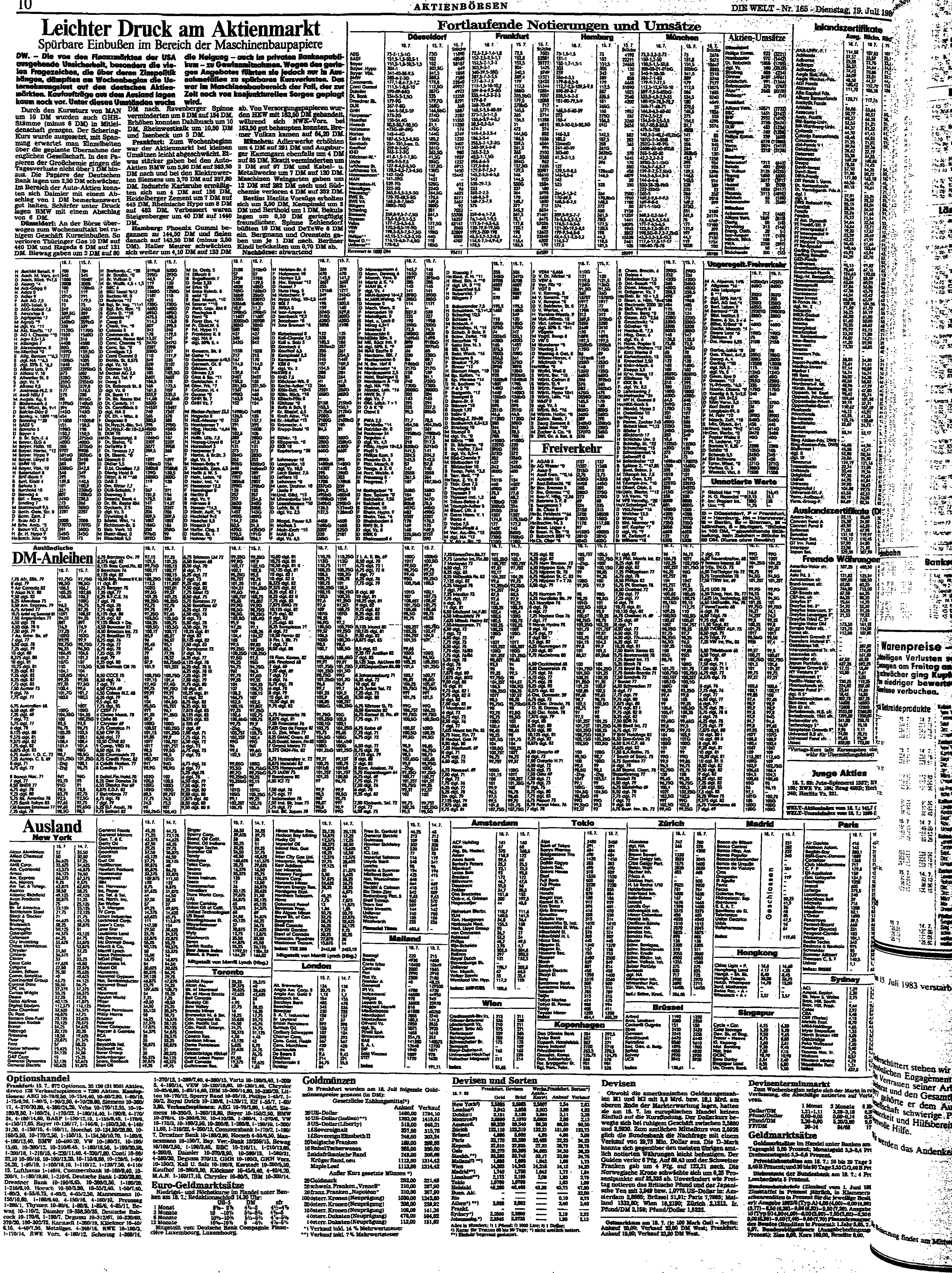
Den drastischsten Einschnitt wird es nach Angaben von Spiesshofer im Frottier-Bereich durch Aufgabe von Konfektion (Bademäntel) geben. Mit einem Umsatzanteil von bisher 16 (künftig 8) Mill. DM, brachte dieser Sektor den Großteil der Verluste in Deutschland. Nach Beendigung aller Strukturmaßnahmen hofft man, Größenverhältnisse erreicht zu haben, „die uns auch für die Zukunft eine vernünftige Basis geben".

Erste, kleine Erfolge will Spiesshofer bereits Ende 1983 vorlegen können. Auch wenn sich der positive Trend des ersten Halbjahres mit höheren Umsätzen sowohl bei Miedern als auch bei Wäsche und Freizeit nicht fortsetzen dürfte, könnte der Vorjahresumsatz überschritten und ein „zufriedenstellendes positives Ergebnis" erwartet werden. Die Beschäftigung sei zur Zeit „normal", für einen überschaubaren Zeitraum drohe keine Kurzarbeit.

Im vergangenen Geschäftsjahr ist Triumph Deutschland trotz eines leichten Umsatzzuwachses von 0,6 Prozent auf 327,9 Mill. DM in rote Zahlen gerutscht. Unter dem Strich verbleibt ein Fehlbetrag von 3,34 Mill. DM nach einem Überschuß von 1,13 Mill. DM im Vorjahr. Einen deutlichen Umsatzzuwachs konnte der Produktbereich Wäsche, Freizeit mit 9,4 Prozent auf 88,5 Mill. DM erreichen. Einbußen von 2,9 Prozent auf 237,0 Mill. DM gab es im Bereich Mieder, weil sich die Exportumsätze, wie Spiesshofer betonte, des Jahres 1981 nicht wiederholen ließen. Sie fielen auf 15,5 (26,1) Mill. DM zurück, während das Inlandsgeschäft auf 221,5 (216,4) Mill. DM zulegen konnte.

Mit Beginn des Jahres 1983 trat auch bei der Triumph International Spiesshofer & Braun eine Umstrukturierung in Kraft. Ihr wurde die Triumph International (Hongkong) Ltd. unterstellt, die bisher von der deutschen Triumph International Holding GmbH geführt wurde. Neben der Triumph Universa AG, Bern/Schweiz, unterstehen damit alle drei Holdings direkt der Obergesellschaft.

Weltweit kam die Triumph International Spiesshofer & Braun 1982 auf einen konsolidierten Nettoumsatz von 938,9 (861,2) Mill. sfr. Den Jahresüberschuß gab Spiesshofer mit 19,6 (12,5) Mill. sfr an, wovon der größte Teil aus dem Europa-Geschäft trotz des Verlustes der deutschen Gesellschaft kommen soll.



Leichter Druck am Aktienmarkt

Spürbare Einbußen im Bereich der Maschinenbaupapiere

DW. – Die von den Finanzmärkten der USA ausgehende Unsicherheit, besonders die vielen Fragezeichen, die über deren Zinspolitik hängen, dämpften am Wochenbeginn die Unternehmungslust auf den deutschen Aktienmärkten. Kaufaufträge aus dem Ausland lagen kaum noch vor. Unter diesen Umständen wuchs die Neigung – auch im privaten Bankenpublikum – zu Gewinnmitnahmen. Wegen des geringen Angebotes führten sie jedoch nur in Ausnahmefällen zu spürbaren Kursverlusten. Das war im Maschinenbaubereich der Fall, der zur Zeit noch von konjunkturellen Sorgen geplagt wird.

Durch den Kurssturz von MAN um 10 DM wurden auch GHH-Stämme (minus 6 DM) in Mitleidenschaft gezogen. Der Schering-Kurs wurde ausgesetzt, mit Spannung erwartet man Einzelheiten über die geplante Übernahme der englischen Gesellschaft. In den Papieren der Großchemie gingen die Tagesverluste nicht über 1 DM hinaus. Die Papiere der Deutschen Bank lagen um 2,50 DM schwächer. Im Bereich der Auto-Aktien konnten sich Daimler mit einem Abschlag von 1 DM bemerkenswert gut halten. Schärfer unter Druck lagen BMW mit einem Abschlag von 6 DM.

Düsseldorf: An der Börse überwogen zum Wochenauftakt bei ruhigem Geschäft Kurseinbußen. So verloren Thüringer Gas 10 DM auf 440 DM und Hageda 6 DM auf 121 DM. Biewag gaben um 2 DM auf 80 DM nach. Ravenberger Spinne verminderten um 8 DM auf 154 DM. Erhöhen konnten Dahlbusch um 10 DM, Rheinwestkalk um 10,50 DM und Isenbeck um 5 DM.

Frankfurt: Zum Wochenbeginn war der Aktienmarkt bei kleinen Umsätzen leicht abgeschwächt. Etwas stärker gaben bei den Auto-Aktien BMW um 5,90 DM auf 383,50 DM nach und bei den Elektrowerten Siemens um 3,70 DM auf 357,80 DM. Industrie Karlsruhe ermäßigten sich um 4 DM auf 156 DM, Heidelberger Zement um 7 DM auf 445 DM, Rheinische Hypo um 8 DM auf 482 DM. Verbessert waren Steigenberger um 40 DM auf 1440 DM.

Hamburg: Phoenix Gummi begannen zu 144,50 DM und fielen danach auf 143,50 DM (minus 2,50 DM). Haller Meurer schwächten sich weiter um 4,10 DM auf 153 DM ab. Von Versorgungspapieren wurden den HEW mit 163,50 DM gehandelt, während sich NWK-Vorz. bei 163,50 gut behaupten konnten. Bremer Vulkan kamen auf 64,20 DM.

München: Adlerwerke erhöhten um 4 DM auf 291 DM und Augsburger Kammgarn ebenfalls um 4 DM auf 85 DM. Ekatit verminderten um 2 DM auf 97 DM und Kabel- u. Metallwerke um 7 DM auf 120 DM. Maschinen Weingarten gaben um 12 DM auf 282 DM nach und Südchemie verloren 4 DM auf 352 DM.

Berlin: Herlitz Vorzüge erholten sich um 2,50 DM, Kempinski um 2 DM und Berthold um 1 DM. Bekula lagen um 0,10 DM geringfügig freundlicher. Spinne Zehlendorf büßten 10 DM und DeTeWe 6 DM ein. Bergmann und Orenstein gaben um je 1 DM nach. Berliner Kindl bröckelten um 0,70 DM ab.

Nachbörse: abwartend

Optionshandel

Frankfurt: 15. 7.: 672 Optionen, 35 150 (31 850) Aktien, davon 128 Verkaufsoptionen = 7200 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-70/8,50, 10-75/4,40, 10-80/2,90, 1-60/19, 1-75/6,70, 1-80/5, 1-90/3,50, 4-70/20,60, Siemens 10-360/17, 4-370/30,80, 4-380/24,20, Veba 10-170/12,55, 10-180/8,50, 1-160/24, 1-170/22, 1-180/14,40, 1-190/8, 4-170/24, 4-180/14,60, BASF 1-150/12,15, 1-155/8,45, 1-170/6, 4-150/17,65, Bayer 10-136/17, 1-146/9, 1-160/3,50, 4-140/21,20, 4-150/15, 4-160/11, Hoechst 10-134,50/20,80, 10-160/5,50, 10-170/2,50, 1-150/15, 1-154,50/10,70, 1-160/8, 4-160/13,40, BMW 10-400/20, VW 10-180/21, 10-190/15,60, 10-200/12, 10-210/6,45, 1-180/18,50, 1-190/20,50, 1-200/18, 1-210/15, 4-220/11,40, 4-230/7,80, Conti 10-90/22,10 10-95/16, 10-100/13,20, 10-110/8,60, 10-120/5, 1-90/24,20, 1-95/19, 1-100/18,10, 1-110/12, 1-120/7,50, 4-110/15, Lufthansa 1-140/4, Commerzbank 10-180/9,40, 10-200/4, 1-180/19,60, 1-210/6, Deutsche Bank 1-330/28,80, Dresdner Bank 10-190/6,65, 10-200/3,50, 1-180/20, 1-210/8,10, Hoesch 10-50/3,90, 10-55/2,40, 1-50/7,40, 1-60/3, 4-55/6,75, 4-60/5, 4-65/2,50, Mannesmann 10-150/10,60, 1-160/6,40, 4-150/16, 4-160/10, Preussag 1-280/1, Thyssen 10-80/4, 1-80/8, 1-85/6, 4-85/11, Bewag 10-110/2, Daimler 10-558,50/35, Deutsche Babcock 10-170/6, 1-190/7, Degussa 10-312/67, 10-320/60, 370/20, 100-302/75, Karstadt 1-260/19, Klöckner 10-40/6,10, 4-40/7,50, Metallges. 4-240/16, RWE 10-180/3, 1-170/14, RWE Vorz. 4-180/12, Schering 1-360/14, 1-370/12, 1-380/7,40, 4-380/15, Varta 10-190/5,40, 1-200/5, 4-190/14, VEW 10-120/10,60, 10-130/1,40, Chrysler 10-85/6,80, 1-85/14,60, IBM 10-300/14,80, 10-320/20, Litton 10-170/12, Sperry Rand 10-95/19, Philips 1-45/7, 1-50/2, Royal Dutch 10-120/8, 1-120/12, Elf 1-55/7, 1-60/3,80. **Verkaufsoptionen:** AEG 10-70/2,60, 1-65/2, Siemens 10-350/5, 1-360/18,80, Bayer 10-150/3,50, BMW 10-370/4, 10-380/6,70, 10-410/28, 1-360/4, 1-370/6, VW 10-170/3, 10-180/3,50, 10-200/8, 1-200/8, 1-190/10, 1-200/11,60, 1-210/22, 4-200/12, Commerzbank 1-170/2, 1-180/7, Dresdner Bank 10-180/3,90, Hoesch 4-55/6,50, Mannesmann 10-150/7, Bay. Ver.-Bank 10/350/15, Bewag 10/100/2,50, 1-100/3,40, BBC 10-210/11, 1-210/13,60, 4-200/9, Daimler 10-570/8,90, 10-580/15, 1-580/21, 4-580/30, Degussa 370/12, GHH 10-160/3, GHH Vorz. 10-150/3, Kali U. Salz 10-190/8, Karstadt 10-260/5,50, Kaufhof 10-260/5,50, Klöckner 10-45/5,40, 4-40/4,30, M.A.N. 1-160/17,10, Chrysler 10-60/5, IBM 10-300/14.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 18. 7.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅝– 9⅞	4¾–5	4½–4⅝
3 Monate	10 –10¼	5⅛–5¼	4⅞–5
6 Monate	10½–10¾	5½–5⅝	4⅞–5⅛
12 Monate	10⅝–10⅞	6 –6¼	4⅞–5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 18. Juli folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1480,00	1784,10
10 US-Dollar (Indian)**)	1203,00	1415,61
5 US-Dollar (Liberty)	518,00	645,21
1 £ Sovereign alt	257,00	315,78
1 £ Sovereign Elizabeth II	246,00	303,24
20 belgische Franken	189,00	289,88
10 Rubel Tscherwonez	265,00	330,60
2 südafrikanische Rand	249,00	306,66
Krüger Rand, neu	1113,00	1314,42
Maple Leaf	1113,00	1314,42
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	252,00	321,48
20 schweiz. Franken „Vreneli"	210,00	267,90
20 franz. Franken „Napoléon"	210,00	267,90
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1030,00	1242,60
20 österr. Kronen (Neuprägung)	208,00	259,92
10 österr. Kronen (Neuprägung)	109,00	141,36
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	478,00	594,82
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	113,00	191,82

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

18. 7. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York²)	2,5885	2,5965	2,5607	2,54	2,63
London¹)	3,942	3,956	3,903	3,88	4,03
Dublin¹)	3,151	3,165	3,094	3,11	3,25
Montreal²)	2,0990	2,1070	2,0805	2,06	2,15
Amsterd.	89,320	89,540	89,30	88,50	90,50
Zürich	122,110	122,310	122,21	121,00	123,75
Brüssel	4,986	5,006	4,95	4,86	5,08
Paris	33,170	33,330	32,465	32,25	34,25
Kopenh.	27,815	27,935	27,53	26,75	28,75
Oslo	35,275	35,395	34,685	34,50	36,25
Stockh.**)	33,585	33,745	33,17	33,00	34,75
Mailand³) **)	1,685	1,695	1,642	1,66	1,75
Wien	14,203	14,243	14,318	14,12	14,35
Madrid**)	1,740	1,750	1,642	1,72	1,84
Lissabon**)	2,175	2,195	2,09	1,85	2,75
Tokio	1,0760	1,0790	—	1,03	1,09
Helsinki	46,260	46,460	45,39	45,75	47,80
Buen. Air.	-	—	—	—	32,00
Rio	-	—	—	0,10	0,75
Athen*) **)	3,028	3,082	—	2,40	3,40
Frankf.	-	—	—	—	—
Sydney*)	2,2500	2,2690	—	2,19	2,32
Johannesbg.*)	2,3545	2,3735	—	1,90	2,15

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ³) 1000 Lire; ²) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Obwohl die amerikanischen Geldmengenzahlen M1 und M2 mit 5,8 Mrd. bzw. 18,1 Mrd. am oberen Ende der Markterwartung lagen, hatten sie am 18. 7. im europäischen Handel keinen Einfluß auf die Kursfindung. Der Dollarkurs bewegte sich bei ruhigem Geschäft zwischen 2,5880 und 2,5930. Zum amtlichen Mittelkurs von 2,5925 glich die Bundesbank die Nachfrage mit einem Verkauf von 29,75 Mio. Dollar aus. Die D-Mark konnte sich gegenüber den meisten übrigen amtlich notierten Währungen leicht befestigen. Der Gulden verlor 8 Pfg. auf 89,43 und der Schweizer Franken gab um 4 Pfg. auf 122,21 nach. Die Norwegische Krone schwächte sich um 0,25 Prozentpunkte auf 35,335 ab. Unverändert wie Freitag notieren das Britische Pfund und der Japanische Yen mit 3,949 bzw. 1,0775. US-Dollar in: Amsterdam 2,8885; Brüssel 51,91; Paris 7,7985; Mailand 1533,80; Wien 18,2190; Zürich 2,1213. Ir. Pfund/DM 3,158; Pfund/Dollar 1,5232.

Ostmarkkurs am 18. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,80 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 23,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Zum Wochenbeginn zeigte sich der Markt in ru[illegible] Verfassung, die Abschläge notierten auf Vorta[illegible]veau.

	1 Monat	3 Monate	6 Mo[illegible]
Dollar/DM	1,21-1,11	3,28-3,18	6,3[illegible]
Pfund/Dollar	0,02-0,05	0,09-0,14	0,2[illegible]
Pfund/DM	2,30-0,90	5,20/3,80	9,6[illegible]
FF/DM	30-14	84/68	17[illegible]

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am [illegible] Tagesgeld 5,00 Prozent; Monatsgeld 5,3-5,4 Pr[illegible] Dreimonatsgeld 5,5-5,6 Prozent.

Privatdiskontsätze am 18. 7.: 10 bis 29 Tage 3[illegible] 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Pr[illegible]

Diskontsatz der Bundesbank am 18. 7.: 4 Pr[illegible] Lombardsatz 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juni 198[illegible] Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern [illegible]schenrenditen in Prozent für die jeweilige Besit[illegible]er): Ausgabe 1983/9 (Typ A) 4,00 (4,00)–6,00 (4,98) (5,77)–8,50 (6,38)–9,00 (6,83)–9,50 (7,20). Ausgabe 10 (Typ B) 4,00 (4,00)–6,00 (5,00)–7,50 (5,82)–8,50 ([illegible] 9,00 (6,90)–9,50 (7,40)–9,50 (7,70) Finanzierungssc[illegible] des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,65, 2. [illegible] 6,97. Bundesobligationen (Ausgabebedingunge[illegible] Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

		18. 7.	15. 7.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdbahn 58	10/83	100,05G	100,05G
10 dgl. 73 II	11/83	101,15G	101,15
7½ dgl. 72	2/84	100,65	100,65
8 dgl. 72	9/84	101,65G	101,65
8½ dgl. 76	9/84	101,8	101,8
6 dgl. 78 III	11/84	99,2	99,2
5¾ dgl. 79	2/85	99,15	99,1
8½ dgl. 73	2/85	102,1	102,1G
7 dgl. 77	2/87	97,75G	97,75

Bankschuldverschreib.

	18. 7.	15. 7.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82G	82G
6½ dgl. Pf 5	87	87
7 dgl. Pf 2	99,1	99,1
F 7½ Bakola Pf 104	99,8G	99,9G
9 dgl. Pf 106	102,9G	102,9G
10 dgl. Pf 108	107,85G	107,85G
7 dgl. KS 132	94G	94G
8 dgl. KS 155	98,25G	98,25G
8 dgl. KS 169	102,3G	102,3G

Renten nachgebend

Am Rentenmarkt blieb das Geschäft während der gesamten Börsenzeit schleppend. Die Ungewißheit über die künftige Zinsentwicklung in den USA ließ keine größeren Kaufaktivitäten aufkommen. Immerhin gab es im öffentlichen Bereich einige Kursheraufsetzungen, aber auch Abschläge, die über 0,30 Prozentpunkte hinausgingen. Pfandbriefe bewegten sich kaum. Nur dort, wo Material zur Verfügung gestellt wurde, gab es kleinere Abschläge. Bei den Brasilien-Anleihen trat eine Beruhigung ein, weil die BIZ-Kredite stillschweigend verlängert worden sind, so daß Zeit für weitere Sanierungsverhandlungen bleibt.

	18. 7.	15. 7.
M 5½ Bayer.Hyba Pf 14	88,5G	89,5G
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6½ dgl. Pf 2	93,25G	93,25G
7 dgl. Pf 3	93,25G	93,25G
7 dgl. Pf 27	100,5GG	99,75bG
6½ dgl. KS 14	94,75G	94,75G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	119G	119G
5½ dgl. Pf 11	128,5G	128,5G
6 dgl. Pf 34	76G	76G
6 dgl. KO Pf 50	99,75G	99,75G
6½ dgl. Pf 10	[illegible]	[illegible]

	18. 7.	15. 7.
Br 6½ dgl. Pf 77	92,55G	92,65G
6 dgl. Pf 42	99,65G	99,65G
8½ dgl. Pf 47	101,75G	101,75G
F 5 Ffr. Hypobk. Pf 66	69,5G	69,5G
5½ dgl. Pf 53	76G	76G
6 dgl. Pf 79	78,5G	78,5G
6 dgl. Pf 130	90,35G	90,35G
6½ dgl. Pf 133	86G	86G
10 dgl. Pf 168	100,5G	100,5
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	115G	115G
6 dgl. 14	87,75G	87,75G

	18. 7.	15. 7.
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97G	98,25G
7½ dgl. Pf 45	100,2G	100,75G
M 6 Südboden Pf 41	88GTG	88GTG
5½ dgl. Pf 57	76G	76G
6½ dgl. Pf 143	93G	93,bG
7 dgl. Pf 87	93,5G	93,5bG
7½ dgl. Pf 104	96,5G	95,5bG
7 dgl. KS 49	92,5G	92,5G
7½ dgl. KS 81	98,5G	98,5G
8 dgl. KS 133	99G	99G
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,25G
9 dgl. KS 185	100,25G	100,25G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Optionsanleihen

Optionsscheine

Wandelanleihen

Wandelanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Anmerkungen.
– Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf,
F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover,
M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Mit bruchteiligen Verlusten schlossen die Gold- und Silbernotierungen am Freitag an der New Yorker Comex. Durchweg schwächer ging Kupfer aus dem Markt. Während Kaffee niedriger bewertet wurde, konnte Kakao größere Gewinne verbuchen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	15. 7.	14. 7.
Juli	344,50	339,75
Sept.	354,00	349,75
Dez.	369,50	365,75

Weizen Winnipeg (can. $/t)	15. 7.	14. 7.
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	236,31	236,16

Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. Juli	2014	1950
Sept.	2051	1994
Dez.	2124	2062
Umsatz	–	4570

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	9,91	10,56
Sept.	10,15	10,70

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	15. 7.	14. 7.
Terminkontr. Juli	126,55	127,00
Sept.	126,79	127,05
Dez.	125,15	125,60

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	15. 7.	14. 7.
schw. Sarawak spez.	250,00	252,50
weißer Sarawak	365,00	365,00
weißer Muntok	370,00	370,00

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Kautschuk London (p/kg)	15. 7.	14. 7.
Nr. 1 RSS loco	81,00–83,00	79,75–81,75
Aug.	80,60–80,70	79,50–80,00
Sept.	80,00–81,00	78,50–80,20
Okt./Dez.	81,20–81,30	80,10–80,20
Tendenz: ruhig		

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

* Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	18. 7.	15. 7.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	363–378	364–379
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	406–411	406–413
MS 63	417–418	415–419

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Platin (£-Feinunze) London	15. 7.	14. 7.
fr. Markt	281,55	283,35

Palladium (£-Feinunze) London		
1. Händlerpr.	94,30	95,40

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Am 15. Juli 1983 verstarb nach langer Krankheit im Alter von 58 Jahren Herr

Martin Jander

Mitglied des Aufsichtsrates und stellvertretender Vorsitzender des Konzern- und Gesamtbetriebsrates unserer Gesellschaft

Tieferschüttert stehen wir an der Bahre eines Mannes, der 40 Jahre lang seine Arbeitskraft unter großem persönlichen Engagement dem Konzern und den in ihm tätigen Menschen zur Verfügung gestellt hat. Das Vertrauen seiner Arbeitskollegen führte ihn 1953 in den Betriebsrat und 1972 in den Konzernbetriebsrat und den Gesamtbetriebsrat, deren stellvertretender Vorsitzender er seit 1978 gewesen ist. Seit 1977 gehörte er dem Aufsichtsrat der Preussag AG an. In der Zeit seiner Mitarbeit hatte unsere Gesellschaft schwierige Phasen ihrer Entwicklung zu durchstehen. Sein wohlabgewogener Rat, seine Lauterkeit und Hilfsbereitschaft und das Bemühen um die menschlichen Probleme waren uns stets eine wertvolle Hilfe.

Wir werden das Andenken an den Verstorbenen dankbar in Ehren halten.

Aufsichtsrat Vorstand Belegschaft
Preussag
Aktiengesellschaft

Die Beisetzung findet am Mittwoch, dem 20. Juli 1983, 14.00 Uhr, in Edemissen statt.

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Klage-Löbke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: I. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheilke (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

RADSPORT / Tour-Spitzenreiter Pascal Simon mußte gestern aufgeben – Spurtentscheidungen brutaler

Zum dritten Mal gab es bei der Tour de France 1983 einen schweren Sturz im Spurt. Der Holländer Henk Lubberding drängte den Franzosen Michel Laurent in St. Etienne so nahe an den Begrenzungszaun, daß er auf einen Betonpfosten auffuhr, stürzte und die linke Hand brach (Foto). Henk Lubberding gab zu: „Ich habe Laurent behindert, das war nicht fair." Zuvor hatte es auch Laurents Landsmann Simon Pascal bei einem Zwischenspurt mit dem Amerikaner Jonathan Boyer erwischt. Nach einer Woche im gelben Trikot des Spitzenreiters hat Simon gestern auf der 17. Etappe wegen seines bei einem Sturz angebrochenen linken Schulterblattes vorzeitig aufgegeben. Aus dem Rennen geschieden ist auch Michel Laurent. Beide verloren gestern in der mit acht Bergwertungen schwersten Tour-Etappe schon auf den ersten Steigungen den Anschluß und stiegen entmutigt in den Begleitwagen.



Lubberding drückte Laurent an Betonklotz – der Kampf um Sponsoren findet auf der Straße statt

F. VERMEEREN, L'Alpe d'Huez

Der französische Meister Marc Gomez (29) liegt in einem Pariser Krankenhaus. Beim Etappenspurt in Roubaix stürzte er und brach den rechten Oberschenkel. Am Sonntag erwischte es in St. Etienne seinen Landsmann Michel Laurent (30). Im Spurt gegen den Holländer Henk Lubberdings (29) um den Etappensieg fuhr Laurent auf einen Betonblock an der Umzäunung auf, stürzte und brach eine Hand. Mit einer Gipsmanschette wollte Laurent dennoch die Tour fortsetzen, doch auf der gestrigen Etappe gab er entmutigt auf. Bei einem Zwischenspurt kollidierte der Amerikaner Jonathan Boyer (27) mit Tour-Spitzenreiter Pascal Simon (26). Der Franzose gab gestern auf der 17. Etappe mit einem angebrochenen linken Schulterblatt ebenfalls die Tour auf.

Szenen der Tour de France 1983, Szenen, die darauf hindeuten, daß in diesem Jahr noch brutaler im Endspurt gefahren wird als zuvor. Doch oft ist es auch Unvorsichtigkeit, die zu solchen Stürzen führt. Im Falle Gomez trug sich folgendes auf der Radrennbahn von Roubaix zu: Der Belgier Eric Vanderaerden (20) zog in der Kurve sein Rad nach oben, Gomez wich nicht aus und kollidierte mit ihm. Im Krankenhaus sagte Gomez: „Ich habe ebenso Schuld wie Vanderaerden." Die großen Kollegen, allen voran der spurtschnelle Ire Sean Kelly, wollen es aber anders sehen. Kelly sagt: „Eric Vanderaerden ist der Schrecken des Feldes, den lassen wir nicht mehr gewinnen." Kurz vor den Pyrenäen stieg der 20jährige Tour-Neuling aus und fuhr – ohne eine Erklärung abzugeben – nach Hause. Damit zog er sich nun wieder den Zorn von Tour-Direktor Felix Levitan zu, der vom internationalen Verband verlangt, er solle Vanderaerden wegen der Unsportlichkeit, die Tour aufzugeben, für die nächsten Rennen sperren.

Im Fall Henk Lubberding war es so: Der 29jährige Holländer, nach acht Jahren zum ersten Mal Kapitän des berühmten TI-Raleigh-Teams von Peter Post, wollte etwas für die Moral seiner Truppe tun. Im Spurt gegen den Franzosen Michel Laurent zog er deshalb von der Mitte der Straße nach rechts. Laurent konnte nicht mehr überholen, wurde zwar von Lubberdings Rad nicht berührt, fuhr mit etwa 70 Stundenkilometern auf einen Betonklotz auf. Zwei Dinge sind dabei unverständlich: Erstens war es von Lubberding, dem ohnehin schnelleren Spurter, gar nicht nötig, derart brutal einen Kollegen zu behindern, zum anderen bleibt es unbegreiflich, warum der erfahrene Laurent sich auf dieses Spiel einließ. Er hätte statt dessen vielmehr als Zeichen des Protestes die rechte Hand heben und den Spurt abbrechen müssen. Daß Laurent nachträglich zum Etappensieger erklärt wurde, widerspricht dann wieder dem Reglement. Denn Laurent überschritt die Ziellinie ohne Fahrrad, das schob ihm nach dem Sturz ein Betreuer nach.

Lubberding wurde nach dem Vorfall, der ihm – auch wieder reglementswidrig – zwar die Rückstufung auf den zweiten Platz, doch keinerlei Zeiteinbuße einbrachte, von seinen Mannschaftskollegen beim Abendessen gerügt.

Das sind wohl auch die Hauptpunkte, warum bei dieser Tour de France rüder denn je zur Sache gegangen wird: Weil diesmal mit dem Bretonen Bernard Hinault der große Regisseur des Tour-Feldes fehlt, will sich eine ganze Reihe von Fahrern ein größeres Stück vom profitablen Tour-Kuchen abschneiden. Hinzu kommt, daß es der Branche wirtschaftlich ohnehin nicht gut geht, daß um Anschlußverträge und Sponsoren gekämpft werden muß.

Dafür steht der Fall Henk Lubberding. Der Holländer wurde von seinem Teamchef Peter Post in den vergangenen Jahren regelmäßig ermahnt, etwas mehr für seinen hochdotierten Vertrag zu tun, ansonsten könne er den Kontrakt nicht verlängern. In diesen Tagen nun will Post mit dem neuen Sponsor seines Teams, dem amerikanischen Computerkonzern IBM, der Öffentlichkeit vorstellen. Lubberding, der nach Jan Raas' unvermittelter Heimfahrt zum Kapitän des um IBM buhlenden Teams geworden, kämpft also um seine Chance. Und dabei blieb der Franzose Michel Laurent buchstäblich auf der Strecke.

Warum Rennfahrer wie Pascal Simon oder Michel Laurent trotz ihrer Knochenbrüche die Tour so lange wie möglich durchhalten, hat auch noch diese Gründe: Sie können als Helden, die geradezu Übermenschliches erduldeten, im Anschluß an die Tour ihr Geld bei den Kriterien verdienen. Denn die tragischen Figuren der Tour will das Publikum bei den Kirmes-Rennen bewundern. Und wer gefragt ist, kann freilich auch sein Honorar steigern.

Weshalb laufen ihm die Hörer weg? Zur Situation des Deutschlandfunks

Suche nach Profil und Frequenzen

Seine Nachrichtensendungen setzten Maßstäbe für schnörkellose, saubere Information. Seine Dokumentationen galten als Beispiel für profilierten Journalismus. Das war einmal. Heute plagt sich der Deutschlandfunk mit einer düsteren Gegenwart. 1974 hatte der Kölner Sender täglich im Durchschnitt noch 1,3 Millionen Hörer, 1983 sind es nur noch 700 000. Ihre Zahl verringerte sich in Mitteldeutschland, wo eine wichtige Zielgruppe sitzt, um ein Drittel auf 300 000. Seit 1974 sank die durchschnittliche Reichweite des Programms an Werktagen von drei auf 1,6 Prozent aller Hörer. Fast ohne Ausnahme wird der DLF als „Zweitsender" benutzt.

Die Väter des DLF-Gesetzes hatten Konkretes im Auge, als sie „die Veranstaltung von Rundfunksendungen für Deutschland und das europäische Ausland, die ein umfassendes Bild Deutschlands vermitteln", als ausschließliche und unmittelbare Aufgabe in die Satzung schrieben. Davon hat sich der DLF längst entfernt. Nur noch zwei regelmäßig wiederkehrende Sendungen, notierte kürzlich die Fachkorrespondenz „Medienkritik" ironisch, erinnerten an den spezifischen Auftrag: „Aus Ostberliner Zeitungen" morgens um 7.35 Uhr und das Deutschlandlied zum Programmende. Die meisten aktuellen Sendungen ähnelten jenen, die von den Landesrundfunkanstalten ausgestrahlt werden.

Und genau in dieser Konkurrenz kann der DLF nicht bestehen. Die Infratest-Studie, die den Gremien vorliegt, hat auch hier alarmierende Hinweise gegeben. Denn nur 13 Prozent sagten den Interviewern, sie könnten den Sender stets gut und störungsfrei empfangen. Der Deutschlandfunk sendet seine Programme noch immer lediglich über Mittel- und Langwellenfrequenzen, der UKW-Sender Bonn macht eine – kleine – Ausnahme. „Kann ein – sagen wir – ambitioniertes Opernprogramm à la ‚Schöne Stimmen im DLF' sonntags mittags über Mittelwelle, ständig von elektrischen Störungen begleitet, überhaupt ein nennenswertes Publikum binden, das mit einem Knopfdruck Bellini-Belcanto in bester HiFi-Qualität über den nächsten UKW-Kanal angeboten bekommt?" fragte die Korrespondenz „Kirche und Rundfunk". „Kann ein Sender überhaupt seinen Programmauftrag erfüllen, der an den gewandelten Konsumgewohnheiten seiner Hörer ständig vorbeifunkt?"

In der Tat ist eine Verbesserung der Programmqualität durch stärkere Bemühungen um Sachlichkeit, journalistische Sauberkeit, um ein neues DLF-spezifisches Profil kaum möglich, wenn man sich nicht den – zugegeben, politisch heiklen – Frequenzproblemen zuwendet. Frequenzen im UKW-Bereich von 100 bis 104 Megahertz stehen grundsätzlich zur Verfügung. Ihre Nutzung ist eine politische Frage, sie erfordert einen Konsens der Ministerpräsidenten. Bislang haben sich die Länderchefs aber taub gestellt, wenn die Forderung auf diesen Punkt kam. Der Niedersachse Ernst Albrecht möchte genau in diesem MHZ-Bereich dritten, sprich privaten Veranstaltern eine Nutzungsmöglichkeit geben. Aber die beste und großzügigste Strukturreform, von der im Hause DLF jetzt wieder die Rede ist, muß verpuffen, solange das heiße Eisen UKW-Frequenzen für den Deutschlandfunk nicht angepackt wird. Die DLF-Gremien hätten die große Chance, zur Funkausstellung im September in Berlin, wenn sie zu Plenarsitzungen zusammentreten, Versäumtes nachzuholen. GERNOT FACIUS

KRITIK

Fotografisches Wunderwerk

Der Fernseh-Film heißt **Das Wunder des Lebens**, aber die aufregende Darstellung dieses Wunders grenzt selber an ein Wunder: In fünfhunderttausendfacher Vergrößerung wuseln die männlichen Samenzellen in Kaulquappengröße über den Bildschirm, auf der Jagd nach dem weiblichen Ei, die maroden unter ihnen bleiben hinkend zurück, das Ei indes, strahlend wie eine Sonne, beginnt, sich langsam (man möchte sagen: majestätisch) nach rechts zu drehen. Bis eine Samenzelle in sie eingedrungen ist.

Ein paar Millionen Zellen-Kollegen gehen leer aus. Die Natur spart nicht. Und ihre Wege sind wunderbar, auch wenn sie von den allerfeinsten Glasfibern durcheilt werden, von fotografischen Wunderwerken gefilmt, von elektronischen Sensoren unserem Auge zugänglich gemacht. Was soll man sagen: Man weiß, wie die Bilder zustandekommen, man weiß, daß es Glasfasern gibt und Elektronenmikroskope, man erfährt dieses und jenes aus dem Detailleben dieser miniaturisierten Technologie, man weiß, aber man kann damit nichts anfangen.

Das Begriffsvermögen des Menschen ist nicht grenzenlos, es mißt sich selber an der Welt, die ihm zuhanden ist. Der Mensch ist gerade noch bereit, eine vergrößerte Amöbe zur Kenntnis zu nehmen, aber der Kampf der beschwänzten Samenzellen um „das Weibchen" Ei spielt sich außerhalb seiner Koordinaten ab. Er streikt. Er streikt und bewundert den Filmmacher, als unbegreifliches Wundertier. Lennart Nilsson heißt der Fotograf, ein Schwede, dem als einzigem der medizinische Doktorgrad ehrenhalber verliehen wurde.

Ein ZDF-Film, prämiert mit dem Prix Futura 1983.

VALENTIN POLCUCH

Firlefanz im deutschen Text

Die von Heinrich Heine 1838 geschilderte Engländerin irrte wohl nicht: sie weinte bitterlich und rief mehrmals aus, dem Juden Shylock geschehe Unrecht. Den spielte damals der große Kean, aristokratischer wohl als jetzt Warren Mitchell in der BBC-Produktion von Shakespeares **„Kaufmann von Venedig"** (ARD), doch auch jetzt gewann man den gleichen Eindruck.

Auf die Gerichtsszene, diesen großen Moment in der Inszenierung von Jack Gold mußte ma[n] freilich lange warten – das liegt [...] der Shakespeare-Praxis des engl[i]schen Theaters. Die Briten nehme[n] die Werke des großen William [...] wie das Evangelium: nichts wir[d] gestrichen, nichts geändert. Un[d] das ist wohl richtig, weil nur so d[ie] Balance zur Handlung um Por[tia] zu erreichen ist, für die man alle[r]dings eine so grandiose Darstell[e]rin wie Gemma Jones haben mu[ß]. Daß dabei zugleich die höchst art[i]fizielle Rhetorik und damit d[as] Wortgeklingel der frühen Komödi[e] von 1595, ihr zuweilen Umständl[i]ches zum Vorschein kommt, die[s]en Preis muß man zahlen.

Englische Schauspieler bewält[i]gen auch solche Klippen mühelo[s] und das läßt sich von der schie[r] hilflosen deutschen Adaption le[i]der nicht sagen. Allein die mehrf[a]chen falschen Betonungen de[r] Schlegel-Tieck-Übersetzung wi[e]sen darauf hin, daß der Dialogr[e]gisseur die Dichtung gar nic[ht] recht verstanden hat. Nur so erlä[u]tert sich auch, daß er den deutlic[h] als Spanier kostümierten Prinz[en] von Arragon auch bei Schlegel m[it] „rr" mit französischem Akzen[t] sprechen und Shylock am En[de] jiddeln ließ. Bei Shakespeare ste[ht] derlei nicht, der Sprachgestus i[st] dort einheitlich. Wer zu solchem Firlefanz greift, braucht ein Alibi für den Leerlauf seiner Veranstaltung. KATHRIN BERGMAN

NACHRICHTEN

Pezzey-Transfer perfekt

Frankfurt (sid) – Der österreichische Fußball-Nationalspieler Bruno Pezzey wechselt von Eintracht Frankfurt zum Vizemeister Werder Bremen. Für Pezzey, der einen Zweijahres-Vertrag unterschrieb, müssen die Bremer rund 1,3 Millionen Mark Ablösesumme bezahlen.

Peter Lang Vierter

Los Angeles (sid) – Peter Lang (Darmstadt) sorgte am letzten Tag der vorolympischen Schwimm-Wettkämpfe in Los Angeles für die beste deutsche Plazierung. Der Weltcup-Sieger von 1979 belegte über 100-m-Brust in 1:05,10 Minuten den vierten Platz.

Geis auf Platz sechs

San Francisco (sid) – Der Münchner Fritz Geis kam bei der Segel-Weltmeisterschaft in der Soling-Klasse vor San Francisco in der vierten Wettfahrt auf den sechsten Platz und bleibt damit Sechster (61,7 Punkte) der Gesamtwertung. Der Hamburger Willi Kuhweide bleibt trotz eines 13. Platzes Dritter (52,0) im Gesamtklassement.

ZAHLEN

TENNIS

Federationcup, erste Runde: Deutschland – Spanien 1:0
Claudia Kohde (Saarbrücken) – Ana Almansa 6:1, 6:2.

GOLF

Offene Meisterschaft von Großbritannien im Royal Birkdale Club bei Liverpool (Par 71), Endstand: 1. Watson 67+68+70+70=275 Schläge, 2.–3. Irwin 69+68+72+67=276 und Bean (alle USA) 70+69+70+67=276, 4. Marsh (Australien) 69+70+74+64=277, 5. Trevino (USA) 69+66+73+70=278.

RADSPORT

Etappenrennen der Damen im US-Bundesstaat Colorado, letzte Etappe, Kriterium über 40,2 Kilometer in Denver: 1. Schumacher (Deutschland) 1:01:27 Std., 2. Jahre (Schweden) gleiche Zeit, 3. Brunet (USA) 26 Sek. zur., 4. Habetz, ... 8. Varenkamp (beide Deutschland) gleiche Zeit. – Endwertung: 1. Twigg (USA) 12:46:36 Std., ... Varenkamp 6:30, ... 9. Schumacher 12:49.

70. Tour de France, 16. Etappe von Issoire nach St. Etienne (143 km): 1. Laurent (Frankreich) 3:49:38 Std., 2. Lubberding (Holland) gleiche Zeit, wegen Behinderung auf Platz zwei gesetzt, 3. Vandenbroucke (Belgien) 1:07 zur., – **Gesamtwertung:** 1. Simon 75:03:06 Std., 2. Fignon (beide Frankreich) 0:40, 3. Kelly (Irland) 1:21.

FUSSBALL

Intertoto-Runde, Gruppe 3: Malmö – St. Gallen 2:0, Stettin – Breen 2:1.

1. Stettin	4	2	1	1	7:9	5:3
2. Malmö	4	2	0	2	6:6	4:4
3. St. Gallen	3	1	1	1	6:6	3:3
4. Bremen	3	1	0	2	6:4	2:4

Freundschaftsspiele: Bad Wurzach – Frankfurt 0:9, Memmingen – Stutt. Kickers 2:16, Kaufering – Bochum 0:6, Wickede – Uerdingen 0:12, Dagersheim – Mönchengladbach 2:15

LEICHTATHLETIK

Deutsche Mehrkampf-Meisterschaften in München, Zehnkampf, Männer: 1. Wentz (Mainz) 8470 Punkte (100 M: 10,92. – Weit: 7,50 m, – Kugel: 1,56, – Hoch: 2,05 – 400 m: 47,41, – 110 m Hürden: 14,05, – Diskus: 44,76, – Stabhoch: 4,60, – Speer: 68,12, – 1500 m: 4:39,33), 2. Rizzi (Paderborn) 8056 (10,86/7,36/14,67/1,90/47,27/15,53

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 1, 1, 2, 0, 1, 2, 1, 0, 2, 1, 0. – **Rennquintett:** Rennen A: 4, 3, 12 – Rennen B: 29, 28, 31. **Auswahlwette** „6 aus 45: 4, 8, 11, 25, 33, 44, Zusatzspiel: 37. (Ohne Gewähr).

GOLF / Wieder Sieg für Tom Watson

Die schönste Belohnung: Tom Watson erhält von seiner Frau Linda einen Kuß, nachdem er die britischen Meisterschaften gewonnen hatte. FOTO: UPI

Jetzt peilt der Amerikaner den Rekord an: Sieben Siege

GERD A. BOLZE, Birkdale

Umjubelt von fast 35 000 Zuschauern feierte Tom Watson nun schon einen fünften Sieg in einer Offenen Golfmeisterschaft von Großbritannien (nach 1975/77/80/82), diesmal zwischen den Dünen des Royal Birkdale Golf-Clubs bei Liverpool. Für seine 67+68+70+70=275 Schläge kassierte der 33 Jahre alte Amerikaner aus Kansas den größten Scheck über 160 000 der 1,25 Millionen Mark Preisgelder.

Der erfolgreiche Titelverteidiger gewann nur erneut, weil er ein Mann mit sehr starken Nerven ist, dem in fast aussichtslosen Lagen noch die besten und dann alles entscheidenden Schläge gelingen. So auch wieder in Birkdale.

Als Watson bei seiner Ankunft die wohl wertvollste Silberkanne der Golf-Welt dem Sekretär des „Königlichen und Alten Golf-Clubs St. Andrews", Keith Makkenzie, übergab, scherzte er: „Nur bis Sonntag nachmittag zur Aufbewahrung, dann nehme ich die Trophäe wieder mit, nach Mission Hills."

Die hübsche Ehefrau Linda erklärte selbstbewußt: „Nun kann Tom sogar den Rekord des alten Harry Vardon von sechs Siegen einstellen oder sogar der erste Golfer sein, der die Open siebenmal gewinnt – mit 33 Jahren ist er jung genug." Fünfmal gewannen bisher nur die Schotten James Braid und John H. Taylor sowie der Australier Peter Thomson, nur der Engländer Harry Vardon war mit sechs Siegen erfolgreicher.

Schon als Sechsjähriger kam Watson zum Golf durch seinen Vater, der selbst Scratch-Golfer mit der Traumvorgabe Null war. Später auf der Standorf-Universität war der keineswegs athletische Watson nicht nur als Golfer, sondern auch als Football- und Basketball-Spieler ein As. Nach dem Psychologie-Studium – ist er deshalb ein so guter Golf-Taktiker? – wurde Watson als einer der erfolgreichsten Amateur-Golfer dann 1977 Profi. Es gibt nur noch wenige große Turniere, die der Amerikaner noch nicht gewonnen hat. Allein 30 Siege sind es schon auf der US-Tour. Mit insgesamt über drei Millionen Dollar gewonnenen Preisgeldern liegt er in der ewigen Rangliste bereits an zweiter Stelle hinter seinem Landsmann Jack Nicklaus (über vier Millionen Dollar), den er als „bester Golfer der Welt" seit 1977 abgelöst hat. Schon fünfmal wurde Watson zum „Golfer des Jahres" in den USA gewählt (1977 bis 1980 und 1982). Seine Hobbys sind Fischen und Jagen sowie Gitarrespielen. Letzteres besonders für seine kleine Tochter Meg, die vier Jahre alt wird.

Es war nicht nur Höflichkeit, als der fast rothaarige Champion vor der Presse verkündete: „Ich spiele die Open in Großbritannien besonders gern, die hat am meisten Atmosphäre, und hier erlebt man noch echtes, urwüchsiges Golf!"

Mit über 140 000 Zuschauern wurde in Birkdale auch der bisherige Rekordbesuch gebrochen, der 1979 in Lytham mit 134 500 gezählt wurde. Diese „Open" ist nun mal die „älteste und größte Golfschau der Welt".

„Der Grat, auf dem ein Spitzengolfer balanciert, ist so schmal, daß nur eine Fußbreite zwischen dem Draufbleiben und dem Absturz liegt." Willi Hoffmann, Stuttgarter Golf-Trainer und Freund von Bernhard Langer, fiel dieser Vergleich ein. Für den Augsburger Langer war es zum Absturz gekommen, nur Rang 61 im Schlußklassement (67+72+76+74=289 Schläge). Der sensible Golf-Profi hatte sich selbst die größte Enttäuschung bereitet. Drei Wochen hatte er sich intensiv vorbereitet, um im Vorderfeld zu landen. Langer: „Es hört sich dumm an, wenn ich jetzt behaupten würde, kein Glück gehabt zu haben. Ich habe einfach nicht gut genug gespielt. Dieser Platz verlangte absolute Präzision bei allen Schlägen, aber die fehlte mir."

STAND ● PUNKT

Eine Auseinandersetzung zwischen dem sowjetischen Schachverband (mit 4,5 Millionen Mitgliedern der größte der Welt) und dem neuen Präsidenten des Weltschachbundes (FIDE), dem Philippino Florencio Campomanes, bringt die Schachweltmeisterschaft in Gefahr.

Die beiden Halbfinalpaarungen der WM-Kandidaten (zur Ermittlung des Herausforderers für Weltmeister Anatoli Karpow) hatte Campomanes nach langem Hin und Her so festgesetzt: Ab 29. Juli spielen in Pasadena (Kalifornien) der Exilrusse Viktor Kortschnoi gegen den 19jährigen sowjetischen Wunderknaben Garri Kasparow und ab 31. Juli in Abu Dabi am Persischen Golf der Sowjetrusse Wassili Smyslow gegen den Ungarn Zoltan Ribli.

Pasadena, das mit 140 000 Schweizer Franken (davon ein erheblicher Teil als Spende für die Schachförderung in der Dritten Welt) das höchste Gebot abgegeben hatte (vor Rotterdam und Las Palmas), ist als Austragungsort für die Schlagerpaarung Kortschnoi-Kasparow deswegen von besonderer Pikanterie, weil hier der frühere, auf mysteriöse Art in der Versenkung verschwundene Weltmeister Bobby Fisher lebt. Die Fantasie der Schachfreunde entzündet sich bereits an der Vorstellung, Fisher könne, mit großer dunkler Brille getarnt, plötzlich als Zuschauer auftauchen.

Schach-Gerangel

Aber die Sowjets sind gegen Pasadena. Pikanterweise sind sie sich darin mit ihrem ärgsten Feind Kortschnoi diesmal einig. Auch er bevorzugt Rotterdam, das im übrigen – freilich mit wesentlich geringeren Preisgeldern – auch den zweiten Halbfinalkampf übernehmen will.

Gegen Abu Dabi als Austragungsort wird vor allem eingewandt, daß im August dort klimatische Bedingungen herrschen, die den beiden Schachmeistern nicht zuzumuten seien.

Der sowjetische Schachpräsident Krogius hat in privatem Gespräch gesagt, notfalls würden Kasparow und Smyslow zu den Kämpfen nicht antreten. In der internationalen Schachwelt wird dies nicht ohne Spott vermerkt: Ein Platzen dieser WM-Ausscheidung, so heißt es, würde dem Musterknaben Karpow ganz im Sinne der Sowjets noch für drei weitere Jahre den WM-Titel sichern.

Aus dem neuen FIDE-Büro in Luzern kommt eine etwas sibyllinische Verlautbarung: Generalsekretär Professor Lim Kok Ann sagte auf eine telefonische Frage der WELT: „Es wird wie angesetzt gespielt. Sollte es noch eine Änderung geben, werden wir dies mitteilen."

JOACHIM NEANDER



ARD/ZDF VORMITTAGSPROGRAMM

10.03 Weißblaue Musikparade
Volkstümliches Konzert mit Künstlern aus Österreich, der Schweiz und Deutschland
11.40 Gesundheitsmagazin Praxis
12.25 Kontraste
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.20 Unsere kleine Farm
Ein kleines Mädchen geht verloren
16.10 Tagesschau
16.15 Tiere vor der Kamera
Alltag der Spatzen
Film von Ernst Arendt und Hans Schweiger
Der Haussperling lebt gern in der Nähe von Menschen – als lärmender Spatz. Während die Jungen Unmengen von Insekten vertilgen, die die Eltern herbeischaffen, ernähren sich die Alten hauptsächlich von Körnern – sehr zum Ärger der Bauern.
17.00 Lillo und sein Freund Chinese (4)
Letzter Teil der Geschichte zweier Lausbuben
17.50 Tagesschau
(Anschl. Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
20.15 Montagsmaler
Spiel mit Sigi Harels
Heute Zöllner gegen Privatdetektive und zwei Kindermannschaften; als Gast: The Hornettes
21.00 Monitor
Zeitbombe Chemiemüll – Beispiel: Altablagerungen von Dioxin / Angriff auf die Pressefreiheit? – Berliner Journalisten in Untersuchungshaft / Das Geschäft mit der Seele – Die fragwürdigen Praktiken von Psychosekten und Jugendreligionen
21.45 Der Aufpasser
Vom Platz gestellt
Mit Dennis Watermann, George Cole, Karl Howman, u. a.
Regie: Martin Campbell
22.30 Tagesthemen
23.00 Heut' abend
Die ARD-Talkshow mit Joachim Fuchsberger.
Zu Gast: Axel von Ambesser
Der heute 73jährige Schauspieler stammt aus Hamburg und begann dort 1930 seine Bühnenlaufbahn. Seither ist der geistvolle Bonvivant auf allen großen deutschsprachigen Bühnen zu Hause.
23.45 Tagesschau

ZDF

15.15 ZDF – Ihr Programm
15.17 heute
15.20 Pinocchio
Allein auf dem Meer
15.45 Till, der Junge von nebenan
Die Kronprinzessin
16.20 Ferienkalender
Mit Anke und Benny
16.45 Die Schlümpfe
Die große Fusselplage
17.00 Mosaik
Für die ältere Generation
Zum Beispiel: Bad Kissingen
17.30 heute/Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Ivan Rebroff
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 Rate mal mit Rosenthal
Heiteres Spiel für Leute wie du und ich
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Hab mich lieb
Deutscher Spielfilm (1942)

WELT ● Videotext

täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 681, 682, 683

21.00 heute-journal
21.20 Der Bürgermeister im Wohnzimmer
oder Wem gehört das Bild der Stadt?
Chancen und Grenzen eines lokalen Fernsehens
22.05 Unser Kosmos
6.: Reiseberichte – gestern und heute
Der Zuschauer wird Zeuge, wie die ersten Bilder von der Oberfläche des Jupiter und seinen vier geheimnisvollen Monden empfangen und Linie für Linie aufgezeichnet werden.
22.50 Cécile
TV-Film nach Theodor Fontane
Mit Doris Kunstmann, Günter Ungeheuer, Matthias Ponnier u. a.
Regie: Dagmar Damek (Wh. v. '77)
0.50 heute



Doris Kunstmann in der Titelrolle des Fernsehfilms „Cécile" (nach Theodor Fontane) und Günter Ungeheuer als ihr Mann (ZDF, 22.50 Uhr) FOTO: URSULA ROHNERT

III.

WEST
18.00 Marco (2)
Zeichentrickserie für Kinder
Ein Brief aus Argentinien
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
18.00 Sam wie Meikel
Heute: Meikels Onkel aus Amerika
18.30 Uferschwalben
Beobachtungen von Dieter Bährens
19.00 Beat-Club
Franz K.
Eine deutsche Rock-Band aus dem Kohlenpott
19.15 Frauengeschichten
Marie Marcks
Kinder – Küche – Karikaturen
Ein Film von Constantin Pauli

WEST/NORD/HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Bilder deutscher Städte
Dresden gestern und heute
Film von Peter Friedrich Leopold und Jürgen Engert
21.00 Formel Eins
ARD-Hitparade
21.45 Standortbeschreibung: Bundeswehr und der 20. Juli
Ein Film von Wolfgang Korruhn
22.30 Vor vierzig Jahren
Deutsche Wochenschau vom 21. Juli 1943
23.00 Letzte Nachrichten
Nur für WEST
23.05 Soap oder Trautes Heim (16)
Nur für NORD und HESSEN
23.05 Dallas
Geheimnisse

SÜDWEST
Für Baden-Württemberg:
17.00 Die Abendschau
Für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Abendschau
Für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S 3:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
20.15 Der alte Mann und der Müll
Karl Kiener und seine Verführung der Müllverschwelung
21.00 Enthüllung um Mitternacht
US-Spielfilm (1939)
Mit Claudette Colbert u. a.
Regie: Mitchell Leisen
22.30 Vocal Groups

BAYERN
18.15 Follow me – Comedy Time
„The Red Arrow"
Filmkomödie in einfachem Englisch
18.45 Rundschau
19.00 Unsere Sorgen
Das Rabbinerseminar in Budapest
19.30 Formel Eins
20.15 Unser Land
„Wer andern eine Grube gräbt..."
Rekultivierung von Kiesgruben
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
21.45 Z.E.N.
21.50 Im Gespräch
22.35 Unser Land
Gefühle einer Mutter
23.20 Rundschau

Heimliche Ausbeutung

MaW. – „Die deutsche Tagespresse ist doch wirklich das schlaffste, schläfrigste und feigste Institut, das unter der Sonne besteht! Die größten Infamien können vor ihren Augen, gegen sie selbst geschehen, und sie schweigt, sie verheimlicht alles." Diese Sätze könnten auf die Folgen einer Geschichte gemünzt sein, die am 30. März vorigen Jahres in der WELT stand. Da ging es um den Fall der beiden Berliner Marx-Forscher Müsler und Winkelmann, die vom hochangesehenen „Amsterdamer Institut für Sozialgeschichte" (IISG) Hausverbot bekamen, weil sie sich nicht den recht eigenartigen Praktiken jenes Marx-Forschungskartells unterwerfen wollten, das sich seit 1969 zwischen dem Amsterdamer IISG und den „Instituten für Marxismus-Leninismus" in Moskau und Ost-Berlin entwickelt hat.

Der Artikel über diesen Fall und seine Hintergründe blieb nicht ohne Resonanz – ganz im Sinne des einleitenden Zitats. Da giftete die Ostberliner „Weltbühne" von einem Angriff auf die (rund hundertbändige) neue „Marx-Engels-Gesamtausgabe", die seit 1973 in Moskau und Ost-Berlin erscheint – und für die die Kommunisten das IISG brauchen. In der Bundesrepublik „verwahrten" sich 54 Professores und Doktores aus dem exklusiven „Who's Who" des sozialwissenschaftlichen Umfeldes von SPD und DGB gegen eine „Kampagne" in deutschen Medien gegen das IISG. Auch bei Radio Bremen empörte man sich zuerst – um dann jedoch recht bald das Ganze den Tatsachen entsprechend geradezurücken.

Jetzt nun hat sich der Gewerkschaftsjournalist Norbert Römer die ganze Geschichte vorgenommen. „Ein Stück aufgegebener Parteigeschichte?" hat er darübergeschrieben. Doch das Fragezeichen stellt er selbst sehr schnell in Frage, wenn er schreibt: „Nicht so sehr dem IISG ist anzulasten, daß der Marx-Engels-Nachlaß bis heute weit übergewichtig und nahezu ungestört von den orthodoxen Marxisten/Leninisten zur ideologischen Stabilisierung und Rechtfertigung ihrer politischen Praxis ausgebeutet werden kann, sondern der SPD." Ihrer „geschichtlichen Verantwortung – auch und besonders vor dem Hintergrund der Wirrnisse bei den Rettungsversuchen des Parteiarchivs vor den Nazis und den Sowjets – ist die SPD aber bis heute in keiner Weise gerecht geworden. Dies ist das eigentliche Übel."

Und die Reaktion der Tagespresse? „... sie verschweigt, sie verheimlicht alles", wie Karl Marx anno 1849 schrieb.

Haiti: Das neue Nationalmuseum als Pantheon

Des Präsidenten Gebeine

Präsident Dr. François Duvalier von Haiti wollte seinen Leichnam im Zentrum der Hauptstadt Port-au-Prince in einem Mausoleum aufbewahrt wissen. Aber inzwischen wurde aus dem von „Papa Doc" vorgeplanten Bau zur Verherrlichung der Geschichte Haitis ein Pantheon, das nun eingeweiht worden ist. Dieses neue Nationalmuseum enthält auch Sammelobjekte aus Privatbesitz, die der ehrgeizigen Ehefrau des jungen Präsidenten („Baby Doc") von Privatleuten übergeben werden mußten.

Das Pantheon bewahrt außerdem die Gebeine des Kaisers Jacques Dessalines (1758–1806) und des Präsidenten Alexandre Pétion (1770–1818). „Die symbolischen Reste" des Leichnams von Toussaint L'Ouverture, haitianischer Nationalheld von Frankreichs Gnaden (ca. 1743–1803), waren bislang in Frankreich beigesetzt. Nach jahrelangen Verhandlungen der haitianischen Regierung mit den Präsidenten Giscard d'Estaing und François Mitterrand hat das französische Außenamt dieses Jahr eine Ausnahme gemacht und die Gebeine Toussaints freigegeben. Sie wurden nach Haiti geflogen und gleichfalls feierlich im neuen Pantheon beigesetzt.

Der hier als erster sein „Heldengrab" finden wollte, Präsident Duvalier, ist erstaunlicherweise bislang noch nicht hier bestattet, obwohl anhaltend die Rede davon ist. Vielleicht befürchtet die Regierung einen Protest gewisser Kreise der Bevölkerung, die „Papa Docs" Gewaltherrschaft noch nicht vergessen haben. Jedenfalls besitzt heute Haiti mit diesem neuen Pantheon ein Museum, das für die Geschichte der gesamten Karibik bedeutungsvoll ist. Damit sollen auch Touristen angelockt werden, die in den letzten Jahren Haiti eher gemieden haben.

ROLF ITALIAANDER

Rückblick auf die Theater-Saison in der „DDR"

Nachholbedarf an Moral

Eine magere Saison – anders läßt es sich nicht sagen, wenn man auf den Premierenkalender 1982/83 der „DDR"-Schauspielbühnen zurückblickt. Zwar versuchte sich das Leipziger Schauspielhaus an Schillers „Die Verschwörung des Fiesko zu Genua", zwar war die Antike vertreten, auch wurden mit Capek, Fo und Richter Versuche am Grotesken weiterhin nachgeholt, doch Kontinuität und Breite herrschten nur beim Umgang mit der Sowjetdramatik und mit Werken aus anderen kommunistischen Ländern.

Dem Umgang mit „Weststükken" haftete nach wie vor der Ruch heikler Sensationen an: Albee, Arrabal, Dürrenmatt, Fo, Frisch, Fugard, Giraudoux, Kroetz, Osborne, Williams waren da; Sartre, Camus, Beckett, Ionesco u. v. a. m. fehlten. Kleine Spielstätten unterm Dach, im Keller und im Foyer erwiesen sich als sehr bescheidene Experimentierfelder für politische und ästhetisch engagierte Schauspielkunst. Offene Formen und leise Töne für kleinere, enthusiasmierte, spezialisierte Publikums-Gemeinden und Lesetheater waren rar.

Der Rückblick auf die Spielzeit 1982/83 lehrt aber auch: Forderungen der SED-Kulturfunktionäre an die „DDR"-Theaterschaffenden, „mit ihrer Kunst eine hohe politische, moralische und emotionale Wirksamkeit zu erreichen und dafür Möglichkeiten des Theaters umfassend zu nutzen", lassen sich nur schwer durchsetzen. In diesem Zusammenhang mußte Gisela Holan, Leiterin der Abteilung Theater im „DDR"-Kulturministerium, zugeben, daß es „aus unterschiedlichen Gründen bisher noch nicht gelungen" ist, „die DDR-Dramatik und -Musikdramatik zum künstlerisch und ideologisch bestimmenden Zentrum von Theaterarbeit insgesamt zu machen".

Auch die amtliche „DDR"-Nachrichtenagentur ADN beklagte kürzlich den Nachholbedarf an eigenen Stücken, während der Theaterkritiker Christoph Funke in der Ost-Berliner Zeitschrift „Theater der Zeit" zum Thema „DDR"-Dramatik verbittert konstatierte: „Die Theater verhalten sich einem quantitativ und qualitativ erstaunlich reichen Angebot neuer Dramatik gegenüber zurückhaltend."

Funke sprach von einem „merkwürdigen, schmerzlichen Widerspruch zwischen dem Reichtum geschriebener, gedruckter Dramatik in unserer Republik und ihrer geringen Ausstrahlungskraft im Theateralltag". Dieses Eingeständnis widerlegt die Behauptung führender SED-Kulturfunktionäre, wonach es in der „DDR" an „neuen Werken mangelt", die sich durch eine „parteiliche" Gestaltung der die „DDR"-Bevölkerung „bewegenden Lebensfragen" auszeichnen (Gisela Holan).

Im Sprachgebrauch der SED bedeutet „parteiliche Gestaltung" u. a. totale ideologische Verzerrung der Wirklichkeit und Verkleisterung gesellschaftlicher Widersprüche im System des real existierenden Sozialismus mit Hilfe trockenunsinnlicher Politstücke. Davon gibt es in der „DDR"-Theaterlandschaft allerdings mehr als genug.

Tatsache ist, daß Werke aus dem „DDR"-Gegenwartsschaffen etwa ein Viertel aller Spielplanpositionen im Schauspiel ausmachen. Tatsache ist aber auch, daß die Zahl der Vorstellungen aller Theater mit Inszenierungen von „DDR"-Werken während der Spielzeit 1982/83 gegenüber der Theatersaison 1981/82 unverändert blieb. Trotzdem war die Zahl der Besucher für diese Aufführungen weiterhin rückläufig!

Wenn man bedenkt, daß die SED – so Gisela Holan in der Ost-Berliner Wochenzeitschrift „Sonntag" – für die Durchsetzung und Förderung von „DDR"-Gegenwartsdramatik „einen ganzen Komplex von Maßnahmen" zur Anwendung bringt, der „Aufgaben der politisch-ideologischen Arbeit mit den Künstlern, Autoren wie Theaterschaffenden" umfaßt, dann wird klar, weshalb die Kulturfunktionäre mit der Bilanz der Theatersaison 1982/83 unzufrieden sind.

Diese Mängel und Widersprüche erklären u. a. die andauernde Krise des „DDR"-Theaters. Dazu Christoph Funke: „Vieles ist im Fluß, eine ganze Reihe von Fragen bleibt offen, mancher Widerspruch wird uns noch lange beschäftigen." Die „DDR"-Theaterleute wissen aus Erfahrung, daß die Theaterbesucher andere Erwartungen haben als die SED-Funktionäre.

HARALD BUDDE

KULTURNOTIZEN

Der Tenor Luciano Pavarotti ist der erste Träger der neugestifteten Goldenen Nadel der Bayerischen Staatsoper.

„Brahms und die Europäische Romantik" ist das Thema der „Festa Musica Pro" in Assisi bis zum 30. Juli.

Gemälde von Peter Leibl, die zwischen 1973 und 1983 entstanden, sind noch bis zum 23. 7. im Cordonhaus in Cham zu sehen.

Das Rheinische Freilichtmuseum Kommern feiert morgen mit einem großen Fest sein 25jähriges Bestehen.

Samson Raphaelson, amerikanischer Bühnenschriftsteller und Drehbuchautor, ist im Alter von 87 Jahren in New York gestorben.

Die seltsamen Geschäfte mit den Kunstkatalogen

Kein Honorar, wem die Ehre gebührt

Die wichtigste Ergänzung jeder Kunstausstellung ist der Katalog, der die wesentlichen Exponate abbildet, sie erklärt und in zusammenfassenden Aufsätzen in die Thematik der Ausstellung einführt. Der Besucher erhält durch den Katalog die notwendige Information, so daß er die Objekte – über den bloßen Augenschein hinaus – in den historischen Kontext einordnen und sie auf diese Weise beurteilen kann.

Kunstkataloge sind heute zum Sammelobjekt geworden, und man legt in steigendem Maß Wert auf sorgfältige Redaktion und gediegene Ausstattung. Namhafte Verlage haben hier eine große Chance gesehen: Sie haben es sich zur Aufgabe gemacht, zusammen mit den jeweiligen Museen und Institutionen die Ausstellungskataloge zu gestalten und sie – neben dem Verkauf in der Ausstellung – gleichzeitig in ihr Verlagsprogramm aufzunehmen.

Für das Renommee des Ausstellungsveranstalters ist diese Praxis von erheblichem Vorteil. Andererseits erleichtert sie den Verlagen die Kalkulation, da der Veranstalter als Festabnehmer einer Anzahl von Exemplaren als risikofreie Größe eingesetzt werden kann.

Im Hinblick auf die finanziellen Erwägungen gerät diese Symbiose allerdings bald ins Zwielicht: Der Verlag spekuliert von vornherein auf den Etatposten, der vom Ausstellungsveranstalter für einen eventuellen eigenen Katalog eingesetzt wird, und darauf, daß die „Museumsleute" ohnehin gratis den Katalog hätten gestalten müssen: Auf diese Weise lassen sich Autorenhonorare in der Regel ganz vermeiden.

Dieser Trend hat eine Wirkung nach sich gezogen, deren Ausmaß immer stärker vor Augen tritt: Kunstbücher erscheinen heute nur noch dann, wenn ein Sponsor mit erheblichen Geldern zur Stelle ist. Auf der einen Seite sind es die Museen oder andere Institutionen, auf der anderen die Galerien oder Kunstmäzene. Nur dann, wenn ein Verlag einen erheblichen Teil des Kostenrisikos auf Dritte abwälzen kann, ist er bereit, ein aufwendiges Kunstbuch herauszubringen.

Problematisch ist außerdem das Preissplitting: Die Kataloge werden in den Ausstellungsräumen erheblich preiswerter angeboten als im Buchhandel, obwohl der Inhalt völlig gleich ist (lediglich der Umschlag ist manchmal leicht verändert). Die Spannen bewegen sich zwischen einem Drittel Aufschlag bis zum dreifachen Preis. Die örtlichen Buchhändler können es kaum gutheißen, wenn sie – wegen der Preisbindung der Verlagsproduktion – dasselbe Buch teurer verkaufen müssen, als es der Besucher in der Ausstellung erwerben kann.

Einige besonders eklatante Beispiele für das Messen mit zweierlei Preis aus der jüngsten Zeit: Andrianis Band über Cézannes Aquarelle kostete als Katalog zur Ausstellung der Tübinger Kunsthalle 38 Mark, als Buch des DuMont Verlages dann 76 Mark. Der Otto-Modersohn-Katalog des Kunstvereins Hannover machte einen noch höheren Sprung: von 38 Mark in der Ausstellung auf 88 Mark als Hoffmann-&-Campe-Buch. Wer sich derzeit im Kölner Kunstverein die Ausstellung „Kunst mit Photographie" anschaut, kann ebenfalls sparen: Dort berappt er 39 Mark für den Katalog, der im Buchhandel aus dem Frölich-&-Kaufmann-Verlag stolze 65 Mark kostet. Da mutet der Schnitt, der bei der Nürnberger Veit-Stoß-Ausstellung gemacht wird, fast bescheiden an: 25 Mark kostet der Katalog an Ort und Stelle, 40 Mark die Buchhandelsversion aus dem Deutschen Kunstverlag.

Weitaus schlimmer ist allerdings, wenn die Aussteller dann auch noch als eine Art Versandbuchhändler auftreten und ihren Katalog zum billigen Preis versenden, wie dies vorgekommen sein soll ...

Kein Zweifel, daß die Kooperation in Sachen Kunstkataloge weitergeht: Im Verlag Prestel (München) erscheint der Katalog zur Ausstellung Erich Heckel. Die Hauptwerke des Mitbegründers der expressionistischen Künstlergruppe „Die Brücke" werden von September bis November im Essener Museum Folkwang, von Dezember 1983 bis Februar 1984 im Münchner Haus der Kunst zu sehen sein. Im gleichen Verlag erscheint der Katalog „Luther und die Folgen für die Kunst" zur gleichnamigen Ausstellung, die von November 1983 bis Januar 1984 in der Hamburger Kunsthalle gezeigt wird.

Von gleicher Qualität sind die Kataloge des Mainzer Verlages Zabern, der sich auf Archäologie spezialisiert hat. Z. B. „Tierbilder aus vier Jahrhunderten" – die Ausstellung war bis Anfang Juni im Antikenmuseum Berlin zu sehen; weitere Stationen sind Kassel, Köln, Hamburg, München und schließlich im Herbst 1984 Freiburg im Breisgau.

Auch die Taschenbuch-Verlage schicken sich an, eine Position auf dem Feld der Ausstellungskataloge zu erobern. In der Reihe „Die bibliophilen Taschenbücher" sind die Kataloge zu „Juden in Preußen" und „Gustave Doré" herausgebracht worden.

Daß Kunstkataloge ein einträgliches Geschäft sind, zeigt die Firma Frölich & Kaufmann in Berlin, die sich auf den Versand von Katalogen spezialisiert hat und neuerdings auch selbst Kunstkataloge verlegt.

Trotz der teilweise zweifelhaften Praktiken auf dem Gebiet der Ausstellungskataloge können sich die Ergebnisse sehen lassen: Die Kataloge besitzen erheblichen dokumentarischen Wert und werden dadurch zu selbständigen Veröffentlichungen mit wissenschaftlichem Anspruch. Wer keine Möglichkeit hat, die jeweilige Ausstellung zu besuchen, darf sicher sein, daß er in seiner örtlichen Buchhandlung einen Katalog erwerben kann (wenn auch zu einem erheblichen Preis), der die in der Ausstellung präsentierten Objekte mustergültig wiedergibt, und daß er von Fachleuten umfassend in die wissenschaftliche und künstlerische Thematik eingeführt wird.

Schließlich wird die Lektüre des in der Buchhandlung erworbenen Katalogs manchen dazu veranlassen, sich die abgebildeten und beschriebenen Objekte vor Ort anzusehen, ein Effekt, der die Qualität der Kataloge dokumentiert.

KARL P. APONER



Noch einmal ein Höhepunkt mit dem Art deco: Meißner Porzellan „Dame mit Mohrenknaben" von Paul Scheurich (1919), aus der Kölner Ausstellung FOTO: KATALOG

Köln: Meißner Porzellan vom Rokoko zum VEB

Zerbrechlicher Teppich

Meißen, manch einer schätzt die zerbrechlichen Kostbarkeiten, deren Rückseite zwei blaue, überkreuzte Schwerter kennzeichnet, als das Feinste vom Feinem, als das europäische Porzellan schlechthin. Nicht umsonst, denn die 1710 vom Apotheker Johann Friedrich Böttger gegründete Manufaktur war *die erste auf dem europäischen* Kontinent. Bald entwickeltete sie sich zu einer bis heute unerreichten Blüte, die das künstlerische Bild des 18. Jahrhunderts entscheidend prägte. Frühes Meißner Porzellan mit seinen zierlichen Chinoiserien, mit seinen anmutigen Watteau- und Kauffahrtthei-Szenen, wie sehr entspricht es der verspielt-sinnlichen Kunst des Rokoko!

Im Kölner Wallraf-Richartz Museum – Museum Ludwig, das ab 1986 die Räume des Kunstgewerbemuseums sein werden, sind zur Zeit etwa 300 Objekte dieser alten, nach wie vor tätigen Manufaktur zu sehen. Die Besonderheit der vom VEB Staatliche Porzellan-Manufaktur organisierten Schau, die fast ausschließlich auf die eigenen Bestände zurückgreift und die nur in Köln zu sehen sein wird, beruht – so die Veranstalter – auf dem weit gespannten Bogen, der die Entwicklung des Meißner Porzellans von den Anfängen bis zur Gegenwart im Auge hat.

Meißen verdankt seine Popularität vor allem den Arbeiten des 18. Jahrhunderts. Das große Jahrhundert der Porzellankunst war vorüber, als die alte politische Ordnung mit den napoleonischen Kriegen zerbrach. Schon da fing Meißen an, sich selbst zu reproduzieren, die alte Pracht nachahmend zu beschwören. Zugleich hat die Manufaktur immer wieder versucht, sich dem Neuen, dem jeweiligen Zeitstil zu öffnen. Glückliche und weniger glückliche Etappen haben sich dabei abgewechselt. Problematisch sind oft die Produkte des 19. Jahrhunderts, die teilweise durch ihre kunsthandwerkliche Fertigkeit beeindrucken, die jedoch vielfach am Rande des Kitsches liegen: so Gemäldereproduktionen nach Tizian oder Vermeer, die in Form von Platten oder Tellern als Wanddekoration gedacht waren.

Bessere Zeiten erlebte Meißen um die Jahrhundertwende, im Jugendstil. Henry van de Velde und Richard Riemerschmied entwarfen Tafelserviece, die durch ihre Schlichtheit bahnbrechend wurden. Paul König und Paul Scheurich, der aus Anlaß seines 100. Geburtstages in dieser Ausstellung besonders geehrt wird, griffen das traditionell Figürliche wieder auf, um es im Sinne des Art deco zu neuem Leben zu erwecken. Jene nutzlosen, nur zum Gefallen bestimmten Schöpfungen gelangen bei Scheurich ein letztes Mal.

Van de Veldes Arbeit sowie die anderer Erneuerer aus der Zeit nach der Jahrhundertwende konnten sich in Meißen nicht halten, „weil sie sich nicht gesetzmäßig aus der Meißner Tradition entwikkelten" – so informiert der Katalog. Was mit Meißner Tradition gemeint ist, läßt sich an den neueren Objekten ablesen. Es ist eine falsch verstandene Kontinuität des Luxusgedankens, es ist die Übertragung einer längst entschwundenen aristokratischen Lebenskultur, die nur formal übernommen wird und so in fatale Nähe zu Kitsch und Nippes gerät. Goldverzierungen, geschwungene Linien und sentimentale Motive sind oft unerträglich. Allein die Titel: Ein Service von Ludwig Zepner (1973) heißt „1001 Nacht", eine Figurengruppe des gleichen Künstlers „Fliegender Teppich" und eine seiner Wandplatten „Liebespaar auf Decke", ein Kerzenleuchter von Peter Strang „Moritzburg". Das aus dem Jugendstil entwickelte „Design" hat längst die Museen aller Welt erobert. Ob dies den neueren Meißner Produkten gelingen wird, ist höchst zweifelhaft. Um so mehr wäre Meißen eine erneute Öffnung an die zeitgenössische und zeitgemäßte Ästhetik zu wünschen (bis 2. Oktober, Katalog 25 Mark).

MARIANA HANSTEIN

Martha Argerich und der Zorn des Publikums: Zum zweiten Mal ein „Klavier-Sommer" in München

Wenn acht Pianistenhände um Chopin trauern

Vier schweißtreibend lange, manchmal auch langweilige Abende, als Workshop gedacht, aber oft auch lediglich mittelmäßige Konzertauftritte bietend, das waren die Resultate des diesjährigen Münchner Klaviersommers. Als Sensation war das Auftreten des russischen Komponisten Rodion Schtschedrin angekündigt. Schtschedrin (51) ist derzeit als Nachfolger von Dmitrij Schostakowitsch Vorsitzender des russischen Komponistenverbandes. Ein smarter, charmant lächelnder Intellektueller, der ein bißchen so komponiert wie Mussorgsky, ein bißchen wie Prokofieff. Sein „Carmen"-Ballett – Schtschedrin ist mit der Primaballerina des Bolschoi-Balletts, Maja Plissetzkaja, verheiratet – hat es auch außerhalb der Sowjetunion zu gewissem Ansehen gebracht.

In München nun spielte er aus seinem „Heft für die Jugend". Witzige Nichtigkeiten, mit listigem Schmunzeln und parodistischen Zutaten komponiert. Außerdem steuerte er zum Ausklang der Veranstaltung eine eigens für München geschriebene „Hommage à Chopin" für vier Klaviere bei.

Diese Uraufführung, von Schtschedrin selbst und den Pianisten Paul Gulda, Chick Corea und Nicolas Economou bestritten, wurde heftig bejubelt. Eine geistvolle Variationsfolge über die Trauermarsch-Akkorde des c-Moll-Préludes von Chopin, die überaus geschickt über die vier Klaviere verstreut werden. Mal melancholisch, mal aggressiv, immer jedoch amüsant.

Weniger amüsant war das Spektakel, das um Martha Argerich entstand. Sie ist einer der Initiatoren dieses Klaviersommers und sie wollte allein und an zwei Flügeln mit Nelson Freire, Nicolas Economou und Michel Béroff auftreten. Ein großer Teil des Publikums war wegen der Argerich gekommen. Doch sie hatte sich eine Sehnenscheidenentzündung zugezogen, saß zwar unter den Zuhörern, aber konnte nicht spielen.

Im dritten Konzert kam es dann zum Eklat. Nachdem es Veranstalter Karlheinz Hein un 23 Uhr immer noch nicht für nötig befunden hatte, das Publikum von der Absage der Argerich zu unterrichten, gab es böse Tumulte. Der arme Jazzer McCoy Tyner wurde von der Bühne gebuht. „Martha, Martha"-Rufe schallten durch den Münchner Kongreßsaal, aber Martha war schon vorher vorsorglich entschwunden.

Veranstalter Hein erschien auf der Bühne, erklärte, er wollte McCoy Tyner erst zu Ende spielen lassen, um uns „dann etwas zu erzählen". Was Rufe wie „Betrug", „unseriös" und „Dafür haben wir nicht bezahlt" auslöste. Worauf sich Hein beleidigt wieder trollte und es dem Pianisten Nicolas Economou überließ, die Argerich-Absage an den Mann zu bringen.

Auch dann, wenn es um die Beurteilung der künstlerischen Leistungen ging, war Münchens Klaviergemeinde diesmal recht aufmüpfig. McCoy Tyner mußte sich, für jedermann hörbar, vom Rang zurufen lassen, daß seine Musik – Pardon – „Scheiße" sei. Zu Unrecht, denn Tyners glutvolle Klavier-Ausbrüche sind sicherlich immer noch phantasievoller als die inzwischen ziemlich abgestandenen Endlos-Monologe von Chick Corea, die in München freilich erneut große Resonanz fanden.

Auch Paul Gulda und Roland Batik erwischte es. Als die beiden peinlichen Mozart (Sonate KV 448) und noch peinlicheren Brahms (Haydn-Variationen) hinter sich gebracht hatten und Gulda jr. uns androhte, man wolle nach Mozart und Brahms noch ein Stück von Batik spielen, schallte ihnen entgegen: „Brahms? Das war wohl ein Witz!"

Was bleibt in der Erinnerung? Sicher die feurige Interpretation der h-Moll-Sonate von Liszt, mit der Nicolas Economou überraschte. Ein paar Debussy-Préludes, von Michel Béroff mit Delikatesse gespielt. Nelson Freire und Béroff mit Bartoks Sonate für zwei Klaviere und Schlagzeug. Die funkensprühende Ragtime-Show der französischen Schwestern Katia und Marielle Labeque.

Enttäuschend insgesamt die Jazz-Auftritte. Gebastelt werden muß wohl auch daran, wie man das an sich richtige Konzept sinnvoll realisiert. Kürzere Einzelauftritte, gestraffte Programme, Behutsamkeit in der Einschätzung der Aufnahmefähigkeit des Publikums – da läßt sich schon einiges verbessern. Und ob die Studentenkarten pro Abend wirklich stolze 18 Mark kosten müssen, auch darüber sollten die Verantwortlichen einmal ernsthaft nachdenken.

Eine derartige „offene" Veranstaltung, die weder in den Programmen noch beim Publikum den üblichen Konzerthabitus durchsetzen will, hat sicher sehr viel für sich. Aber auch nur dann, wenn nicht durch die Hintertür die Umgangsformen von Pop-Konzerten Einzug halten. Die vertragen sich nämlich weder mit Jazz noch mit Klassik.

VOLKER BOSER



Brachte eine Uraufführung von Moskau nach München: Der Komponist und Pianist Rodion Schtschedrin FOTO: FELICITAS TIMPE

JOURNAL

Aix-en-Provence begann mit Rameau und Rossini

dpa. **Aix-en-Provence**

Die Musikfreunde aus der ganzen Welt kamen nach Aix-en-Provence, um unter dem provençalischen Sternenhimmel im Freilichttheater Rameau- und Rossini-Opern zu erleben. Die Premiere von „Hippolyte et Aricie" zur Eröffnung des internationalen Festivals war zugleich Auftakt des zum 300. Geburtstag des französischen Komponisten landesweit gefeierten Rameau-Jahres 1983. Die musikalische Leitung lag in den Händen von John Eliot Gardiner, Ausführende waren die English Baroque Solists und die Chorsänger des Monteverdi Choir. Aus der anspruchsvollen internationalen Besetzung ragten Jessye Norman als Phèdre und José van Dam (Thesée) hervor. Die New York Baroque Dance Company steuerte grazile Balletteinlagen bei. Pier-Luigi Pizzi schuf als Regisseur und Ausstatter einen dekorativen Rahmen.

Eine amüsante und komödiantische Neuinszenierung von Gioacchino Rossinis komischer Oper „La Cenerentola" war ein weiteres Ereignis des bis zum 3. August dauernden 36. Festivals. Für die erkrankte Teresa Berganza hatte die eindrucksvolle Lucia Valentini-Terrani die Titelrolle übernommen. Ralf Weikert dirigierte die Aufführung, die das neue Estradentheater mit 1800 Plätzen im Garten des Pavillon de Vendôme einweihte.

Zum 100. Geburtstag von René Schickele

DW. **Straßburg**

Aus Anlaß des 100. Geburtstages des im Elsaß geborenen Schriftstellers René Schickele (1883–1940) veranstaltet das „ensemble artistique régional d'alsace" in Straßburg eine Reihe von Veranstaltungen. So bringt die Gruppe vom 7. bis 16. Oktober ein selbst erarbeitetes Bühnenstück, „Das tote Kind/L'enfant mort", über Leben und Werk Schickeles zur Aufführung. Vom 3. bis 8. Oktober ist eine Ausstellung zu sehen, die vom Deutschen Literaturarchiv in Marbach mitbetreut wird. Und vom 4. bis 8. Oktober findet eine Vortragsreihe statt, an der u. a. die Germanisten Adrien Finck (Uni Straßburg) und Joachim W. Storck (Deutsches Literaturarchiv) teilnehmen.

Ribera-Bild erneut in Gent gestohlen

AFP, **Gent**

Ein Gemälde des Spaniers Jusepe de Ribera (1591–1652), das den Heiligen Franz von Assisi darstellt, ist aus der Michaelskirche in Gent gestohlen worden. Das Kunstwerk hat nach Meinung von Sachverständigen unschätzbaren Wert. Das Bild ist bereits vor zehn Jahren einmal aus dem Gotteshaus gestohlen worden und hatte seinen angestammten Platz dort erst vor wenigen Monaten wieder eingenommen. Ein Kunstfreund hatte es bei einem Antiquitätenhändler entdeckt und identifiziert.

Grotte von Lascaux als Nachbildung eröffnet

AP, **Montignac**

Die berühmte Höhle von Lascaux bei Montignac im südwestfranzösischen Departement Dordogne, Stätte eindrucksvoller Malereien der Altsteinzeit, war seit 1963 geschlossen. Der sich an den Wänden niederschlagende Atemhauch der Besucher drohte die Höhlenfresken zu zerstören. An der Schließung hat sich nichts geändert – aber nur rund 150 Meter von der eigentlichen Höhle entfernt hat man in einem Betonbunker eine komplette Nachbildung geschaffen. Lascaux II ist ab sofort dem Publikumsverkehr offen.

Symposion über die *Kreativität bei Proust*

DW. **Köln**

Ihr erstes internationales Symposion veranstaltet die Marcel-Proust-Gesellschaft, die im vergangenen Jahr in Köln gegründet wurde. Die Tagung, die am 15. und 16. November in Freiburg im Breisgau abgehalten wird, steht unter dem Thema „Lesen und Schreiben" und behandelt das Problem der Kreativität bei Proust.

Nur wenige wissen, daß Foreman in Prag ...

AP, **Prag**

Der im Gefolge der sowjetischen Intervention in der CSSR von 1968 aus den Filmstudios seiner tschechoslowakischen Heimat verdrängte Filmregisseur Milos Foreman dreht zur Zeit in Prag für eine amerikanische Produktionsfirma den Film „Amadeus" nach dem gleichnamigen Theaterstück von Peter Shaffer über die beiden Kontrahenten Mozart und Salieri. Foreman war der Auffassung, daß Prag immer noch wie das Wien von 1780 aussieht, die CSSR ihrerseits benötigte dringend Devisen. So kam der Arbeitsvertrag zustande. Er funktioniert, wenn auch unter erheblichen Reibungen, wie Produzent Saul Zaentz verriet. „Sie lassen sich alles bezahlen, und es wird mit dem Fortgang der Dreharbeiten immer schlimmer." Die CSSR-Medien verschwiegen die Rückkehr des inzwischen international prominenten Regisseurs so gut wie ganz. Der Regisseur selbst steht für Interviews nicht zur Verfügung. Aus seiner Umgebung verlautete, Foreman sehe gelegentlich einige Freunde von früher, halte sich aber sehr zurück. „Denn natürlich wird er von Spionen überwacht".

Hößl – blaß und einsilbig zum vierten Mordprozeß

In München begann Verfahren um den „Maisfeldmord"

dpa, München

Vor dem Schwurgericht München I hat gestern im sogenannten „Maisfeldmord" das Indizienverfahren gegen den bereits wegen dreifachen Mordes verurteilten Peter Hößl (43) begonnen. Der kaufmännische Angestellte hat nach Überzeugung der Staatsanwaltschaft am 26. August 1982, wenige Monate nach seiner vorzeitigen Entlassung aus dem Bezirkskrankenhaus Haar bei München, den 15jährigen Schüler Peter Sigl in einem Maisfeld bei Ismaning nördlich der Landeshauptstadt mit vier Pistolenschüssen „aus Mordlust und in heimtückischer Weise" erschossen.

Die Eltern des Schülers sind als Nebenkläger zugelassen und wollen an der Verhandlung als Zeugen teilnehmen. Der erste Verhandlungstag dauerte nur 25 Minuten, nachdem der psychiatrische Sachverständige erst von heute an an dem Verfahren teilnehmen kann, die permanente Begutachtung des Angeklagten aber wichtig ist.

Blaß, mit fahlblondem, schütterem Haar saß der hochgewachsene Hößl sichtlich nervös im beigen Stickhemd und blauer Hose zwischen zwei Polizisten, hinter ihm ein dritter. Der Vorsitzende Richter Raimund Krämer fragte nach den Personalien des Angeklagten. „Ja" war jeweils die knappe Antwort. „Bleiben Sie ganz ruhig, Herr Hößl", besänftigte Krämer. Seine Personalien seien „so ziemlich das einzig Richtige, was in der Anklageschrift steht", erklärte der 43jährige seine Unruhe.

Sein Verteidiger Christoph Rückel forderte in einem Antrag ein weiteres gerichtsmedizinisches Gutachten zum Todeszeitpunkt des 15jährigen Schülers. Seiner Meinung nach muß der Junge wahrscheinlich vor 14.00 Uhr erschossen worden sein. Dies zeige der Mageninhalt. Für diese Zeit habe sein Mandant aber ein „absolut sicheres Alibi", das seine 48jährige Verlobte bestätigen könne. Auf den Auftritt des Waffenlieferanten, der Hößl zumindest zwei der drei bei ihm gefundenen Pistolen verschafft haben soll, wurde zunächst verzichtet. Der 47jährige Geschäftsmann hatte zwei Herzinfarkte und nach dem ärztlichen Gutachten „große Angst" vor der Verhandlung.

Hößl, der am 9. Oktober 1982 verhaftet worden war, hatte als 16jähriger einen elfjährigen Schüler getötet und war zu vier Jahren Jugendstrafe verurteilt worden. Vorzeitig aus der Haft entlassen, erschoß er „aus Lust am Töten" 1959 einen 58 Jahre alten Rentner und einen 19jährigen Hilfsarbeiter. 15 Jahre Zuchthaus und anschließende Einweisung in eine psychiatrische Klinik waren die Strafe. Vor seiner erneuten Verhaftung hatte der 43jährige seit seiner vorzeitigen Entlassung aus dem Bezirkskrankenhaus München-Haar mit seiner Verlobten zusammengelebt. Gutachter hatten ihm eine günstige Prognose gestellt. Hößl trägt zum Zeichen seiner Bindung am Ringfinger der rechten Hand einen goldenen Ring. Der Prozeß wird heute fortgesetzt.



Schäumereien auf Lanzarote

Aufgenommen von FERDI HARTUNG

Gelassenheit beim Freiflug auf die Zuckerinsel

Die USA erleben eine zweite Welle von Flugzeugentführungen nach Kuba / Anders als 1969 fliegt diesmal die Angst nicht mit

dpa, Miami

„47 Personen können heute morgen sagen, sie gehören zum Club derer, die schon mal in Havana waren", leitete der Sprecher einer der drei großen US-Fernsehanstalten Anfang Juli die kurze Meldung über die Entführung einer US-Linienmaschine nach Kuba ein. Die saloppe Formulierung fiel in den folgenden Sendungen weg. Doch sie zeigte: Die breite Öffentlichkeit in USA nimmt die neueste Entführungswelle von der heiteren Seite. Das gilt auch für die meisten Passagiere. Am Sonntag gab es die siebte Entführung innerhalb von wenigen Wochen.

Bei den bisherigen Entführungen von Florida nach Havana in diesem Jahr ähnelten sich die Fernsehbilder. Nach einer halben Stunde landete die Maschine in Kubas Hauptstadt, die Passagiere durften aussteigen. Wenige Stunden später schwenkten sie bei der Rückkehr fröhlich strahlend ihre Souvenirs aus Havanas Duty-Free-Shops vor den Kameras. Viel Angst hätten sie nicht gehabt, bekennen die meisten. Bei der sechsten Entführung war ein Passagier dabei, der vor rund 15 Jahren schon einmal unfreiwillig in Kuba war. Damals, sagt er, habe er um sein Leben gefürchtet. Da dauerten die „Exkursionen" ganze Tage, die Passagiere durften in Kuba nicht aus der Maschine. Diesmal habe er den „Umweg" gelassen ertragen.

Mit weniger Gelassenheit reagieren die offiziellen Stellen in den USA und Kuba. Havana veröffentlichte kürzlich erstmals die Strafmaße, mit denen Entführer seit 1980 zu rechnen haben. Die Strafen schwanken zwischen zwei und 50 Jahren, der Durchschnitt liegt bei 15 Jahren. Die US-Fluggesellschaften lassen auf ausgewählten Inlandsflügen im Süden des Landes wieder bewaffnete Polizisten in Zivil mitfliegen – bisher ohne Resultat.

Fluggesellschaften fürchten, daß die Welle ohne Gegenmaßnahmen wieder Ausmaße erreichen könnte wie Ende der sechziger Jahre. 1969 waren 40 Flugzeuge aus den USA nach Kuba entführt worden. Daraufhin wurden zum ersten Mal bewaffnete Polizisten in Zivil an Bord eingesetzt. Ihre Gegenwart, Leibesvisitationen der Fluggäste am Boden und die inzwischen obligatorischen Sicherheitsschleusen und Metall-Detektoren stoppten die damalige Welle. Ab 1973 war es ruhig. Die Polizisten an Bord wurden wieder abgeschafft.

Erst 1980 ging es von neuem los. Im Frühsommer sah Kuba tatenlos zu, wie rund 120 000 seiner Bürger auf kleinen Booten über die 135 Kilometer breite Meeresstraße nach Florida segelten. Havana verschiffte sogar mindestens tausend Menschen, die wegen Straftaten in Kubas Gefängnissen gesessen hatten. Schnell von den USA enttäuschte Flüchtlinge sorgten im Spätsommer des Jahres für 13 Entführungen in dichter Folge. Erst als Kuba verkündete, alle Entführer kämen vor Gericht oder würden zurückgeschickt, versandete diese Welle. 1981 wurde nur ein Flugzeug zur Zuckerinsel umdirigiert, 1982 waren es drei.

Seit 1. Mai dieses Jahres sind es schon sieben. Ein Teil der Entführer soll zum Kreis der 1980 geflüchteten Exil-Kubaner gehören. Der Entführer der sechsten Maschine in diesem Jahr war allerdings durch und durch Amerikaner aus gutem Hause. Robert Patrick Richter wollte „schon immer mal nach Kuba".

Schweinepest: Behördlich verordneter Kreislauf

Verhindern Gesetze wirksame Bekämpfung der Seuche?

dpa, Münster

Die Sau sieht gesund aus. Sofort nach Schlachtung und Fleischbeschau drückt der Amtstierarzt den Stempel „tauglich" auf die Schweinehälfte. Direkt daneben stempelt er jedoch ein großes „S". Das Tier stammt aus einer Seuchenschlachtung, aus einem von der Schweinepest befallenen Tierbestand. Obwohl das Fleisch mit dem für den Menschen ungefährlichen, für Schweine jedoch hochgradig ansteckenden Virus dieser Tierseuche infiziert sein kann, darf es, gut abgekocht, in Dosen auf den Markt gebracht werden.

Rund 58 000 Schweine sind in diesem Jahr allein im nordrhein-westfälischen Regierungsbezirk Münster an der Seuche eingegangen oder bei der Beseitigung befallener Bestände notgeschlachtet worden. Die Seuche, die im Einzelfall ohne typische Symptome verläuft und durch Einwirkung auf das Kreislaufsystem zum Tod der Masttiere führt, konnte bisher nicht eingedämmt werden. Angesichts der mageren Ergebnisse bei der Bekämpfung der Epidemie regt sich immer mehr Kritik an den gesetzlich in der „Schweinepestverordnung" vorgeschriebenen Maßnahmen.

Auf Unverständnis stößt bei Verwaltungen und Tierärzten vor allem das vorgeschriebene Verfahren bei der Beseitigung erkrankter Schweinebestände. Sobald in einem Mastbetrieb die Schweinepest festgestellt wird, werden die Tiere zum Schlachthof gebracht, dort nach Schlachtung in verschiedene „Tauglichkeitsklassen" eingeteilt. Das Fleisch erkrankter Tiere wird vernichtet.

Deutliche Kritik

Das Fleisch nicht erkennbar erkrankter, aber möglicherweise bereits infizierter Schweine wird an sechs Fleischkonservenbetriebe in Gelsenkirchen, Warendorf, Bottrop und Erkenschwick geliefert. Küchenabfälle aus Großküchen und Kantinen, möglicherweise mit Resten dieses Fleisches, aber landen oft als Viehfutter wieder in Schweinemastbetrieben. Die damit gefütterten Schweine nehmen das gefährliche Virus erneut auf – ein Kreislauf ohne Ende.

Zu den deutlichsten Kritikern dieses Verfahrens gehört die Verwaltung des Kreises Steinfurt im nördlichen Münsterland. Der sauberste Weg, so meinen die Tierärzte der Kreisverwaltung, wäre die direkte Beseitigung der befallenen Tierbestände durch die Tierkörper-Verwertungsanstalten. Die Verschleppungsgefahr durch infizierte Viehtransportwagen wäre damit ausgeschaltet – ebenso die Gefahr, daß das infizierte Fleisch wieder bei gesunden Tieren landet.

Geld für den Staat

Das Verfahren, das nach Ansicht der Steinfurter zu einem „unverantwortlichen Kreislauf zwischen amtlicher Bekämpfung und weiterer Verschleppung führt", ist durch Gesetz festgeschrieben. Schließlich bringt es dem Staat Geld. Der Erlös aus dem Verkauf des Schlachtfleisches geht an das Land als Ausgleich für den Schadenersatz, den betroffene Bauern für ihren Verlust erhalten. Die Tierseuchenkasse des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe in Münster, die die Entschädigungen auszahlt, macht dagegen eine andere Rechnung auf. Die beiden Landschaftsverbände Nordrhein-Westfalens nehmen regionale Aufgaben für die Landesregierung wahr. Für fast 18 000 der in diesem Jahr wegen Schweinepestbefalls getöteten Schweine zahlte die Kasse bisher rund 4,1 Millionen Mark, weitere Millionen dürften noch von den Landwirten angefordert werden. Je mehr Seuchenfälle gemeldet wurden, um so mehr sank der Gewinn aus den Schlachterlösen im Vergleich zu den Entschädigungszahlungen.

Auf lange Sicht wäre es wesentlich billiger, so heißt es beim Landschaftsverband, wenn die Tiere in den Tierkörper-Verwertunganstalten beseitigt würden. Denn die weitere Verschleppung der Seuche kostet mehr Geld, als jemals durch den Gewinn aus der Schlachtung wieder hereinkomme. Mit Schrekken erinnert man sich bei der Tierseuchenkasse der Schweinepest-Epidemie von 1973. Damals mußte der Landschaftsverband rund 28 Millionen Mark Entschädigung zahlen.

THOMAS WIEGOLD

Vera's Todesspur quer durch die Philippinen

dpa, Manila

Der Taifun „Vera", der am vergangenen Freitag mit verheerender Wirkung über die Philippinen hinweggerast war, hat nach den in Manila immer noch lückenhaft vorliegenden Schadensmeldungen mindestens 160 Menschenleben gefordert. Die Behörden befürchten, daß die Zahl der Todesopfer erheblich höher liegt. Die Nachrichtenverbindungen zu den besonders betroffenen Provinzen sind nach wie vor unterbrochen. Die meisten Opfer gab es an der Nordwestküste von Bataan westlich von Manila, wo im Gefolge des Taifuns riesige Flutwellen das Land verwüsteten. Nach Augenzeugenberichten sind mindestens zehn Fischerdörfer im anbrandenden Meer untergegangen. „Vera", der erste Wirbelsturm der diesjährigen Taifunsaison, war in nordwestlicher Richtung über die nördliche Hälfte der Philippinen gezogen. Tausende der in leichter Holzbauweise errichteten Hütten und Häuser zerbrachen unter der Wucht des Sturms. 250 000 Bewohner wurden obdachlos. Der in der Landwirtschaft angerichtete Schaden ist unübersehbar.



Trümmer, nichts als Trümmer: Tausende solcher Häuser wurden zum Spielball des Taifuns. FOTO: UPI

WETTER: Etwas kühler

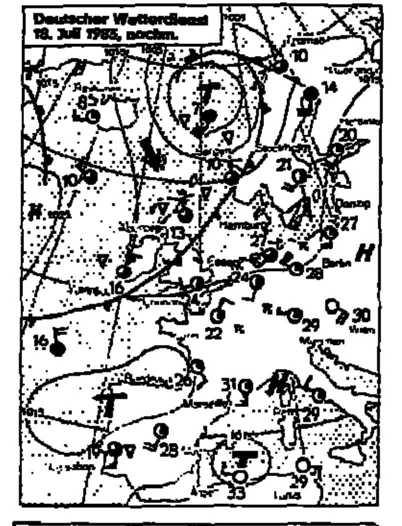
Vorhersage für Dienstag:

Deutschland nördlich der Mittelgebirge: Anfangs stark bewölkt und gelegentlich etwas Regen, am Nachmittag Übergang zu wechselnder Bewölkung mit einzelnen Schauern, Höchsttemperaturen um 23 Grad, an der See 20 Grad, nachts 15 bis 11 Grad. Mäßiger, von Südwest auf Nordwest drehender Wind.

Südliches Deutschland: Heiter bis wolkig und gewittrige Schauer, Höchsttemperaturen nochmals nahe 30 Grad, nachts um 18 Grad. Schwacher Wind, in Gewitternähe jedoch kräftige Böen.

Weitere Aussichten:

Auch im Süden kühler, noch einzelne Schauer.



Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	28°	Kairo	31°
Bonn	25°	Kopenh.	22°
Dresden	30°	Las Palmas	24°
Essen	24°	London	24°
Frankfurt	26°	Madrid	28°
Hamburg	27°	Mailand	30°
List/Sylt	18°	Mallorca	33°
München	29°	Moskau	20°
Stuttgart	26°	Nizza	27°
Algier	33°	Oslo	15°
Amsterdam	18°	Paris	22°
Athen	31°	Prag	31°
Barcelona	27°	Rom	29°
Brüssel	19°	Stockholm	21°
Budapest	30°	Tel Aviv	28°
Bukarest	29°	Tunis	29°
Helsinki	20°	Wien	30°
Istanbul	33°	Zürich	28°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch:** 5.28 Uhr, Untergang 21.28 Uhr; **Mondaufgang:** 17.55 Uhr, Untergang: 1.52 Uhr.
* In MEZ, zentraler Ort Kassel.

Wer hört das mächtige Rauschen im „Mundatwald"?

Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Staatspräsident François Mitterrand wandern heute in den Vogesen – ein Ereignis, auf das man in der westlichsten Pfalz einige Hoffnungen setzt. Es geht, bei aller Freundschaft, um den letzten deutsch-französischen Zankapfel: den „Mundatwald".

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Für den Notar Karl Bertzel aus Zweibrücken und sein „Kuratorium zur Erhaltung des Mundatwaldes", das er gern „die älteste deutsche Bürgerinitiative" nennt, ist die Angelegenheit, für die er sich mit seinen Freunden einsetzt, „ein Teil der gesamtdeutschen Frage". Der Krach um ein sieben Quadratkilometer großes Waldgebiet, das 1949 ohne großes Federlesen, aber auch ohne Mitwirkung von Paris von den Franzosen annektiert wurde, ist jetzt in ein neues Stadium getreten.

Seit am 23. April 1949 der damalige französische Besatzungsgeneral König mit seiner Verordnung Nr. 212 bestimmte, daß er vertrackte deutsche Wald mitsamt seiner Ruine Guttenberg, einem Begräbnisplatz, seinen Stücken in Privat- oder Landesbesitz, künftig zu Frankreich gehören sollte, hat es Proteste gehagelt. Am 31. Juli 1962 versuchte man daraufhin in Paris, das unbewohnte Gelände von etwa fünf Kilometer Länge und drei Kilometer stärkster Breite zu einer „Rectification de la frontière" zu erklären.

Kein Tauschobjekt?

1981 schließlich glaubte man, den mißlichen Zankapfel ein für allemal dadurch vom Tisch zu haben, daß ein Kompensationsgeschäft eingefädelt wurde. Nach den französischen Präsidentschaftswahlen und angesichts der Tatsache, daß die Bundesrepublik 250 Millionen Mark zur Entschädigung für die (immer noch rund 60 000 lebenden) zwangsweise zur deutschen Wehrmacht eingezogenen Elsass-Lothringer bereitstellte, sollte die Sache, die beiden Seiten unangenehm ist, in einer Gib- und Nimm-Aktion bereinigt werden.

Doch im Juli 1983 heißt es immer noch, daß die französische Seite eine erste Rate des Geldes bis Jahresende „erwarte", gleichzeitig wurde signalisiert, daß der Mundatwald nie ein Tauschobjekt sein könne. Vielmehr möchte man nunmehr eine neue Konstruktion verwirklichen: der Wald bleibt im deutschen Staatsverband, das gesamte Privateigentum an den Grundstücken, etwa 700 Hektar, wird unentgeltlich an Frankreich übertragen. Das Kuratorium empfindet das als „Zumutung" und beruft sich auf eine Angabe des Bundesministers und Pfälzer Bundestagsabgeordneten Heiner Geißler, der den Anteil an Privateigentum in dem umstrittenen Gelände auf 20 Prozent schätzt. Die Wogen der Empörung schlagen ähnlich hoch, wie in den 60er Jahren, als Bundeskanzler Konrad Adenauer nach Vorgesprächen mit General de Gaulle schon einmal auf die französischen Wünsche eingehen wollte, und das Kuratorium daraufhin eine Anzeige „wegen Hochverrats" erstattete.

Abseits dieser, fern vom Ort kaum verständlichen Emotionen hat sich die deutsch-französische Freundschaft ungehindert entwikkelt. Die Vorgänge, die zu dem ganzen Streit geführt haben, sind so kompliziert, daß sie kaum nachgezeichnet werden können: ein Teil der Grundstücke des Mundatwaldes gehörte vor dem Zweiten Weltkrieg „mit einer Quote von einem Halb" der französischen Stadt Weissenburg, die wegen der hier vorhandenen Quellen Wasserinteressen hat. Um zu klaren Verhältnissen zu kommen, verkaufte Weissenburg für 1 350 000,– Reichsmark seine Hälfte dem untergegangenen Deutschen Reich, und gleichzeitig erhielt Frankreich einen auf elsässischem Gebiet liegenden Wald der deutschen Kirchengemeinde von Dahn als „Abtretung".

Touristischer Aspekt

Inzwischen hat die Affäre, die eigentlich mit dem interalliierten Reparationsabkommen von 1946 und seinen entlang der ganzen Westgrenze folgenden zeitweiligen Beschlagnahmungen von Grenzstreifen begann, auch einen touristischen Aspekt. Anichtspostkarten, die in der Pfalz verkauft werden, zeigen einen Aufdruck „Ruine Guttenberg im Mundatwald bei Bad Bergzabern" mit dem Zusatz: „Der Mundatwald, dessen Abtretung Frankreich erstrebt, ist das letzte französische Besatzungsgebiet auf deutschem Boden."

Entführtes Mädchen meldet sich auf Tonband

dpa, Rom

Ein Tonband mit der verzweifelt schluchzenden und flehenden Stimme eines Mädchens ist das neueste Lebenszeichen, mit dem sich die mutmaßlichen Entführer der seit dem 22. Juni verschwundenen Emanuela Orlandi nach langem Schweigen in der Nacht zu gestern erneut gemeldet haben. Verwandte des Mädchens haben inzwischen bestätigt, daß es sich bei der Tonbandaufnahme tatsächlich um die Stimme des 15jährigen Mädchens handelt. Ein Journalist der italienischen Nachrichtenagentur ANSA hatte telefonisch die Mitteilung erhalten, ein Tonband liege eingewikkelt auf einer Treppe, die zum Platz vor dem Quirinal, dem Sitz des italienischen Staatspräsidenten, hinaufführt. Auf dem Tonband ist das Weinen und Schreien eines Mädchens zu hören, das offensichtlich gequält wird. Schluchzend bittet sie ihre Peiniger darum, sie freizulassen. Außerdem enthält das Band eine lange Botschaft der mutmaßlichen Entführer, die unter anderem Kontakt zum vatikanischen Kardinalstaatssekretär Agostino Casaroli fordern. Von der Stimme des Entführers heißt es, sie habe einen ausländischen Akzent. Der mysteriöse Entführungsfall erregt weltweites Aufsehen, da die Erpresser im Austausch gegen Emanuela Orlandi die Freilassung des Papst-Attentäters Ali Agca fordern, der in Italien inhaftiert ist. Das von den Kidnappern gestellte Ultimatum läuft morgen ab. Agca selbst hat einen Austausch abgelehnt. Papst Johannes Paul II. hatte am Sonntag zum dritten Mal öffentlich einen Appell an die Entführer gerichtet, das Mädchen freizulassen. Emanuela ist die Tochter eines im Vatikan beschäftigten Boten und daher Bürgerin des Vatikanstaates.

Wrack geortet?

AP, London

48 Stunden nach dem Absturz eines Hubschraubers der Fluggesellschaft British Airways (BA), bei dem am Samstag 20 Menschen ums Leben gekommen sind, haben die Bergungsmannschaften gestern offenbar das Wrack der Maschine geortet. An Bord eines Tauchbegleitschiffes wurden Signale aufgefangen, die von der automatischen Notsignalanlage des Hubschraubers stammen könnten. Diese Anlage schaltet sich bei Wasserberührung automatisch an und sendet einen Monat lang. Über die Ursache des Absturzes herrscht immer noch keine Klarheit. Rettungsmannschaften hatten die Vermutung geäußert, daß die Maschine im Nebel in einen Möwenschwarm geraten sein könnte. An der Absturzstelle waren zahlreiche treibende Vogelleichen gefunden worden.

Rettung aus Gletscherspalte

SAD, Zürich

Mit nur noch 17 Grad Körpertemperatur und Herzstillstand wurde ein 13jähriger Junge von einem Rettungsteam in den Walliser Bergen geborgen. Der belgische Bub wartete fünf Stunden in einer 18 Meter tiefen Gletscherspalte auf seine Rettung. 40 Stunden später erwachte er im Berner Insel-Spital ohne eine ernsthafte Verletzung.

Signale der Lebensmüden

dpa, München

Rund 60 Prozent aller Selbstmordpatienten waren vor dem Tötungsversuch in ärztlicher Behandlung. Die Ärzte müßten daher lernen, die oft nur indirekten Hinweise der Patienten als Signale zu erkennen, um den Gefährdeten Hilfe leisten zu können, betonte jetzt die Münchner Fachzeitschrift „Ärztliche Praxis". Es habe sich gezeigt, daß die wenigsten Personen in einer Art Kurzschlußreaktion handelten. In Europa töten sich jährlich 100 000 Menschen selbst.

20 Jahre ohne Führerschein

AP, Frankfurt

20 Jahre lang ist ein 56jähriger Mann ohne Führerschein und unfallfrei gefahren. Das brachte die Kollision mit dem Wagen einer 30jährigen Frau aus Pakistan ans Licht des Tages. Dem Mann war die Fahrerlaubnis 1963 entzogen worden. Seither hat er keine neue erworben.

Wertvolle Mathematik-Note

rtr, Nürnberg

Eine gute Mathematik-Note hat Chancen auf einen Arbeitsplatz. Nach einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit steigt die Arbeitslosenquote der Schulabgänger auffällig mit schlechter werdender Mathematik-Note. So seien nur 3,1 Prozent der Schulabgänger mit einer „Eins" in den folgenden drei Jahren arbeitslos geworden, dagegen 19,6 Prozent mit einer „Fünf" und 33,[illegible] Prozent mit einer „Sechs".

Tod durch Messerstecherei

dpa, Köln

Bei einer Messerstecherei in einer Kneipe im Kölner Dirnen- und Zuhältermilieu hat ein 47jähriger Mann eine junge Frau sowie einen 40 Jahre alten Gast getötet. In der Nacht zum Sonntag war es, wie erst jetzt bekannt geworden ist, zu einem heftigen Streit zwischen dem Täter und der 37jährigen gekommen, bevor der Mann das Messer zückte und zustach. Als ein anderer Gast die Polizei rufen wollte, streckte der Täter ihn mit mehreren Stichen nieder.

ZU GUTER LETZT

Gaststätte Piepenbrinck, Krohnskamp 8a/Ecke Dorotheenstraße, Telefon ... Geöffnet täglich von 17 bis 1 Uhr, Sa. + So. ab [illegible] Uhr. – Bei uns noch immer kein Aerobic.

